

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Monat 1,10 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. (incl. Post).
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstellige Kolonettzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf. (zweiwöchige 2-fache gedruckt Wort) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 2. Juli 1915.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Andauernde Kämpfe östlich Lembergs.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 1. Juli. (B. Z. B.) Bericht des Großen Generalstabs. Am 28. Juni befehligte ein Geschwader deutscher Schiffe, bestehend aus einem Küstenpanzerschiff, vier leichten Kreuzern und mehreren Torpedobooten den Hafen von Windau und versuchte dort Truppen zu landen, was jedoch von uns verhindert wurde. Ein feindliches Torpedoboot stieß auf eine Mine und flog in die Luft. Unsere Torpedobooten eröffneten einen Artilleriekampf mit den Kreuzern und Torpedobooten des Feindes, die das Unternehmen gegen Windau gegen Norden schoben, und zwangen sie, sich zurückzuziehen.

In der Gegend von Szawle, an den Fronten am Niemen, am Narew und am linken Ufer der Weichsel herrscht Ruhe. Die feindliche Angriffsbewegung zwischen Biedrich und Bug an der Front Jamosc Sokal hält an. Am westlichen Ufer des Bug und an der Gnila-Lipa schlugen wir am 28. und 29. Juni einige feindliche Angriffe mit Erfolg zurück. Als wir bemerkten, daß der Feind bei Galicz den Dnjepr überschritt, ergriffen wir die Offensive, warfen den Feind zurück und machten einige hundert Gefangene.

In einer Erklärung des B. Z. B.: Nach Auskunft an zuständiger Stelle handelt es sich bei der vorstehenden Veröffentlichung des russischen Großen Generalstabs um eine Beschreibung militärischer Anlagen bei Windau, aber keineswegs um eine geplante Landung. Der sogenannte Artilleriekampf zwischen einem deutschen kleinen Kreuzer und den russischen Torpedobooten verlief so, daß das deutsche Schiff keinerlei Beschädigungen erlitt, an Bord der feindlichen Torpedobooten dagegen mehrere Treffer und eine Reihe gut bedenklicher Salven beobachtet wurden. — Das von den Russen erwähnte „Torpedoschiff“ ist in Wirklichkeit ein Fischdampfer gewesen, der beim Wegräumen feindlicher Minen durch eine explodierende Mine beschädigt wurde und kurz darauf sank.

Rückkehr der aus Ostpreußen fortgeführten Deutschen.

Amtlich. Berlin, 1. Juli. (B. Z. B.) Um die Rückkehr der von den Russen aus Ostpreußen in das Innere Rußlands fortgeführten Deutschen herbeizuführen, sind bereits vor einiger Zeit Verhandlungen mit der russischen Regierung angeknüpft worden. Diese Verhandlungen stehen jetzt vor ihrem Abschluß, und es ist zu hoffen, daß die Rückkehr der fortgeführten Zivilpersonen sich in absehbarer Zeit ermöglichen lassen wird.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend: An den Ufern der Yser und nördlich Arras Artilleriekämpfe. Ein ruhiger Tag zwischen der Dife und den Argonnen. In den Argonnen griffen die Deutschen nach dreitägiger unaufhörlicher Beschießung unsere Stellung zwischen der Straße von Pinarville und Four de Paris an. Sie wurden zweimal zurückgeworfen. Es gelang ihnen erst bei ihrem dritten Angriff in einigen Stücken unserer Linien bei Bagatelle Fuß zu fassen. Sie wurden sonst überall nach heftigem Kampf zurückgeworfen. Beschießung auf der Front nördlich von Verdun im Wald von Uilly sowie im Gebiete von Mezeval.

Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Im Gebiet nördlich Arras war die Nacht durch heftige Kanonade und einige Infanterieaktionen gekennzeichnet. Nördlich des Schlosses von Carleul machten wir leichte Fortschritte. Südlich der roten Wirtschaft wurde ein deutscher Angriff zurückgeschlagen. In den Vogesen versuchten die Deutschen gegen 2 Uhr einen neuen Angriff gegen unsere Stellungen östlich Mezeval, welchen wir leicht anhielten.

Austausch deutscher und englischer Kriegsinvaliden.

St. Etienne, 1. Juli. (B. Z. B.) Der Dampfer „Dranje-Raffou“ ist heute um 6 Uhr 45 Minuten früh mit deutschen Verwundeten und deutschem Sanitätspersonal aus England hier angekommen. An Bord befanden sich 4 verwundete Offiziere, 32 verwundete Soldaten, 8 Ärzte und 142 Mann vom roten Kreuz. Sie wurden mit Zigaretten, Zigaretten und Tabak beschenkt. Der Ambulanzzug fuhr nach einer Stunde ab. Für heute oder morgen wird die Ankunft von 150 verwundeten Engländern erwartet.

Meldung des großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. Juli 1915. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Arras nahmen die Kämpfe um die Gräben unter andauernden Artilleriegefechten einen für uns günstigen Fortgang.

In der Champagne südöstlich von Reims griffen die Franzosen erfolglos an. Auf den Maashöhen und in den Vogesen fanden nur lebhafteste Artilleriekämpfe statt. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Zebrügge und Brügge, ohne militärischen Schaden anzurichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Die Junierte beträgt: 2 Fahnen, 25 695 Gefangene, darunter 121 Offiziere, 7 Geschütze, 6 Minenwerfer, 52 Maschinengewehre, ein Flugzeug, außerdem zahlreiches Material.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In erbittertem Kampfe haben die Truppen des Generals v. Linzinger gestern die russische Stellung östlich der Gnila-Lipa zwischen Kunicze und Luczuce und nördlich von Rohatyn gestürmt. 3 Offiziere, 2328 Mann wurden gefangen genommen und 5 Maschinengewehre erbeutet.

Auch östlich von Lemberg sind österreichisch-ungarische Truppen in die feindliche Stellung eingedrungen.

Die Armeen des Generalfeldmarschalls v. Radenski sind in weiterem Vordringen zwischen dem Bug und der Weichsel. Auch westlich der Weichsel weichen die Russen, teilweise nach hartnäckigen Kämpfen. Die verbündeten Truppen drängen beiderseits der Kamienna nach.

Die Gesamtbeute vom Juni der unter Befehl des Generals v. Linzinger, Feldmarschalls v. Radenski und Generals v. Bohnsch kämpfenden verbündeten Truppen beträgt 409 Offiziere, 140 650 Mann, 80 Geschütze, 268 Maschinengewehre. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. Juli. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 1. Juli 1915, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ost-Galizien dauern die Kämpfe an der Gnila-Lipa und im Raume östlich Lemberg fort. Unsere Truppen sind an mehreren Stellen auf die Höhen östlich der Gnila-Lipa vorgedrungen und in die feindlichen Stellungen eingedrungen. Ebenso gelang es den verbündeten Truppen abwärts Rohatyn nach erbittertem Kampfe das Ostufer zu gewinnen.

Am Dnjepr herrscht volle Ruhe. Im Quellgebiet des Wieprz wurde Jamosc besetzt. Die Höhen nördlich der Tancow-Niederung wurden in ihrer ganzen Ausdehnung in Besitz genommen.

Westlich der Weichsel folgten unsere Truppen dem weichen Gegner bis vor Tarlow.

Die Gesamtbeute der unter österreichisch-ungarischen Oberkommando im Nordosten kämpfenden verbündeten Truppen pro Juni beträgt 521 Offiziere, 194 000 Mann, 93 Geschütze, 364 Maschinengewehre, 78 Munitionswagen, 100 Feldbahnwagen usw.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die gestern nachmittag von mehreren feindlichen Infanterie-Divisionen erneuerte allgemeine Angriff gegen unsere Stellungen am Rande des Plateaus von Dobers wurde überall unter schweren Verlusten der Italiener abgeschlagen. Der Hauptstoß des Feindes richtete sich gegen die Front Sagrado—Monte Cosich (nordöstlich Ronfalcone). Bei Sels und Sermigliano drangen die Italiener in unsere vordersten Gräben ein. Ein Gegenangriff unserer tapferen Infanterie warf jedoch den Feind wieder in das Tal zurück.

Die Dämme des Monte Cosich sind mit italienischen Leichen bedeckt. Ein abends angelegter Vorstoß gegen die Höhen östlich Ronfalcone, ein Angriff nordöstlich Sagrado und mehrere kleinere Vorstöße gegen den Görzer Brückenkopf brachen gleichfalls zusammen.

Nach dieser Niederlage des Feindes trat Ruhe ein. Gehobener Stimmung sind unsere unerschütterlichen Truppen im festen Besitz aller ihrer Stellungen zu neuem Kampfe bereit. Im nördlichen Frontabschnitt und an der Krätzergraben hält das Geschützfeuer an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs von Hofer, Feldmarschallsleutnant.

Die Lage ringsum!

Von Richard Gable.

Es könnte sein, daß die politischen Ereignisse der letzten Tage für die Entscheidung des Krieges eine gleiche Bedeutung gewinnen wie die militärischen. Dabin rechne ich den Kontrat im Jette des russischen Jaren, die Reise des deutschen Reichsfanzlers nach Wien, den Fortgang der Verhandlungen mit den Balkanstaaten und die Versuche, Italien zu einer Beteiligung an der Dardanellenoperation zu bewegen.

Auch die Eroberung Lembergs ist in politischer und moralischer Beziehung von größerem Einfluß gewesen als in militärischer. Die Russen setzten ihren verzweifeltsten Widerstand auch nach dem Verluste der Hauptstadt Ostgaliziens, ohne Rücksicht auf das Riesennetz ihrer blutigen und unblutigen Opfer fort. Besonders mit ihrem linken Flügel klammern sie sich hartnäckig an den Dnjepr, um den Rückzug in östlicher Richtung frei zu behalten. So ist es ihnen bisher gelungen, einer Katastrophe zu entgehen. Doch alledem aber zeigen die Ereignisse der letzten Tage, daß die Durcheinanderwürfelung aller Verbände einen erschreckenden Grad erreicht haben muß, und daß insbesondere ihre Infanterie schwer erschüttert ist. Alle aus uner schöplichen Quellen herangeführten Verstärkungen an unausgebildeten Mannschaften können diesen Krebschaden nicht mehr heilen. Es ist nicht möglich, daß unter der Wucht der mitleidlosen Verfolgung durch Radenski's siegreiche Truppen das russische Heer einer langsamen Auflösung von innen her verfallt.

Man hat bis dahin der Energie der russischen Heerführung Anerkennung zollen müssen, auch wenn das Kriegsglück gegen sie entschieden hat. Was wir aber gegenwärtig sehen, ist kaum mehr die zielbewusste Leitung, die um des großen Zweckes willen auch große Opfer bringt, sondern es kommt einem brutalen nutzlosen Hinmordenden der eigenen Truppen gleich. Im besten Falle mag man sagen, daß die Russen ihr eigenes Heer gleichmäßig aufopfern, um ihren Verbündeten eine Frist zu weiteren Kämpfen zu verschaffen. Wahrscheinlich ist es doch, daß sie mit starrsinnigem Troste ihre Eroberung Schritt für Schritt verteidigen wollen, obwohl sie sich selbst sagen müssen, daß sie auf diesem Wege dem Feinde eine andere Wendung nicht geben werden.

Nach einer überschläglichen Berechnung haben sie in den acht Wochen (57 Tagen) vom 2. Mai bis 27. Juni bereits rund 405 000 Gefangene in den Händen der verbündeten Gegner gelassen, dazu mehr als 300 Geschütze und 786 Maschinengewehre. Rechnet man hierzu die blutigen Verluste an Toten und Verwundeten, die Marschverluste, Kranke, Nachzügler, Fahnenflüchtige, so wird man den Gesamtumfang des russischen Heeres in Galizien allein in diesen zwei Monaten ohne Übertreibung auf eine Million Menschen berechnen können. Bei solchen Massenverlusten ist es natürlich töricht zu behaupten, daß Rußland sie auf die Dauer besser ersetzen könne als Deutsche und Österreicher. Es liegt vielmehr ein so starker Überlah vor, daß auch der kräftigste Körper bauend durch ihn geschwächt werden muß. Vergessen wir nicht, daß vorstehend die riesigen früheren Verluste der Karpatenschlacht nicht mit enthalten sind.

Sehr groß sind die Leistungen der siegreichen Truppen des Generalfeldmarschalls v. Radenski. Vom Dunajec bis in die Nähe des Bug haben sie in 57 Tagen einen Raum von 250 Kilometern in der Luftlinie zurückgelegt, was für die Truppen selbst bei den täglichen Aufmärschen und Auseinanderziehungen für die Unterkunft reichlich die doppelten und stellenweise die dreifachen Marschleistungen bedeuten wird. Wenn mit dem Beginn des November 1914 die russische Dampfwaage, die sich von der Weichsel westwärts in Bewegung setzte, mit gleicher Schnelligkeit vorwärts gerollt wäre, so hätte sie bereits um Weihnachten die Linie Posen—Breslau erreicht gehabt und hätte Anfang März 1915 vor Berlin stehen können. Den gerechten Nachlass für die außergewöhnlichen Leistungen unserer Truppen aber gewinnt man erst dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie unter diesen 57 Tagen, abgesehen von kleineren Verfolgungsgefechten, nicht weniger als 33 Kampftage gehabt haben, und zwar allein bei der Armee Radenski, ohne die schweren Kämpfe der anderen Heere zu berücksichtigen. Und unter diesen 33 blutigen Tagen waren wieder sechs große mehrtägige und ausnahmslos siegreiche Schlachten, nämlich:

- die dreitägige Schlacht am Dunajec vom 2.—4. Mai, durch die der Feind eingeleitet wurde;
 - die erste dreitägige Schlacht westlich des San vom 17.—19. Mai, durch die die Russen über den Fluß zurückgeworfen wurden;
 - die zweite sechstägige Schlacht am San, durch die die Armee Radenski festen Fuß auf dem Ostufer des Flusses faßte, vom 24.—29. Mai;
 - die dreitägige Schlacht zwischen Luboschlowka und Wischnia, vom 13.—14. Juni;
 - die zweitägige Schlacht von Grodel am 18. und 19. Juni;
 - die dreitägige Schlacht um Lemberg vom 20.—22. Juni;
 - dazu tritt noch die Erstürmung der Festung Przmyhl in den Tagen des 1. und 2. Juni!
- Sie hat ein Heer Willen und Schweiß und Blut freudiger und erfolgreicher hingegeben als unsere waffentragenden Brüder und

Söhne auf den Gefilden Galiziens in der 11. deutschen Armee des Generalfeldmarschall v. Radens.

Bisher scheint in der weiteren Vorbereitung der verbündeten Heere ein Stillstand noch nicht zu erwarten sein; die Befreiung des ganzen Galiziens tritt hiernach in erreichbare Nähe. Mit Ausnahme eines geringen Grenzraumes in Italien und in den Bergen wäre die Mitte Europas dann frei von allen Feinden, die rings umlagern!

Soweit man die Lage Oesterreichs an seiner Südwestgrenze beurteilen kann, liegt auch keine Sorge vor, daß es in absehbarer Zeit dem Feind tiefer wird eindringen sehen. In den ersten fünf Wochen ihres Krieges haben die Italiener nichts erobert, als was ihnen die Oesterreicher freiwillig überließen, indem sie auf ihre besetzten Linien zurückgingen. Diese liegen mit wenigen Ausnahmen wenige Kilometer von der Grenze entfernt und sind völlig erfolglos von den italienischen Truppen besetzt worden. Dabei scheinen deren Verluste zum Teil erheblich gewesen zu sein. Aber in der vergangenen Woche haben sie ebenso wenig wie vorher versucht, mit ihren Massen einen Vormarsch in östlicher Richtung anzutreten. Dabei wird ihnen in der neutralen Gegend eine überwältigende Uebermacht zugesprochen; der Oberst Kehler im „Journal de Genève“ berechnet — allerdings auf Grund scheinbar unzuverlässiger Unterlagen — die Stärke des italienischen Heeres auf mindestens 500, die der österreichischen, ihm gegenüberstehenden Truppen auf nur 100 Bataillone. Das wäre also eine dreifache Uebermacht der Italiener. Dessen Verhalten ist nach rein militärischen Gesichtspunkten so unerklärlich, daß die Nachricht, sie wollten ein beträchtliches Heer an die Dardanellen entsenden, einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit erhielt. Wenn die Italiener fortfahren wie bisher, weiß man wirklich nicht, wie sie das heiß ersehnte Gebiet an ihrer Nordostgrenze in ihre Hände bringen wollen. Ihre ganze Leistung für die Sache des Vierbundes bestände dann lediglich darin, eine Anzahl österreichischer Truppen an ihrer Grenze festzuhalten. Man kann kaum annehmen, daß ihr neuer Bundesgenosse über diese bescheidene Selbstbeschränkung oder über diesen „heiligen Egoismus“ sehr entzückt sein werde. Jedenfalls stehen wir vor einem Rätsel, das noch der Aufklärung bedarf, und man ist versucht, anzunehmen, daß hier politische Gesichtspunkte mindestens ebenso sehr hincinspielen als rein militärische.

Das gleiche sollte man bei Serbien annehmen, das allerdings mit großer Tapferkeit wenigstens seinen Anteil an der albanischen Route zu sichern bestrebt ist.

In Westeuropa haben die Bemühungen der Franzosen in der Gegend von Arras noch immer kein Ende gefunden, sondern werden, allerdings mit sichtbar schwächer werdender Kraft, seit ihrem Beginn am 10. Mai weiter fortgesetzt. Schon sind sie aber durch erfolgreiche deutsche Gegenstöße aus ihren vordersten Linien teilweise wieder zurückgedrängt worden. Ihre Erfolge muß man an dem Maßstabe ihrer ursprünglichen Absichten schätzen; sie wollten die deutschen Linien bis „ins Leere“ durchstoßen, wollten sich nicht mit der Eroberung einiger Gräben begnügen, sondern unsere Truppen schlagen; nichts ist erreicht, wenn der Feind nicht endgültig geschlagen ist, riefen ihre Generale ihnen zu. Nach diesem Maßstabe haben sie also in sechswochen, schweren, ungewöhnlich blutigen, mit größter Tapferkeit angelegten Angriffen nichts erreicht. Und doch war dieser Kampf der furchtbarste von allen, die seit dem Januar von Generalissimo Joffre versucht worden sind, und er hat zweifellos beiden Seiten ansehnliche Verluste zugefügt. Aber die der Franzosen müssen zum Teil unerschütterlich gewesen sein. Sie selbst haben zugegeben, daß sie im Beginn der Durchbruchschlacht eine vierfache Ueberlegenheit über ihre deutschen Gegner gehabt haben. Auch hier also hat sich die Rechnung als falsch erwiesen, daß jene ihre Verluste leichter ersetzen können als wie die unsrigen.

In den Dardanellen haben die Türken in den Tagen vom 21. bis 23. Juni einen sehr heftigen Angriff der Verbündeten heftig abgelehnt. Deren Verluste sollen bis zu 12 000 Toten betragen haben. Ohne erhebliche Verstärkungen werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die mindeste Aussicht haben, durchzudringen, in unmittelbarem Angriff auf die immer stärker werdenden Werke der Türken aber überhaupt nicht mehr. Andererseits muß man anerkennen, daß ihre hartnäckige Behauptung auf zwei Küstenstellen der Halbinsel immerhin eine stete Bedrohung für die türkische Hauptstadt bedeutet und also beträchtliche Kräfte bindet.

Am Kaukasus keine hin- und hergehende Grenzgefechte, am Suezkanal völlige Stille; für die Entscheidung des Krieges zwei bedeutungslos gewordene Kampfgebiete!

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 1. Juli. (B. L. B.) Die atmosphärischen Verhältnisse, welche seit einigen Tagen andauernd ungünstig sind, stellen an die Widerstandskraft unserer Truppen große Ansprüche. Die Truppen harren mit unveränderlicher Zähigkeit aus. Im gebirgigen Teile des Kriegsschauplatzes verlangsamt der Nebel andauernd die Artillerietätigkeit und gestattet dem Feinde, seine Verteidigungsarbeiten, welche wir jedoch durch die Aktion kleiner Abteilungen behindern, zu beschleunigen. Zusammenstöße fanden zu unseren Gunsten im Chiesetal, zwischen Castello und Condino, in Portamarazzo und im Astal statt. Ebenso fanden Artilleriekämpfe an einigen Stellen längs des Stammes der Karnischen Alpen statt. An der Sonzofront mißlang ein feindlicher Infanterieangriff gegen unsere Stellungen östlich von Piava völlig. Der Angriff wurde mit Maschinengewehren unternommen und von Artilleriefeuer unterstützt. Ein anderer feindlicher Nachtangriff gegen die Stellung von Castellonovo auf dem Hochplateau von Sagrado hatte dasselbe Schicksal.

gez. Cadorna.

Der türkische Krieg.

Blutige Kämpfe an den Dardanellen.

London, 1. Juli. (B. L. B.) Ein amtliches Telegramm meldet von den Dardanellen: Nach einer heftigen Beschießung, bei welcher die Franzosen hervorragende Dienste leisteten, unternahmen die Briten, um ihren linken Flügel vorzutreiben und eine neue Linie gegen Osten zu formieren, einen Infanterieangriff. Alles, was man von dem Manöver erwartete, selbst mehr, wurde erreicht. Die erste vorgeschobene türkische Verschanzung ist die sogenannte „Bumerang“-Verschanzung, eine starke Stellung in der Saghier-Schlucht; diese wurde durch ein Regiment Schotten gestürmt. Der allgemeine Angriff begann um 11 Uhr früh und wurde mit großem Schwung durchgeführt,

drei Schützengrabenslinien westlich Saghier wurden ohne viel Widerstand erobert. Die Schützengräben lagen voll von toten Türken. Hundert wurden gefangen. Westlich Saghier eroberte ein anderes Schottenregiment zwei Schützengrabenslinien, aber der Rest der Brigade konnte nicht weiterkommen.

Die zweite Phase des Kampfes westlich Saghier begann um 11 Uhr 30 Min. Die Brigade, die dazu kommandiert war, nahm noch zwei Schützengrabenslinien. Frische Truppen besetzten außerdem einen weiter vorgelagerten Hügel westlich Krithia und vermochten ihn zu halten, so daß der Raumgewinn am linken Flügel 100 Yards betrug. Mittags mißglückte ein Angriff des rechten Flügels. Nachts unternahm der Feind einen Gegenangriff auf den vordersten eroberten Laufgraben, wurde aber mit schweren Verlusten zurückgewiesen. Die türkische Abteilung, die zwischen zwei Linien eroberten Schützengräben durchgedrungen war, wurde bei Tagesanbruch unter Maschinengewehrfeuer genommen und hatte große Verluste. Die Ueberlebenden ergaben sich. Wir hatten mehr gewonnen, als wir gehofft hatten. Auf dem äußersten linken Flügel ist unsere Linie bis zu einem ungewöhnlich starken Punkte jenseits der Grenze, die wir zu erreichen beabsichtigt hatten, vorgeschoben worden.

Demgegenüber wird von türkischer Seite gemeldet:

Konstantinopel, 30. Juni. (B. L. B.) Nach zuverlässigen Privatnachrichten waren die gestrigen Kämpfe bei Sedd ül Bahr und Ari Burnu, von denen der Bericht des Hauptquartiers spricht, besonders erbittert. Um 9 Uhr 10 Minuten früh eröffnete der Feind mit den Landbatterien bei Sedd ül Bahr ein heftiges Feuer gegen den türkischen rechten Flügel, das bald von einem feindlichen Kreuzer unterstützt wurde. Die türkische Artillerie erwiderte. Das Artillerieduell dauerte bis zum Nachmittag, wo die Heftigkeit des feindlichen Artilleriefeuers nachließ, und die Infanterie des Feindes zum Sturm überging und gegen die türkischen Stellungen vorzudringen suchte, auf die seine Artillerie es besonders abgesehen hatte; sie mußte jedoch unter großen Verlusten zurückweichen. Die türkische Infanterie ging hierauf zur Offensive über und nahm zwei Schützengräben im Zentrum des Feindes, die sofort in Brand gesetzt wurden, um von den Türken benutzt zu werden. Am Nachmittag dehnte sich der Artilleriekampf auf den Abschnitt von Ari Burnu aus, wo gegen 1 Uhr ein heftiger Artilleriekampf begann. Als die feindliche Infanterie zum Angriff überging, wurde ein großer Teil durch die energische Verteidigung dezimiert, die eine große Zahl von Schützengräben vor dem rechten Flügel und dem Zentrum der Türken zerstörte. Die Verluste des Feindes sind sehr groß; sie überstiegen diejenigen der letzten Schlacht. Die türkischen Verluste sind verhältnismäßig gering. Die Moral und die Energie der türkischen Truppen stehen auf einer außergewöhnlichen Höhe.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

London, 1. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Dampfer „Mahdi“ landete gestern in Dunmore East an der Waterfortküste in Irland einen Teil der Besatzung des Dampfers „Scottish Monarch“. Das Schiff, das 7500 Tonnen faßte und aus Glasgow stammte, war gestern früh 60 Meilen südlich von Queenstown von einem Unterseeboot versenkt worden. Man glaubt, daß auch der übrige Teil der Besatzung gerettet ist.

London, 1. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Kapitän des Dampfers „Scottish Monarch“ hat mitgeteilt, daß er ungefähr vierzig Meilen südlich von der kleinen Palkoatton an der Südküste von Irland zwei Unterseeboote sichtete, sofort abdrehte und mit Vollampf davonfuhr, aber schnell eingeholt wurde. Die U-Boote waren grau gestrichen, ungefähr hundert Meter lang und führten jedes zwei Geschütze. Als sie sich bis auf hundert Yards genähert hatten, eröffneten sie ohne Warnung das Feuer. Die Besatzung ging in die Boote, und das Schiff sank um sieben Uhr, als mehrere Schiffe abgeseuert waren und sein Vorderteil brannte.

London, 1. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Postdampfer „Armenian“ ist am Montag von einem deutschen Unterseeboot an der Küste von Cornwall torpediert worden. „Armenian“ kam aus Newportnews, Ueberlebende, die in Gerbiff ankommen, berichteten, daß das Unterseeboot bei den Scillinseln gesichtet worden sei. Man habe versucht, zu entkommen, aber das Unterseeboot hätte das Schiff schnell eingeholt und eine Anzahl von Schüssen abgeseuert. Nachdem die Besatzung die Boote bestiegen, hätte das Unterseeboot zwei Torpedos abgeseuert und den Dampfer versenkt. Die Besatzung zählte 50 Mann, darunter 11 Amerikaner.

Anmerkung des B. L. B.: Aus welchen Gründen Reuter gestiftentlich die 11 Amerikaner hervorhebt, liegt auf der Hand.

Verstärkung der englischen Marine um 50 000 Mann.

London, 30. Juni. (B. L. B.) Das Unterhaus hat einstimmig den Marinenahttragset angenommen. Mac Ramara erklärte, daß durch die Vermehrung um 50 000 Mann das Personal der Marine auf 800 000 Mann steige. Die Mannschaften seien nicht sofort nötig, denn es seien so viel unter den Waffen, als man zurzeit gebrauche. In den früheren Etats sei reichlich für den Augenblickbedarf vorgezogen worden. Die bei früheren Gelegenheiten bewilligte Zahl von Mannschaften habe 60 000 Mann betragen. Die Zahl der Freiwilligen sei so groß gewesen, daß diese Stärke überschritten worden sei. Die Admiralität habe beschlossen, auch den Ueberfluß zu behalten. Der frühere Firstlord der Admiralität Lambert erklärte, die ganze Lage des Landes hänge von der Marine ab, sie sei reichlich mit Munition und den nötigen Vorräten versehen.

Die Behandlung der amerikanischen Schiffe.

New York, 1. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einer Meldung der Associated Press aus Washington vom 29. Juni, teilt jetzt die amerikanische Regierung dem deutschen Marineamt durch die amerikanische Botschaft die Abreise eines jeden amerikanischen Passagierschiffes, die vermutliche Zeit seiner Durchreise durch die Kriegszone, sowie die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen mit, damit die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote die amerikanischen Schiffe nicht mit britischen verwechseln.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note.

London, 1. Juli. (B. L. B.) Die „Times“ melden aus Washington: Es verlautet, daß Deutschlands Antwort auf die amerikanische Note am Schlusse der nächsten Woche abgehen werde. Der amerikanische Botschafter meldet amtlich, daß der Inhalt der Note sehr günstig sei. Niemand erwartet, daß Deutschland mit dem Unterseebootkriege aufhören werde, aber zuverlässige Meldungen gehen dahin, daß Deutschland einen Vorschlag machen will, durch den größere Sicherheit für Leben und Eigentum der Amerikaner geboten wird. Außerdem will die deutsche Regierung nochmals versuchen, Amerika zu überzeugen, daß der Unterseebootkrieg nur eine Gegenmaßregel gegen die Blockade ist.

Die holländische Partei gegen die neue Militärvorlage.

Eine Konferenz des Parteirats hat sich einstimmig gegen die Regierungsvorlage über die Ausdehnung der Armee und Einberufung aller Dienstfähigen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahre ausgesprochen. In Utrecht fand eine große Demonstration der Arbeiterorganisationen gegen die Vorlage statt. Der holländische Parteivorstand veröffentlichte im Parteiorgan „Dei Volk“ ein Manifest an die Arbeiter, in welchem er zum Protest gegen die Vorlage auffordert. Es heißt darin: Die Vorlage erteilt der Regierung die Befugnis, die Präsenzstärke der Armee von 300 000 auf insgesamt 700 000 Mann zu erhöhen. Sie sei zurückzuführen auf das Kesseltreiben, das militärische Kreise und einige großkapitalistische Gruppen zugunsten des Militarismus veranstaltet hätten. Eine so große Armee sei für die Aufrechterhaltung der Neutralität nicht notwendig, sie sei vielmehr geeignet, diese in Gefahr zu bringen. Das Drängen nach aktiver Teilnahme am Kriege, das sich schon in einigen Kreisen in beunruhigender Weise zu zeigen anfange, werde durch die Vorlage gestärkt. Andererseits würden die jetzt schon auf dem Volke ruhenden Lasten noch in enormer Weise erhöht, die Staatsschulden vermehrt und das Land dem Vankrott nähergeführt. Nicht gleichgültig könne das Volk dieser Gefährdung der Unabhängigkeit des Landes gegenübersehen; die Partei widerspreche daher im wohlverstandenen Interesse des Volkes der Vorlage auch deshalb, weil sie die Aufrechterhaltung der internationalen Solidarität mit den Proletariern aller Länder wünsche und bis zum äußersten verteidigen werde. Die sozialistische Partei könne die Regierung insofern unterstützen, als sie an der friedliebenden Politik der absoluten Neutralität festhalte.

In der öffentlichen Protestversammlung sprach nach einem Bericht des „D. L.“ Troelstra mit größter Schärfe gegen den Gesetzentwurf, der dem niederländischen Kriegsminister fast diktatorische Gewalt gebe, alle Männer unter 40 Jahren, die bisher noch nicht gedient haben, unter die Fahnen zu rufen. „Gegen das Gesetz muß“, meinte der Redner, „aus heftigster protestiert werden, weil es die Neutralität Hollands in Gefahr bringt und den Kriegsschauplatz stärkt. Es fehlt ja in Holland nicht an Strömungen, die eine Kriegspartei schaffen wollen, aber wir dürfen nicht zu italienischen Zuständen kommen. Auch in Italien wollte das Volk keinen Krieg, aber es wurde durch die Presse und die Nationalisten hineingetrieben. Es existieren über den Krieg zwei Auffassungen, eine bürgerliche und eine sozialdemokratische. Die bürgerliche geht dahin, daß der eine oder der andere Teil siegen muß. Unser Standpunkt ist der, daß nicht der eine den Fuß auf des anderen Nacken setzen darf. Wir wollen kein Deutschland als Sieger über alle, weil dadurch der Militarismus und Imperialismus nur noch mehr gestärkt wird. Aber wir wollen auch keinen Sieg auf der andern Seite, denn Militarismus und Imperialismus sind bei den Ententemächten genau so schlimm.“ Nach der Rede Troelstras wurde eine Resolution angenommen, in der gegen das Landsturmgesetz protestiert wird, weil es die Kriegstreibererzieher unterfütze und das Vertrauen des Auslandes in die Neutralität Hollands untergrabe, und in der weiterhin den Friedensbestrebungen der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern zugestimmt wird.

Von unserem Korrespondenten in Amsterdam wird uns über die öffentliche Rundgebung noch geschrieben:

Aus der Umgebung, namentlich aus Amsterdam, waren viele Hunderte Teilnehmer gekommen, aus dem ganzen Land Abordnungen der Parteisektionen und Gewerkschaften mit ihren Fahnen. Der Versammlungssaal, der über 2000 Personen faßt, war überfüllt und eine zweite Versammlung im anstoßenden Garten vereinigte gleichfalls eine ansehnliche Menge.

Den Vorsitz im Saale führte der Parteivorstand Gen. Plieten.

Troelstra begann mit der Kritik der Landsturmvorlage. Unter dem Scheine einer Erfüllung des Volkswehrgeankens stelle sie vielmehr seine Karikatur dar. Das Volkswehr ist allein für die Verteidigung gedacht. Der Regierungsentwurf wird aber von den Anhängern des aktiven Eingreifens in den Weltkonflikt unterstützt. Wir dienen mit unserer Opposition nicht bloß Parteinteressen und bekämpfen die Vorlage nicht aus antimilitaristischer Doktrin, sondern weil das Interesse der Volksmasse es gebietet. Man zeigt uns das Schreckbild einer Gefährdung der Schelde und der Kolonien. Wenn aber im Interesse des dauernden Weltfriedens von Holland ein Opfer an Gebiet gefordert werden sollte, wäre es Wahnsinn, statt seiner Hunderttausende Menschenleben hinzugeben. Die nationale Verteidigung bedeutet für uns die Sicherung der nationalen Rechtsgemeinschaft. Allen Versuchen, wegen eines Stückchen Grundgebietes Chauvinismus zu erwecken, muß entgegengetreten werden. Wir werden diese Frage unter dem Gesichtspunkt der internationalen Rechtsgemeinschaft betrachten.

Nach einer Kritik der technischen Mängel des Entwurfs fuhr Troelstra fort: Wo sind die Beweise, daß die im Beginn des Krieges für genügend erachteten Verteidigungsmittel nicht mehr genügen? Ist die Gefahr für die Neutralität nicht geringer geworden? Es gibt in Holland noch keine Kriegspartei, aber Leute, die daran arbeiten, sie zu schaffen. Ein Treiben, wie das, womit man in Italien das Volk in den Krieg hineingeht hat, muß von uns ferngehalten werden. Der Entwurf aber wäre ein Mittel in der Hand der Kriegshörer. . . .

Troelstra erkrankt.

Amsterdam, 30. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Zustand des Genossen Troelstra, der am Sonntag nach einer Rede in Utrecht überanstrengt zusammenbrach, fordert dauernde absolute Ruhe und Bettlager. Troelstra legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder, behält aber sein Mandat.

Zum Weltvolf hindurch!

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ (26. Juni, Morgenausgabe) schreibt Professor Reichert von Liebig-Vieh: Die folgenden Zeilen sollen in Kürze andeuten, was dem deutschen Volke noch fehlt, um im alten echten Sinne des Wortes, im Weltmachtssinn „Weltvolf“ zu sein.

Die erste Forderung dazu ist die Gewinnung einer Landesgrenze, welche die leichte Verteidigung des eigenen Landes gegen feindliche Angriffe ermöglicht, und die Vereinfachung einer Wehrmacht, welche die Belange des Weltvolks an jedem Ort der Welt zu schätzen vermag. Unsere Landmacht wird, nach Erfüllung der zweiten Forderung, durch einen verhältnismäßig kleinen Schritt, durch die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, dazu in der Lage sein. Größere Anstrengungen bedarf es, um unsere Flotte auf die erforderliche Höhe zu bringen; doch wird ein günstiger Verlauf des Krieges die Erreichung auch dieses Zieles wie das der Grenzsicherung wesentlich erleichtern und beschleunigen.

Die zweite Forderung ist die Schaffung einer genügend großen Volksbasis, eines zusammenhängenden, möglichst reichlich bemessenen Besitzes an Grund und Boden, der dem landbauenden Bevölkerungsgrundstock die Möglichkeit gibt, in auskömmlicher Weise zu wirtschaften und dem Volkskörper immer neues, frisches und gesundes Blut zuzuführen. . . .

Nehmen wir kein theoretisch den Fall an, eine Regierung habe sich unter dem allseitig auf sie ausgeübten Druck endlich entschlossen, an dem Besitz eines zum Teil von fremder Hand nicht bebauten, vorwiegend in industriellen und handelsmäßigen Gebieten festzuhalten, und sie vertige in den entscheidenden Tagen auch über Männer, die fähig sind, den Entschluß durchzuführen, so würde sie daher ihrem Land damit doch nur Unheil bringen, wenn sie die dadurch erfolgende Verstärkung der Gleichgewichtsstörung nicht durch den Erwerb ausgedehnter, zu dauerlicher Besiedelung geeigneter Gebiete an den Grenzen ihres Landes wieder ausgleichen würde.

Die dritte Bedingung einer Weltmachtstellung ist der Besitz eigener kolonialer Länder, welche der deutschen Industrie und dem deutschen Handel Absatzgebiete sichern, zu deren Tür Deutschland selbst die Hände in der Hand hat. Die Gebiete müssen dem Deutschen dauernden Aufenthalt gestatten, sie müssen also gleichzeitig koloniale Siedlungsland sein. An solchen Gebieten besitzt Deutschland überhaupt nichts, und es ist klar, der Erwerb des tropischen, von Schlafkrankheit ebenso wie Neufamerica durchseuchten Mittelafrika, den Leute wie Bremer, P. Rohrbach u. a. als Ziel des Krieges hinstellen, würde in dieser Beziehung nicht das mindeste bessern.

Die vierte Voraussetzung einer Weltmacht ist der Besitz eigener Bezugsgebiete für die von der Industrie benötigten Rohstoffe. . . . Was uns aber am allermeisten mangelt, ein Baumwollland, ist Mittelafrika nicht und kann es nie werden. Auch an Erzen ergänzt es nicht genügend, was uns fehlt.

Die fünfte Voraussetzung zur Weltmacht endlich ist ein zusammenhängendes Stützsystem, ein freier Zugang zu einem Weltmeer; ein isolierter, wenn auch noch so starker Flottenstützpunkt genügt nicht. Es ist bekanntlich auch Rußlands Lot, keinen solchen Zugang zu haben, da seine nördlichen Häfen zu frieren; seine neueren Arztee entströmen in letzter Linie alle dieser Art. Die Nordsee ist natürlich kein Weltmeer, sondern ein Binnenmeer, die England, wie der Krieg lehrt, beliebig absperren kann.

Deutschland fehlt also zur Weltmacht und zum Weltvolf vier Voraussetzungen völlig, und die erste, die Wehrmacht, ist erst zum Teil erfüllt. Eine weise Ausnutzung des zu erringenden Sieges kann und muß Deutschland zum Weltvolf erheben.

Eine Friedensrede Macdonalds.

In Birmingham fand am 26. Juni eine Konferenz der Trades-Unionisten statt, die von 150 Delegierten aus ganz England besucht war. Ramsay Macdonald hielt eine energische Friedensrede, in der er nach einem Amsterdamer Telegramm der „Voss. Zeitung“ ausführte:

„Der Krieg wird durch die Entschlossenheit der Völker Europas zum Frieden und nicht durch die Operationen der Armeen entschieden werden. Es ist reine Vohheit, gemischt mit beträchtlichem Prozentsatz von Unwissenheit, wenn man die „Vereinigung der demokratischen Kontrolle“ (eine Organisation, die Macdonald mitbegründet hat, und die bisher schon immer für den Frieden wirkte) entweder eine produktive oder antienglische Organisation nennt. Wir stehen ein für die besten Elemente in der britischen Tradition und der britischen politischen Instinkte. Es ist wahr, daß die „Vereinigung“ inmitten des Niesentampfes für unsere nationale Existenz die Bevölkerung auffordert, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen ein dauernder Frieden hergestellt werden kann. Wir befassen uns mit der Frage, wie die Karte von Europa ausfallen und wie die Politik Europas geführt werden muß, damit die Völker Europas in Zukunft gegen jede Wiederholung dieses Verbrechens geschützt sind. Wenn wir jetzt nicht an den Frieden denken, so wird dieser hinter unserem Rücken und über unsere Köpfe hinweg geschlossen werden. Die Arbeit des Soldaten kann höchstens Schwierigkeiten beseitigen; sie kann uns einen Weg durch den Irrwald der Irrtümer und Mißverständnisse bahnen. Es ist Sache des Zivilisten und nicht des Soldaten, den dauernden Weg zu ebnen und darauf zu achten, daß er nicht in zukünftigen Tagen überwuchert werde. Ich weiß zuweilen nicht, ob ich in einem Irrenhause lebe, oder ob die Zuchthäuser, die die Kontrolle über die Gefühle des Volkes an sich gerissen haben, an Zahl größer sind, als die anständigen Bürger.“

Die Regelung der Munitionsarbeit in England.

London, 1. Juli. (W. T. B.) Die allgemeine Registrierung soll sich auf Männer und Frauen zwischen 15 und 65 Jahren erstrecken, Irland eingeschlossen. Wer sich der Registrierung

entzieht und sein Formular am bestimmten Tage nicht ausfüllt, zahlt 5 Pfund Sterling Buße und — nach einer Gnadenfrist — für jeden weiteren Tag 1 Pfund Sterling. Die Registrierung soll durch die Ortsbehörden nach dem Muster der Volkszählung mit Hilfe freiwilliger Mitarbeiter ausgeführt werden. Man erwartet, daß die Registrierung in drei Tagen erledigt sein wird.

Aus einem englischen Gefangenenlager.

Folgender Brief eines in England Internierten wird uns zur Verfügung gestellt:

Irith Hill near Bromley Surrey Camp. 1.
10. Comp. Jent. 1. June 7. t. 1918.

Liebes Mütterchen und Bruder. Am 17. Mai wurde ich verhaftet und seit dem 18. befinde ich mich hier im Concentrationcamp. Von der Polizei wurde ich ganz gemein behandelt, aber sobald wir der Militärbehörde übergeben wurden, war die Behandlung eine humane. Unser Camp befindet sich in einer sehr gesunden Gegend, ziemlich hoch rings von Bäumen umgeben, das Wetter ist auch sehr angenehm, schön warm. Das Essen ist einfach, sehr kräftig und reichlich, so daß man bei bestehen kann, wenn nicht so viel Menschen hier wären und etwas mehr Bequemlichkeit, dann wäre das Leben hier ideal. Meine Gesundheit ist soweit zufriedenstellend, vielleicht übergeht Ihr diesen Brief dem „Vorwärts“. Hoffentlich ist der Tag der Befreiung nicht mehr fern. Ich würde dann nach Deutschland zurückkehren. Wie geht es nun Euch, hoffentlich alles gesund und munter. Sorge Dich nicht um mich, mein liebes Mütterchen. Ich glaube, Ihr dürft auch an mich schreiben, wenn Ihr Kriegsgefangener adressiert.

Herz. Grüße

Ein Erlaß des Zaren.

Petersburg, 30. Juni. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Ein kaiserliches Reskript an den Ministerpräsidenten Goremykin lautet: Aus allen Teilen des Vaterlandes gelangen Stimmen zu mir, welche Zeugnis ablegen für den starken Willen des russischen Volkes, seine Kräfte dem Werke der Heeresausrüstung zu widmen. Ich schöpfe aus dieser nationalen Einmütigkeit die unerschütterliche Sicherheit einer strahlenden Zukunft. Der lange andauernde Krieg verlangt immer neue Kraftanstrengungen; aber indem wir die wachsenden Schwierigkeiten überwinden und den unvermeidlichen Wechselfällen des Kriegsglücks die Stirn bieten, wollen wir in unseren Herzen den Entschluß befestigen und stärken, den Kampf mit Hilfe Gottes bis zum vollständigen Triumph des russischen Heeres zu führen. Der Feind wird niedergeschlagen werden müssen, sonst ist der Friede unmöglich. Mit festem Vertrauen in die unerschöpflichen Kräfte Rußlands erwarte ich, daß die Regierungs- und öffentlichen Einrichtungen, die Industrie Rußlands und alle treuen Söhne des Vaterlandes ohne Unterschied der Meinungen und Klassen solidarisch und einmütig arbeiten werden, um die Bedürfnisse unserer tapferen Armeen zu befriedigen. Dieses einzige und nunmehr nationale Problem soll alle Gedanken des einigen und in seiner Einigkeit unbefiegbaren Rußlands auf sich ziehen. Nachdem ich zur Erörterung der Approvisionierungsfragen einen besonderen Ausschuss unter Beteiligung von Mitgliedern der gesetzgebenden Kammern und von Vertretern der Industrie errichtet habe, erkenne ich es als notwendig, den Zeitpunkt der Wiedereröffnung der gesetzgebenden Körperschaften zu beschleunigen, um die Stimme der russischen Erde zu hören. Und da ich die Wiederaufnahme der Tagungen der Duma und des Reichsrats spätestens für den Monat August beschlossen habe, vertraue ich den Ministerrat damit, die durch die Kriegszeit notwendig gemordenen Gesetzentwürfe meinen Angaben gemäß auszuarbeiten.

Die russischen Liberalen und der Krieg.

Kopenhagen, 1. Juli. (W. T. B.) „Politiken“ meldet aus Petersburg: Mit dem Reskript des Zaren über die Einberufung der Reichsduma und des Reichsrates fand die große Kampagne für oder gegen die Einberufung ihren Abschluß. Die liberalen Parteien sahen in der Einberufung eine Notwendigkeit zur Durchführung einer besseren Organisation des Krieges sowie eine Gelegenheit zur Stärkung des Einflusses der Volksvertretung. Die reaktionären Kreise wollten im Gegensatz hierzu nicht das geringste von einer Machterweiterung der Duma wissen. Das einzige, was sie zugestehen wollten, war, daß die Duma am Schlusse des Jahres durch eine kurze Mitteilung eingeladen werde, den Finanzvorschlag der Regierung zu genehmigen. Sogar neulich noch, als liberale Blätter nur die Frage der Einberufung der Duma erörterten, verbot der Minister des Innern Malakow, über diese Frage sich zu äußern. Aber die Schlacht bei Semberg half den Liberalen. Die Semstwow, Wörstmannen und Industrielle bereiteten sich und stellten die bestimmte Forderung, daß die Duma einberufen werden solle. Malakow fiel und die Duma wurde einberufen, jedoch als Zugeständnis an die Reaktionen nicht zum Juli, sondern zum August.

Verhaftung italienischer Priester.

Basel, 1. Juli. (W. T. B.) Die Blätter melden aus Rom zahlreiche weitere Verhaftungen von Priestern, die der Propaganda gegen den Krieg und zugunsten Oesterreichs beschuldigt werden.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Spanien.

Paris, 1. Juli. (W. T. B.) Die „Temps“ aus Madrid meldet, hat die spanische Regierung beschlossen, alle Versammlungen über innere Politik zu gestatten, jedoch Versammlungen, in denen Fragen des Krieges oder der Neutralität besprochen werden sollen, auch weiterhin zu untersagen. Der Deputierte Agcarate beabsichtigt, deswegen mit Dato Rücksprache zu nehmen, um ihn zur Aufhebung des Verbotes zu veranlassen, das in liberalen und sozialistischen Kreisen viel böses Blut macht.

Der japanische Imperialismus auf dem Vormarsch.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ macht, einem Bericht des „Java-Bode“ folgend, Mitteilung von der Gründung einer „Südsee-Gesellschaft“ in Tokio, die mit folgendem Programm austritt: „Die Gesellschaft will vor allem die Aufmerksamkeit des Publikums auf das ausgebreitete Gebiet lenken, wo sie zu arbeiten gedenkt. Java, Sumatra, Borneo, Celebes, die Halb-

insel Malakka und die Philippinen umfassen allein eine Oberfläche von 2 1/2 Millionen Quadratmeilen. Dieses mit Schätzen angefüllte riesige Warenhaus wartet auf Kulturbarmachung! Geographisch, geschichtlich und kommerziell sind die Südseeinseln eng verbunden mit den Interessen Japans, während ein großer Teil des japanischen Kapitals und der japanischen Arbeitskraft dort schon tätig ist. Die Gesellschaft will jetzt die Südseeinseln studieren, um sie zur Entwicklung zu bringen, die Wohlfahrt der Inseln und die Japans zu befördern und zu ihrer Teilnahme an der Weltkultur beizutragen.“ — Man sieht, die japanischen Kapitalisten haben das Wörterbuch des Imperialismus gut durchgelesen. Das „Studium“ eines Landes ist die erste Stufe zur „friedlichen Durchdringung“, die selbst wieder der Waffengewalt vorarbeitet. Und natürlich wird das alles der „Weltkultur“ zuliebe gemacht. — Das holländische Kolonial-Ministerium bewilligt die japanische Gesellschaft mit recht süßlichen Worten. Vermutlich wird auch die angekündigte kommerzielle Verarbeitung der Philippinen in den Vereinigten Staaten ebenso wenig Begeisterung wecken, wie die der Halbinsel Malakka in England. Die Gründung der japanischen Gesellschaft ist eine weitere Ankündigung der nahenden Schicksalsstunde des europäischen Kolonialismus, den die in der Weltgeschichte waltende Ironie just durch den Krieg beschleunigt, den die imperialistischen Mächte Europas um der Ausbeutung fremder Weltteile willen mit einander führen.

Kriegsbekanntmachungen.

Ausschriften bei Feldpostsendungen.

Im Betriebe der Feldpost macht sich in weitem Umfange der Uebelstand geltend, daß die auf die Sendungen geklebten Aufschriften unterwegs abfallen, wodurch die Sendungen unbestellbar werden. Besonders sind es die Umhüllungen aus Cellpapier, auf denen die Aufschriftzettel schlecht haften. Auf solche Umhüllungen muß die Aufschrift mit Tinte niedergeschrieben werden.

Telegrammverkehr bei Nachforschungen nach Heeresangehörigen.

Da vielfach Privatpersonen bei Nachforschungen nach verwandten Heeresangehörigen von Militärbehörden und Truppenteilen die Absendung von Dienst-Telegrammen erbitten, wird erneut in Erinnerung gebracht, daß für solche Zwecke seit dem 20. Januar dieses Jahres der Privattelegramm-Verkehr zwischen Heeres- und Heimat freigegeben ist und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Telegramme sind der militärischen Prüfungsstelle bei den stellvertretenden Generalkommandos persönlich oder brieflich unter Beifügung der Gebühr zu übermitteln.
2. Ihre Dringlichkeit ist durch Beweismittel zu begründen. Alle nicht unbedingt dringlichen Telegramme werden unter Rückgabe der Gebühr zurückgewiesen, ebenso Telegramme mit unrichtiger Adresse.
3. Telegramme über das Befinden von Schwerverwundeten haben vor allen anderen den Vorrang.
4. Zulässig ist nur die offene deutsche Sprache. Der Text muß so kurz wie möglich gefaßt sein.
5. Die Adresse ist vom Absender so ausführlich anzugeben, wie es für Feldpostsendungen vorgeschrieben ist. Wohnt der Absender nicht am Ort der Prüfungsstelle, so ist der Unterschrift des Telegramms der Wohnort beizufügen. Die Gebühr beträgt 5 Pf. für das Wort, wobei die Adresse ohne Rücksicht auf die dafür gebrauchte Wortzahl für 10 Tagworte gezahlt wird. Kein Telegramm darf außer der Adresse mehr als 20 Wörter enthalten.
6. Für alle vom Heerdeer zur Heimat gerichteten Telegramme werden die Gebühren — 5 Pf. für das Wort — vom Empfänger erhoben.

Der Postverkehr mit Belgien.

Die vor kurzem durch die Tageszeitungen verbreitete Nachricht, daß im Gebiete des General-Gouvernements in Belgien der Ausbau des Postwesens vollendet und alle Orte und Wohnstätten dieses Gebietes an das Postnetz der neu geschaffenen Deutschen Post und Telegraphenverwaltung in Belgien angeschlossen seien, hat vielfach zu der irrthümlichen Auffassung geführt, daß nun alle Orte und Wohnstätten Belgiens ohne Einschränkung zum Postverkehr mit Deutschland zugelassen seien. Das ist nicht der Fall. Zum Verkehr mit Deutschland sind nur die Städte Brüssel, Lüttich, Verbiers nebst ihren Vor- und Nachbarorten sowie die Städte Antwerpen, Hasselt und Wellenraedt ohne Vororte zugelassen. Die anderen Orte im Gebiet des General-Gouvernements nehmen vorerst nur am innerbelgischen Postverkehr teil.

Im Verkehr zwischen Deutschland und den zugelassenen Orten werden gewöhnliche und eingeschriebene offene Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere in deutscher, flämischer und französischer Sprache, ferner Postanweisungen, auf deren Abschnitt sich keine schriftliche Mitteilungen befinden dürfen, und Telegramme, die in der Richtung aus Deutschland nur in deutscher Sprache, in der Richtung aus Belgien in deutscher oder französischer Sprache abgefaßt sein müssen, zur Beförderung zugelassen.

Letzte Nachrichten.

Das erste italienische Flugzeug über Trient.

Innsbruck, 1. Juli. (T. U.) Wie die „Innsbrucker Neuesten Nachrichten“ melden, wurde dieser Tage über dem Bereiche der Festung Trient das erste italienische Flugzeug geschickt, das jedoch keine Bomben abwarf, sondern sich auf Beobachtung beschränkte. Viel Erfolg kann es damit kaum gehabt haben, weil es in sehr großer Höhe flog. („Frankf. Zeitung“.)

Ein bulgarisches Dementi.

Basel, 1. Juli. (W. T. B.) (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Der „Tribuna“ zufolge, bestreitet die bulgarische Gesandtschaft in Rom die Meldung, daß die dortigen Bulgaren eine Aufforderung erhalten haben, sich auf die Abreise vorzubereiten.

Die Vorgänge in Albanien.

Mailand, 1. Juli. (W. T. B.) Die „Corriera della Sera“ aus Durazzo meldet, hat Effod Pascha zur Bestrafung von albanischen Aufständischen ein Sondergericht eingesetzt. Das Gericht hat bereits mehrere Todesurteile ausgesprochen.

Die Wirren in Mexiko.

Paris, 1. Juli. (W. T. B.) „Journal“ meldet, daß die Verluste der Zapatisten und Carranzisten bei den letzten Kämpfen um Mexiko auf beiden Seiten mehrere tausend Soldaten und Zivilisten betragen haben.

Erdrutsch im Panamakanal.

Paris, 1. Juli. (W. T. B.) „Journal“ meldet, im Panamakanal hat an der Uferbränge ein Erdrutsch stattgefunden. Man ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Durchfahrt wird demnächst in normaler Weise wieder aufgenommen werden.

A. Wertheim

Billige Lebensmittel

Sowelt Vorrat

Reine Zufassung

Wurstwaren

Harte Zervelatwurst . . . Pfund 2.40
 Harte Salamiwurst . . . Pfund 2.40
 Plockwurst . . . Pfund 1.90
 Rollschinken 6-8 Pfd. schwer, Pfd. 2.55
 Jagdwurst . . . Pfund 1.70
 Landeherwurst . . . Pfund 1.30
 Rotwurst . . . Pfund 1.10 1.50
 Zungen in Dosen . . . Pfund 2.80
 Schinken in Dosen . . . Pfund 2 M.

Geflügel

Junge Küken . . . Stück 1 M. bis 2.40
 Suppen-Hühner . . . Stück 2.80 bis 4.40
 Junge Enten . . . Stück 2.50 bis 4.40
 Gänse . . . Pfund 98 Pf. u. 1.25

Obst

Stachelbeeren . . . 2 Pfund 45 Pf.
 Erdbeeren . . . Pfund 45 Pf.

Gemüse

Radieschen . . . 4 Bund 10 Pf.
 Kohlrabi . . . Mandel 20 Pf.
 Schoten . . . Pfund 18 Pf.
 Mohrrüben . . . 3 Bund 20 Pf.
 Wirsingkohl . . . Kopf 15 und 20 Pf.
 Blumenkohl . . . Kopf 10 15 20 Pf.
 Sanbohnen . . . Pfund 12 Pf.
 Grüne Bohnen . . . Pfund 30 Pf.
 Gurken . . . Stück 10 15 20 25 Pf.

Neue Kartoffeln 25
 3 Pfund 25 Pf.

Fische

Kabeljau o. Kopt. in ganz. Fischen Pfd. 53 Pf.
 Seelachs in ganzen Fischen . Pfund 40 Pf.
 Schellfische . . . Pfund 30 Pf. und 50 Pf.
 Rotzungen . . . Pfund 60 Pf. und 80 Pf.
 Salzfisch in ganzen Fischen Pfund 40 Pf.
 Kopf u. Schwanz Pfd. 35 Pf., Mittelst. Pfd. 45 Pf.
 Lebende Schleie . . . Pfund 1.20
 Lebende Aale . Pfund 85 Pf. bis 1.80
 Matjesheringe St. 10, 15, 20, 25 Pf.

Butter u. Käse

Landbutter ungesalzen . . . Pfund 1.62
 Tisch- u. Tafelbutter 1.78 1.84
 1/2-Pfund-Paket 89 Pf. 92 Pf.
 Pflaumenmus . . . Pfund 38 Pf. 48 Pf.
 Edamer u. Holländer Käse Pfd. 1.10
 Limburger Käse . . . Pfund 80 Pf.
 Harzer Käse Kiste 100 Stück . . 2.95

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 1.10
 Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1.10
 Rinderfilet im ganzen unausgeschält, Pfund 1.30
 Rinderkamm u. -brust . . . Pfund 1 M.
 Querrippe . . . Pfund 90 Pf.
 Ochsenchwanz . . . Pfund 70 Pf.

Pökelrinderzunge . . . Pfund 1.25
 Hammelkeule u. Rücken im ganzen 1.15
 Dicke Rippe Pfd. 1.10, Dünnung 1 M.
 Kalbskeule u. -rücken im ganzen 1 M.
 Kalbskamm, Brust u. Bug Pfd. 90 Pf.
 Kalbskoteletts Pfd. 1.40 Haxen 70 Pf.

Saison-Ausverkauf nur 3 Tage

Freitag und Sonnabend

Feinste Reiskeule 58 Pf. Reine Toilette-Kokosseife Riegel 30 Pf.

Kölnisches Wasser Flasche 28 Pf. 55 Pf. 1 M.

Eucalypt. Mundwasser Flasche 55 Pf. 90 Pf. 1.60

Oelseife Marseller Art 15 Pf. 35 Pf. 70 Pf. 4 M.

Schwedische u. Norweg. Zündhölzer Paket 35 Pf.

Freitag und Sonnabend

Bowlenwein

einheitlich Flasche: 1/2 Fl. bei 10 Fl.

Obermoseler 67 Pf. 65 Pf. 1912er Edenkobener 67 Pf. 65 Pf.
 1911er Wintringer . . . 85 Pf. 82 Pf. 1912er Dürkheimer . 72 Pf. 70 Pf.
 1912er Zeltinger . . . 1.05 1 M. Rhein. Apfelwein . . 44 Pf. 42 Pf.
 1910er St. Juan 77 Pf. 75 Pf. 1910er St. Barbara . 85 Pf. 82 Pf.

Bordeauxwein

einheitlich Flasche: 1/2 Fl. bei 10 Fl.

1909er Castillonais 1 M. 95 Pf. 1907er Château Guiraud . 1.55 1.50
 1909er Sables St. Emilionais . 1.15 1.10 1909er Château Lamorère . 1.75 1.70
 1909er Moulis Médoc 1.25 1.20 1907er Château La Tour Caruel 2.10 2 M.

Südwein

einheitlich Flasche: 1/2 Fl. bei 10 Fl.

Feiner Tarragona . . 95 Pf. 92 Pf. Alter Malaga dunkel . 1.70 1.65
 Insel-Madeira . . . 1.45 1.40 Alter Douro-Portwein 1.90 1.85

Ständiger Verkauf

Erfrischungen in Feldpostbriefen

Waldblüte besonders erfrischend Backobst 1-Pfund-Karton . . 1.50
 1/2 Pfund 45 Pf. 1 Pfund 85 Pf. Sprudel Brause-Lim. St. 10 Pf. Dtz 1 M.
 Kalte Fruchtsuppen Pak. 15 Pf. Ruwil-Kaffee kalt auflösen
 Erfrisch.-Mundtbl. Büchse 50 Pf. u. 1 M. Büchse 65 Pf. 1.30 2.60
Neuheit! Pudding tafelfertig, verschiedener Geschmack, Büchse 60 Pf.

Allgemein-Verschiedenes

MANOLI
 ZIGARETTEN
 Deutschlands führende Marke

BOSNIA
 CIGARETTEN
 Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH
 Company
 Berlin N. 20 Pankstr. 65.

Kressin
 Raucht Herbstoll Cigaretten

Franz Abraham
 Haus-Messing- u. Röhrenwerk-Kell.
 C 25 Babelsdr. 24, Fernsp. Kest. 13708

Bad-Anilaiten
 Arkona-Bad, Anklam-Str. 34.
 Bad Alt-Moabit 104 Krank.-Kass.

Bad
 Landsberger-Str. 107.
 Gollnowstr. 41, Liefer. sämtlich. Krankenkl.

Central-Bad
 Anzengerstr. 26.
 Koppstr. 93

Diana-Bad
 sämtliche Bäder.
 National-Bad, Brunnenstr. 3.

Bad Ostend
 Boxhag.-Str. 17
 Lief. all. Kassen

Passage-Bad
 Kottbuser-Damm 79.
 Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Schiller-Bad
 Müllerstr. 153 a.
 Silesia-Bad
 Schleierstr. 31.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen
 Die neue 3/3
 Qualität-Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien
 A. Grodzinsky, Boxhagenerstr. 27.
 Gust. Heintschel, Babelbergerstr. 26
 Otto Hoff, Chorinerstr. 12.
 F. Klesowetter, Schivelbeinerstr. 16.
 R. Klinke, Weibens., Lehdorstr. 120.
 R. Kleiner, Schulstr. 102
 Felix Kynast, Dänenstr. 5.
 Carl Lindenberg, Lykanerstr. 4.
 P. Müller, Willibald-Alexisstr. 43.
 Gustav Nielsen, Lindowstr. 9
 J. J. Topf, Amst. 104, Reinkend. 6st.
 Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
 Osw. Raubert, Gürtelstr. 27.
 Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11
 Frig. Richter Jr., Liebenwalderstr. 12
 H. Saunus, Altensteiner Str. 26.
 Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9.
 Adolf Schulz, Florstr. 78 Pank.
 Filialen in allen Stadtteilen.
 E. Weber, Provinzstr. 99, Reinsche 24-0
 Karl Weinholtz, Kamerunerstr. 67.
 Emil Werk, Samariterstr. 6.
 Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
 Zachar, Gr.-Lichterf., Chausseest. 35a
 Paul Zastrow, Stromstr. 32.

Butter, Eier, Käse
 Concordia-Butterhandl.
 des Ostens
 Bruno Freche
 15 Detailgeschäfte

Gebr. Gause.
 25 eigene Filialen.

August Holz
 Hubertus, Butterbäck, Strausberg
 Herrn. Kunert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
 48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4
 Detailgeschäfte

**„Nordstern“
 „Mercur“**

Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen

Gebr. Siebert
 Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.

Uhly & Wolfram
 Cigarrenhandlungen

75 Geschäfte
 in den Stadtteilen Berlins
 sowie in Nachb. u. Treptow
 gegründet 1892.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhdg.
Brauerei Bötzow
 empfiehlt
 Qualitätsbiere
 ersten Ranges.

W. Adeltung & A. Hoffmann
 Akt.-Brauer, Potsdam, Eig. Niederl.
 Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
 Brandenburgerstr. 11, Wilhelmstr. 110
 Spez. Potsd. Stangenbier

Berliner
Bock-Brauerei
 empfiehlt
 anerkannt vorzügl. Bier

Osw. Berliner
 Ur-Berliner, hell und dunkel
 Tempel, E., Melderstr. 13a d.
 Luisenbrauerei Weißensee.

Brauerei Königstadt
 feinste Qualitätsbiere.

C. Habels Brauerei
 hell - Habelbräu - dunkel.

Weissbier - Caramelbier
 Brauerei E. Willner
 Pankow.

Löwen-Brauerei
 vorzügliche Pils- und
 Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfaffenberg.

Trinkt Wanninger Bier!
 Vereins-Brauerei Teufonia, NW 87.

Spandauer-Brauerei
 Weissbier, C. Breithaupt,
 Pallasenstr. 97 Tel. Kpt. 2981, 2982

Cacao, Schokolad., Confit.

Beleuchtungsgegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 95.
Drogen und Farben
 W. Kleemann, Berg-Drucker, Bergstr. 37
 Werder-Druckerei, Brüt. Endowerstr. 2a

Cigarrenfabriken
JUHL
 230 GESCHÄFTE

G. Kaphun
 Verkaufsstellen
 in allen Stadtteilen.

J. Neumann
 900 Niederlagen.

Richter & Franke
 Filialen in all. Stadtteilen

**Eisen, Stahlwaren, Waffen,
 Werkzeuge**
 Herrn. Braun, Landsbg. Allee 149.
 Grüner Weg 49
 Otto Belg, Wrangelstr. 69.
 G. Brucklacher, Oranien
 Allee 149, Ackerstr. 122.
 Carl Jung, Stromstr. 21.
 Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 3.
 Rühlmann P., Müllerstr. 40b, E. Seer

Fleisch- u. Wurstwaren
W. Beck
 Inh.: Herrn. Gerbach
 Charlottenburg, Berlinerstr. 69-69
 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
 C. Billerbeck, Charlitz, Kränze 81, 19
 Franz Boruslak, Lübeckstr. 26
 Fr. Brauer, Neukölln, Waltherstr. 55
 Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.
 Bruno Dör, Mantuffelstr. 39
 Dresden, Fleisch-Centr. Dresdenerstr. 17.
 Gontardstr. 2 Ein-
 gang vom Fur.

A. Fahl, Neuk., Lieberstr. 15
P. Fongler, Cdp., Flemingstr. 33
Fleischer, Frankfurter Allee 150
Willy Gercke, Petersburgerstr. 31
M. Grauwald, Kopenhagenerstr. 38
R. Holzhütter, Putbusenerstr. 48
Hüblich, Ramlerstr. 23
Wilh. Kurr, Wrangelstr. 83
H. Leibniz, Neuk., Schönstedtstr. 16
August Lincke, Alte Jacobstr. 26
R. Roetkerstr. 42
Luebbe, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Theaterstr. 17

G. H. Müller
 Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.
 Spezialität: Frankfurter Würstchen

A. Möbes Ndh.
 Fleischwaren u. Wurstfabrik
 Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

G. Pelly, Andreasstr. 77b.
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
H. Rose, Treptowstr. 11, Narkissallee
R. Schatzhagen, Hellerstr. 11
H. Neusch, Broitest. 24, Spandau
M. Spranger, Reinkend. Str. 11

Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 35
E. Thara, Reinkend. Str. 34
F. Wendt, Simon Dachstr. 37.
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 136.

Essigfabriken
Timmer-Essig
 überall erhältlich
Fincho, Conserven
 Ottilienh. Raderstr. 67, Frankf. St. 111
P. Staehr, Fischb. Ränderstr. 19
 Wilderweg 19 Pfl. Frankf. Allee 151 52

Herrn- u. Knabenbard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke
 Prinzen-Allee
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3.
Leake & Slopecki, Schish-Allee 70 e

Hüte, Mützen, Pelzwar.
H. Kaufn. beim Hutmacher
 Gebr. Seisse
 Müllerstr. 155.

Schoerr, Herrn., Wilmerstr. 46.
Vester, E. Kottbuser-
 Damm 124 19

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
 Filialen und Niederlagen
 in allen Stadtteilen
 Nur reelle Qualitäten

Anerk. verteilte Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.
 Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Kaufhäuser
 Hochst. Str. 1
Paul Falkenstein
 Rabatmarkt.

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
O. Pösch, Schwedenerstr. 18.
Franz Richter, Malplagenerstr. 35 36
Runge, Otto, Mühl. Hermannstr. 55.
A. Sirkhat, Mühlh. Reinkend. St. 108
Erich Thiel, Weiß., Landwehrstr. 129.

Kurz-, Weib-, Woll-, Trikotag.
Hoppe, E., Schwarzweberstr. 52.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Mauer-
 str. 44.
Neukölln, Eberstr. 33, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Weststr. 129, Friedelstr. 25
Treptow, Grün-Str. 84.

Prese, Ernst 5 Geschäfte
 im 80.

Gaede, Otto Charlotten-
 burg.
Ernst Hoffmann Kr. Anenstr. 4.
F. Pflugmacher, Colonenstr. 48.
Wrangelstr. 75
F. W. Sichter Ecke Cuvrystr.

Haus- u. Küchengeräte
O. Geiger, Schleierstr. Müllerstr. 7
Frz. Kamerowsky Reinkend. St. 6
 Bill. Bezugsqu.

Molkereien
Wilhelm Freier, Bouchestr. 50.
H. Friedrich, Straßburgerstr. 42a
F. Gallo, Metzgerstr. 38.
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 66.
A. Siebert, Weißb. Raderstr. 57.

„Schweizerhof“
 Meierei und Molkereianstalt.
 Endener Str. 46 u. Tel. U 2566.
Wodrich, Putbusenerstr. 35.

Mostrichfabrik
Tamborini Mostrich überall!
Nähmaschinen
Bellmann, E. Gollnowstr. 26
 Waschmash.

Singer
Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Grosz, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Neuk. Brunstr. 14

Photogr. Apparate
M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 3.
 auch Gelegenheitsk.

Photograph. Ateliers
R. Maerz, Badstr. 66.
Rud. Obigt, N. Reinkend. Raderstr. 3

Pianos
R. Vierling Kottbuserstr. 3
 Kauf, Miete, Teilzahlg.

Roßschlächtereien
E. Weidlich, Neuk. Brunstr. 41.

**Schneewittchen-
 Bleichseifenpulver**
 Alleinvertrieb: Grubin, Potsdam

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeitsversicherung - Schützens-
 Sterbekassenversicherung - Straße 3

Meierei
C. Bolle
 A.-G.
 Berlin N.W. 21 Alt Moabit
 98 103 u
 Ältester und größter
 Molkereibetrieb
 — Grossbetrieb —

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49
Weine, Liköre, Fruchtäfte

E. Ballin & Co.
Cognac-Brennerei
Dampf-Likörfabrik
 Nur Qualitätsk.

Hugo Selig
 60 Filialen in allen Stadtteilen.

P. Kirchner & Co.
 Cognac, Likörfabrik
Kirchners Araber
 Groß-„Zur Sonne“, P. Freudenber.
 Frankfurter
 Otto Albert Schulz Allee 155
 Groß- Destillation, Ausschank.

Herm. Meyer & Co. Act.
 Ges.
 ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
 Bockkamp
SEMPER IDEM
 anerkannt bester Bitterlikör

Sprit- und Likörfabrik
 Ringfrol
m. & W. Müller
 Bockowerstr. 78.

Zahnst.
W. Best, Skallierstr. 62 E. Wrangelstr.
M. Dresler, Grünstr. 701, Treptow.

Britz
St. Serowka, St. Ernst, Rudowstr. 144

Fredersdorf
Carl Tegel, West- u. Pank. Raderstr.
Königs-Wursthausen
G. Hübner, Kreuzstr. 56, Babelsdr. 19

Kaufhaus Emil Bergmann
Mahlst.
 Frau A. Pügel, Kolonialwaren.
Mariendorf
H. Wagner, Kottb. 11, Pflanz-Wardw
Neukölln
C. Kämpfer, Bergstr. 137, Uhr. Oldw.
Krause, Kais. Friedr. St. 70, Babelsdr.
Fr. Pannek, Bergstr. 131, Ledow.
Wieder-Schönhausen
O. Stiem, Schleierstr. Kais. Vik. Str. 74
Spandau
Karl Heinrich, Bäck., Seckstr.
Schweizer, Britzstr. 35, Fisch- u. Wristv.

Zum Verbot des „Vorwärts“.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt zur Begründung des Verbots aus:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht unter der Überschrift „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Rundgebung, in der dargelegt wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan hat, und wie ihre friedlichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder aufgenommen worden sind. Als Tatsache wird festgestellt, daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.“

Trotz dieser Feststellungen fordert der sozialdemokratische Parteivorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffene günstige Kriegslage, die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ ist wegen dieser Rundgebung mit Rücksicht auf die noch für die Erörterung von Kriegszielen bestehenden Zensurvorschriften verboten worden. Sie ist in hohem Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschlüssen der Regierung vorzugreifen, im Ausland einen, wahrlich auch der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen wird. Nach bewährten Mustern wird das Manifest allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden flauen Kriegsmüdigkeit ausgenutzt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde erneut zu beleben.

Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage Aussicht bietet, erfolgreich in Friedensverhandlungen einzutreten, wird die Regierung von selbst das ihrige tun. Bis dahin aber gibt es für das deutsche Volk nur die Parole: Durchhalten!“

Die bürgerliche Presse zum Parteivorstands-Aufruf.

Die „Vossische Zeitung“ zitiert zunächst die Polemik des Parteivorstands-Aufrufs gegen die ausländischen Bruderparteien und schreibt dazu:

„Soweit ist der Aufruf verständlich. Unverständlich und jeder Logik bar aber ist sein Schluß. Nachdem der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands festgestellt hat, daß die Sozialdemokraten in England und Frankreich im Einverständnis mit ihren Regierungen an einen Frieden nicht denken vor der „völligen Niederwerfung Deutschlands“, bringt es der Aufruf fertig, zum Schluß der deutschen Regierung zu raten: „Reich“ den Feinden die Hand zum Frieden. Wörtlich lautet der Schluß des Aufrufs (folgen die letzten vier Absätze des Aufrufs):

Der sozialdemokratische Parteivorstand legt sich mit diesem sowohl bei seinen Gefinnungsgenossen in Frankreich und England wie bei unserer Regierung ausdrücklichem Appell mit sich selbst in Widerspruch. Er muß eingestehen, daß die französische Sozialdemokratie Verhandlungen mit deutschen Sozialdemokraten abgelehnt habe — und nun verpricht er sich eine Wirkung von feinem papiernen Ausdruck der Erwartung an sie, daß sie für die Herbeiführung des Friedens auf ihre Regierung einwirken werde? ...

Und was die Versicherung betrifft: „Das Volk will keine Annexionen“ — sollen wir erinnern an das Wort, das jüngst aus sozialdemokratischem Munde im „Ham b. Echo“ gesprochen wurde? Dort hieß es:

„Wer sich dogmatisch und ohne Wirklichkeitskenntnis auf den Standpunkt stellt, nach diesem revolutionären aller Kriege müsse alles, aber auch alles, genau so wieder hingestellt werden, wie es vor Kriegsausbruch war, der fordert — groß ausgedrückt — nicht mehr und nicht weniger als die Wiederholung des Krieges! Soll der Sieger sich nicht sichern dürfen vor gleichen Gefahren, nicht Schutz nehmen, den ihm seine Kraft geschaffen hat? Sollen unsere Brüder, Söhne und Väter ihr Blut gelassen haben, um nach wenigen Jahren ihre Kinder in daselbe Kriegselend getrieben zu sehen? Kein Verständiger wird das verlangen.“

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich — das ist klar, daß es eigentlich keiner Erwähnung bedarf — jedes Angebot einer Beendigung des Krieges, das ihr von den Gegnern gemacht wird, gewissenhaft prüfen. Aber auch der sozialdemokratische Parteivorstand kann sich doch nicht verhehlen, daß ein deutsches Friedensangebot sofort im Ausland als ein Zeichen der Schwäche, trotz unserer gewaltigen Erfolge, ausgelegt werden würde. ... Ohne weiteres darf denn auch vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie erwartet werden, daß er — was auch kommen möge — an seiner bisherigen Entschlossenheit festhält: durchzuhalten.“

Herr Dertel schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“: „Es ist betrüblich, daß die Herren den Mut gefunden haben, jetzt und unter diesen Umständen und bei der Haltung ihrer Parteigenossen im feindlichen Ausland der deutschen Regierung in aller Form nahezu legen, den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens zu tun. Dagegen muß mit der denkbar größten Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wenn die deutschen Genossen etwas Verständliches hätten tun wollen, so hätten sie sich an die gegnerischen Länder wenden und diesen nahelegen müssen, ihrerseits in Friedensverhandlungen einzutreten. Das deutsche Volk hat nicht die mindeste Veranlassung, solche Verhandlungen anzulegen.“

Die „Tägliche Rundschau“ ist mit dem Verbote des „Vorwärts“ noch nicht zufrieden; damit könne die Sache nicht erledigt sein. Es sei eine unerhörte Annahme, wenn sich „Vorwärts“ und Parteivorstand „erdreisten“, im Namen des deutschen Volkes schlechthin zu sprechen. Die erdrückende Mehrheit dieses Volkes lehnt es zweifellos aufs schroffste ab, mit dieser gemeingefährlichen Schrittmacherei für die Interessen des Auslandes etwas zu schaffen zu haben und es ist unerlässlich, daß diese entgegengesetzte Auffassung unabweisend zum Ausdruck gebracht wird. Wenn je die Rücksicht auf das Ausland gebieterisch spräche, so ist es hier der Fall. Es wäre eine moralische Niederlage, wenn dieser Aufruf der sozialdemokratischen Parteivorstandes in die Welt ginge, ohne daß ihm die Stimme der deutschen Presse ein Gegengewicht biete.“

Im weiteren wendet sich der Artikel gegen das Kriegszielprogramm der Sozialdemokratie. „Keine Annexionen und keinen Preis“. Das lasse sich angesichts des feindlichen Lobens nicht gut mehr aufrecht erhalten.

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt u. a.: „Der Parteivorstand lehnt also jede Grenzveränderung als Friedensbedingung unbedingt und ohne Vorbehalt ab. Das bedeutet, daß er aus Rücksichten internationaler Gemeinschaft auch denjenigen Grenzschuß dem Deutschen Reich verweigert, der nach den Erfahrungen dieses Krieges und nach übereinstimmendem Urteil der militärischen Sachverständigen unbedingt erforderlich ist, um unser Volk im Westen und Osten vor Einbrüchen zu

bewahren, wie wir sie im Elsaß und in Ostpreußen schaudernd erlebt haben. Dieser Meinungsäußerung muß scharfer Widerspruch besonders deshalb entgegengestellt werden, weil der Parteivorstand hinzusetzt, das deutsche Volk, die Arbeiterklasse, wolle keine Annexionen, sondern wolle den Frieden. Das ist un wahr ...“

Der sozialdemokratische Parteivorstand fordert die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten. Er mutet ihr damit zu, die Rolle des Besiegten zu übernehmen. Mit dieser Aufforderung erteilt er im Ausland den Eindruck, als fühle ein erheblicher Teil des deutschen Volkes sich besiegt. Auch das ist un wahr. Wir haben das unbedingte Vertrauen zur Regierung, daß sie fest bleibt und durchhält, bis unsere Feinde am Boden liegen. Dieses Ziel muß und wird erreicht werden.“

Die freikonservative „Post“ (27. Juni): „Vermutlich um den allzu offensichtlichen, tiefgehenden Zwiespalt innerhalb der Sozialdemokratie zu verleiern, hat sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer Friedensrundgebung entschlossen. Diese Rundgebung droht alles das in Frage zu stellen und zu durchkreuzen, was seither in diesem Kriege die Sozialdemokratie an nationalem Gemeinheitswillen für das deutsche Vaterland betätigt hat. Wenn die Erklärung einseitig darauf hinweist, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in den Dienst des Vaterlandes gestellt habe, so bedeutet das, was sie selbst will und bezweckt, die Indienststellung nicht für das Vaterland, sondern für die Feinde unseres Vaterlandes ...“

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hebt den nationalen Gemeinheitswillen mit den deutschen Regierungen und allen übrigen Parteien wieder auf, tritt in schroffstem Gegensatz zu dem nationalen Volkswillen und verleugnet völlig jede Spur des gerechten Verlangens, für die ungeheuren heiligen Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk und in ihm bisher auch die überwältigende Mehrheit der wirklich deutschen Sozialdemokraten gebracht haben, volle Genugtuung zu fordern. Wie sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands jenseits des völkischen Kriegszielwillens stellt, so auch in schroffem Widerspruch zu denjenigen Sozialdemokraten, die sich der Einsicht nicht entziehen, daß Deutschland beim Friedensschluß auf diejenigen Garantien und Sicherheiten nicht verzichten kann, die wiederholt unser Kaiser und der Reichskanzler, wiederholt die deutschen Fürsten und berufenen Vertreter unserer Regierungen, wiederholt alle Führer unserer bürgerlichen Parteien und unserer großen wirtschaftlichen Verbände für unbedingt notwendig erachtet haben, wenn von einem ehren- und ruhmvollen, einem dauerhaften, großen, gerechten Frieden dermaleinst die Rede sein soll.“

In der „Post“ (vom 30. Juni, Morgenausgabe) betrachtet Herr v. Jedlitz den „Zwiespalt in der Sozialdemokratie“ und sagt u. a.: „Die unglückliche Erklärung der Parteileitung über den Frieden ist augenfällig von Besorgnissen von Gegenwertreibern unter Befürchtung einer Spaltung der Partei eingeleitet. Nur unter diesem Gesichtspunkte ist es zu erklären, daß die doch auf dem Standpunkte vom 4. August stehende große Mehrheit der Parteileitung sich dazu verleiten lassen konnte, einen Schritt zu unternehmen, der in seiner Wirkung nach außen zweifellos den Interessen unserer Gegner dienlich mußte. Ob aber selbst ein so weitgehendes Entgegenkommen schließlich zu dem erwünschten Ziele führen wird, die Einigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu erhalten, ist nach den Erfahrungen anderer Parteien und der für den Unbeteiligten unverkennbaren tiefen Verschiedenheit der Gesamtaufassung zwischen der Mehrheit vom 4. August und den Gruppen Liebknecht-Haase sehr zu bezweifeln.“

Herr v. Jedlitz erinnert weiter an frühere Spaltungen in bürgerlichen Parteien und schließt seine Ausführungen damit:

„Bleibt die auf dem Boden der Erklärung vom 4. August stehende Mehrheit der sozialdemokratischen Partei ferner so schwach gegenüber den rücksichtslos draufgehenden Duertreibern, so ist die Befürchtung eines ähnlichen Ausgangs keineswegs ohne weiteres abzuweisen. Darüber aber wird man in der sozialdemokratischen Partei keinen Zweifel hegen dürfen, daß ihre Beurteilung und demzufolge auch die Stellung des Staates und der bürgerlichen Parteien ihr gegenüber wesentlich davon bedingt wird, ob die Partei im ganzen sich fest auf den Boden der Erklärung vom 4. August v. J. stellt und die auf wesentlichen anderer Stellung zum Vaterlande beruhenden Duertreibern von sich abweist oder ob sie im Interesse ihrer Einigkeit sich mehr oder minder in das Fahrwasser der Richtung Liebknecht-Haase treiben läßt.“

Der „Reichsbote“ eifert:

„Wir alle, deren Söhne, Brüder, Väter und Freunde da draußen bluten und die wir, solange der Ruf zu den Fahnen nicht auch uns zur Verteidigung des teuren Vaterlandes hinausrufen, keine höheren Pflichten kennen, als in jeder Weise für unser Heer zu wirken und alle Schädigungen und Erschwerungen von ihm fern zu halten, haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß nicht eine unkluge Prinzipienreiterei unseren Kämpfern da draußen die Lasten und Mühen unter sengenden Sonnenglut oder in eisiger Winterkälte vermehrt. Deshalb erheben wir laut und nachdrücklich Einspruch gegen diese, den Feinden den Mut und Hoffnung belebende und unbefohlene Rundgebung. Wir glauben, kein Deutscher, der teure Angehörige im Felde stehen hat, kann wünschen, daß ihnen auf solche Weise von der Heimat aus in den Rücken gefallen wird ...“

Es ist einfach unangehörtlich, daß die Sozialdemokratie unserer Regierung den Rat gibt, um Frieden zu bitten in einem Augenblicke, wo die Feinde aller Welt unsere Erfolge in Gallien als leeren Schein weismachen suchen und behaupten, die Russen seien nicht besiegt, sondern gingen zurück, um uns da zu trotzen und zu schlagen, wo sie es mit besserer Aussicht könnten. Muß nicht der Eindruck entstehen, Deutschland sei erschöpft, wenn wir jetzt die Initiative zu Friedensverhandlungen ergreifen wollten? Das muß selbst der Beschränkteste einsehen. Das einzige und sicherste Mittel für den Frieden ist der völlige Sieg über den Gegner.“

Der „Deutsche Kurier“ (vom 29. Juni) schreibt unter dem Titel „Demokratie und Annexionen“:

„In der Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die angeblichen Friedenswünsche des deutschen Volkes wird ein einziger tatsächlicher Grund gegen eine Politik der Annexionen angegeben, und zwar der, daß der erstrebte Friede ohne Annexionen früher zu erreichen sei. Dieses Argument ist natürlich sehr fadenscheinig. ... Es würden vielmehr die Rächte nach einer kurzen Zeit der Sammlung neuer Kraft wieder mit derselben Energie aufeinander losgehen. Ohne einen wirklichen Erfolg für eine Partei würde außerdem der Krieg einen völlig sinnlosen Charakter haben und damit allerdings der ohnehin zu erwartenden Friedens- und Abrüstungspropaganda erwünschten Nahrungstoff zuführen.“

Eine Partei, die dann der Wählerchaft vorhalten könnte, wie alle die Opfer an Gut und Blut, wie alle die gefallenen Väter und Gatten und Söhne in einem sinnlosen Schlachten geblieben sind, dessen Ergebnis nur die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes wäre, vermöchte vielleicht einen für ihre Macht recht fruchtbaren Fischzug zu machen.“

Das die Sozialdemokratie nach ihren eigenen Erklärungen will, ist eine Art Remispartie, ein Friede, der nach dem Wortlaute des sozialdemokratischen Manifestes „Freundschaft mit den Nachbarvölkern“ ermöglicht. ... Wir sind in der glücklichen Lage, das Zeugnis eines ihrer ersten großen Führer beizubringen, durch das die Haltung der

demokratischen Strömungen gegenüber künftigen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erklärt wird. Ferdinand Lassalle hat sich in seiner bekannten Flugchrift über die Stellung Preußens zum italienischen Krieg im Jahre 1859 mit voller Klarheit darüber ausgesprochen. Er sagt:

„Die Demokratie kann nicht das Prinzip der Rationalitäten mit Füßen treten, ohne sich jeden Boden demokratischer Berechtigung zu entziehen, ohne sich grundständig und von Grund aus zu verraten. ... Wir wiederholen es: das Prinzip der Demokratie hat seinen Boden und Lebensquell in dem Prinzip der freien Rationalitäten. Es steht ohne daselbe in der Luft.“

Und an einer anderen Stelle sagt er:

„Wehe der Demokratie, wenn sie jemals von der Politik der Prinzipien abliehe. Ihr ist nicht, wie den Kabinetten, die Politik der Umstände, das Auskunftsmittel des Prinzipienbruchs gestattet. Ihre ungeheure Macht, aber auch ihre ganze Existenzfähigkeit beruht auf der Politik der Prinzipien und auf der Treue, mit der sie an denselben hält. Eine Demokratie, welche in der Freiheit, die sie für die eigene Nationalität fordert, nicht zugleich die unverbrüchliche Notwendigkeit erblickt, dieselbe Freiheit auch anderen Nationalitäten zuzulassen, eine Demokratie, welche ihre Nationalität in dem finsternen, barbarischen, mittelalterlichen, exklusiven Sinn auffaßt, andere Nationalitäten erobert und beherrschen zu wollen, wird sehr bald selber die Beute eines in ihr aufsteigenden Eroberers, eines „glücklichen Soldaten“ werden.“

Also nur weil das Prinzip der Demokratie ohne das Prinzip der freien Rationalitäten in der Luft steht, werden staatliche Notwendigkeiten verleugnet und die militärischen, strategischen, politischen und wirtschaftlichen Gründe mannigfaltiger Art, die für Annexionen beigebracht werden, mißachtet.“

Die „Kreuz-Zeitung“ gibt schließlich folgendes Zitat aus dem Zentrumsblatt, der „Kölnischen Volkszeitung“ wieder:

„Die Sozialdemokratie hat nichts gelernt und nichts verstanden“, rief Abgeordneter Fuhrmann ihren Vertretern im Abgeordnetenhaus zu. Das Verhalten der Sozialdemokratie in der Schlußsitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat Fuhrmanns Wort aufs neue bestätigt. Der Artikel des Führers der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus bekräftigt die Tatsache: Die Sozialdemokratie wird nach dem Kriege bleiben, was sie vor dem Kriege war. ... Die Revisionisten können einmal in einer parlamentarischen Frage eine Zeitung führen und die Mehrheit haben, aber draußen vor den Massen und in der Gesamtrichtung der Partei müssen die Revisionisten den Radikalen folgen, nicht umgekehrt, weil sonst die Revisionisten die Massen und den Boden, auf dem sie stehen, verlieren. Drum sind es Illusionen und phantastische Träume, wenn man glaubt, daß die Sozialdemokratie durch den Krieg eine andere geworden sei; daß die Revisionisten die Herren der Lage und die Radikalen tot seien. Es wäre verhängnisvoll, wenn dieser Irrtum auch an Regierungstische zu Illusionen führen würde. ... Die Sozialdemokratie hat die Frage, ob es nötig sei, durch reale Garantien die Grenzen unseres Vaterlandes zu schützen und den künftigen Frieden zu sichern, zu einer Parteitage gemacht. Damit hat sie sich von neun Zehnteln des deutschen Volkes mit einem breiten, tiefen Riß geschieden. Auf diese realen Garantien aber müssen die Parteien jetzt schon und nach dem Kriege ihre Parteitätigkeit aufbauen. Diese realen Garantien können für alle bürgerlichen Parteien das einigende Band bilden.“

Politische Uebersicht.

Regierung und Friedenspropaganda.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 27. Juni:

„Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich mit einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Quard über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie. Dr. Quard weist in seinem Artikel darauf hin, daß die führenden englischen und französischen Sozialdemokraten sich gegen internationale Annäherungsversuche ablehnend verhalten, und er schreibt in diesem Zusammenhang:

„Wir Deutschen und unsere österreichischen Genossen erklären fortgesetzt, daß wir eine erste Fühlung durch Vertretung von Friedensbesprechungen gern vornehmen wollen. Die deutsche Reichsregierung weiß davon und hat uns nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ meint, daß diese Sätze zwei Auslegungen zulassen. Sie könnten lediglich besagen, daß die Regierung der internationalen politischen Betätigung der Sozialdemokratie, soweit sie sich in gesetzlich zulässigen Grenzen bewegt und das Staatsinteresse nicht gefährdet, keine Schwierigkeiten in den Weg legt. Dies könnte man vom Standpunkt der staatsbürgerlichen Freiheit verstehen. Es könnte aber auch herausgelesen werden, daß die sozialdemokratische internationale Friedenspropaganda von der deutschen Regierung mindestens stillschweigend gebilligt wird, und daß man sie von dieser Seite sogar als ein geeignetes Mittel betrachtet, um eine ernste Grundlage für eine Erwägung von Friedensmöglichkeiten zu schaffen.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ lehnt diese letztere Lesart mit Recht als unmöglich ab. Wir bestätigen ihr, daß selbstverständlich nur die erstere Auffassung in Frage kommen könnte. Die Regierung hat mit internationaler Friedenspropaganda nichts zu schaffen und dazu weder sozialdemokratische, noch andere Unterhändler konfessioniert.“

Die Organisation der Brotversorgung.

Die neuen Verordnungen zur Sicherung der Nahrungs- und Futtermittelversorgung werden im „Reichsanzeiger“ vom 1. Juli veröffentlicht. Es sind dies:

- Bekanntmachung über den Verkehr mit Weizengetreide und Wehl aus dem Erntejahr 1915.
- Bekanntmachung über das Ausmahlen von Brotgetreide.
- Bekanntmachung über das Verfüttern von Brotgetreide, Wehl und Brot.
- Bekanntmachung über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915.
- Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer.
- Bekanntmachung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln.
- Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel.
- Bekanntmachung wegen Aenderung der Bekanntmachung betreffend die Einschränkung der Tränkwasserzweierzeugung vom 31. März 1915.
- Bekanntmachung über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Juli, August und September 1915.

Zur Organisation der Brotversorgung im neuen Erntejahr wird uns geschrieben:

Durch die eben ergangenen Bundesratsverordnungen werden die bisher nebeneinander arbeitenden Stellen, nämlich die Kriegsgetreidegesellschaft, der Reichskommissar zur Ausführung der Bundes-

ratsbekanntmachung vom 25. Januar und die Reichsverteilstelle zu einer einheitlichen Reichsgetreidestelle zusammengefaßt. Die Zusammenfassung findet ihren deutlichsten Ausdruck darin, daß dieselbe Person Leiter der sogenannten Verwaltungsabteilung sein soll, die alle leitenden Befugnisse ausüben hat, wie auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Geschäftsabteilung.

Diese Geschäftsabteilung ist die Kriegsgetreidestelle in neuem Gewand. Da sie als solche nach wie vor eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung bleibt, so bedarf es, um die Bundesratsbekanntmachung in die Wirklichkeit zu überführen, noch eines sätungsändernden Beschlusses der Generalversammlung. Daß dieser Beschluß ergehen wird, ist nicht zweifelhaft, nachdem der Aufsichtsrat der Kriegsgetreidestelle beschlossen hat, der Generalversammlung die Annahme der Satzungsänderungen zu empfehlen.

Nach den neuen Bestimmungen ist bei Beschaffung der Brotgetreidemenge der im Kommunalverband anfähige Handel möglichst zu berücksichtigen. Im übrigen bleibt das System der sogenannten Selbstwirtschaft, also die Befugnis einzelner Kommunalverbände, aus ihren eigenen Beständen ihre Bevölkerung zu ernähren, auch im kommenden Erntejahr bestehen. Die Reichsgetreidestelle hat die Selbstwirtschaft in jedem einzelnen Falle zu genehmigen. Diese Genehmigung muß unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden. Die Beschlagnahme der Getreidevorräte erfolgt zugunsten der Kommunalverbände. Diese Bestimmung ist um so überraschender, als sogar der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses sich für eine Beschlagnahme zugunsten des Staates, also zugunsten der Allgemeinheit, ausgesprochen hatte. In diesem Punkte geht die Neuregelung noch über agrarische Wünsche hinaus.

Auf der anderen Seite folgt allerdings aus der Beschlagnahme zugunsten der getreideerzeugenden Kommunalverbände nicht, daß nunmehr dieser Kommunalverband darüber zu entscheiden hätte, welche Getreidemengen und welche Getreidearten und zu welchem Zeitpunkt er sie an die Reichsgetreidestelle abführen will. Vielmehr bleibt die Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle für die gesamte Bevölkerung, die nicht von einem Selbstwirtschaftsverband bedient wird, also besonders für die Bevölkerung der großen Bevölkerungszentren, privatrechtliche Käuferin, wie es bis jetzt die Kriegsgetreidestelle war. Selbst wenn der Kommunalverband seinerseits die Beschaffung des Uberschusses für die Reichsgetreidestelle übernimmt, so kann das doch nur auf privatrechtlicher Grundlage erfolgen. Die maßgebende Bestimmung lautet: „Der Kommunalverband kann die festgesetzten Brotgetreidemengen auf eigene Rechnung erwerben und als Verkäufer an die Reichsgetreidestelle nach deren Geschäftsbedingungen liefern.“

Sitzungsverbot.

Am Montag, den 28. Juni, sollte in Düsseldorf eine Sitzung des Arbeiterfängerartells stattfinden, um sich mit der Abrechnung und anderen Gesangsvereinsangelegenheiten zu beschäftigen. Für die Abhaltung der Sitzung wurde die Genehmigung verweigert.

Das Wahlrecht im sächsischen Landtage.

In der letzten Sitzung der zweiten Kommission der Zweiten Kammer wurde abermals über den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Wahlrechtsantrag verhandelt. Die Regierung lehnte schriftlich und mündlich eine sachliche Erklärung zu dem Antrage ab: sie halte im gegenwärtigen außerordentlichen Landtage den Antrag zur Verhandlung nicht geeignet. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen. Der konservative Berichterstatter beantragte schließlich, der Regierung entgegenkommend, nicht weiter auf den Antrag einzugehen. Ein dahingehender Beschluß wurde gegen die Stimmen der sechs sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder gefaßt, die sich einen Minderheitsantrag für die Schlussberatung in der Kammer vorbehielten. Von unseren Genossen wurde nun beantragt, für die nächste Wahl im Jahre 1917 die Bestimmung aufzuheben, wonach nur wählen kann, wer Staatsinkommensteuer bezahlt. Die Abstimmung darüber wurde ausgesetzt.

Westmeyer aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen.

Zur Anschließung an die Rede des württembergischen Finanzministers am 26. Juni erklärte Genosse Keil namens unserer Fraktion, daß diese dem Verzicht auf eine Generaldebatte zustimme; die weitere Behandlung aller wichtigen Fragen mache sie indessen von dem Ergebnis der Ausschüßberatungen abhängig. Darauf erklärte Westmeyer, er halte sich an den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion nicht gebunden, weil er an demselben nicht habe mitwirken können. Die weitere Folge war die Feststellung des Genossen Keil namens unserer Fraktion, daß Westmeyer nicht mehr Fraktionsmitglied sei. Noch einmal nahm Westmeyer das Wort, um diese Erklärung Keils als dessen Privatmeinung zu bezeichnen. Nach Auffassung des Landesvorstandes ist die Zugehörigkeit Westmeyers zur Partei erloschen und gestützt hierauf hat die Fraktion beschlossen, Westmeyer nicht mehr zu den Fraktions-sitzungen zuzulassen.

Landtagswahlwahl.

Bei der Landtagswahlwahl im achten Siegtaler Wahlkreis (Görlich-Lauban) wurde am Montag für den verstorbenen Abgeordneten Dr. v. Schendendorff der Reichstagsabgeordnete Legationrat v. Richtigosen (natl.) mit sämtlichen abgegebenen 369 Stimmen gewählt.

Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei.

Die verschiedenen Grundgebungen, die in der letzten Zeit aus Parteikreisen gekommen, das Protestschreiben vom 9. Juni und der Aufruf von Bernstein, Haase und Kautsky vom 19. Juni, haben begrifflicherweise nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch innerhalb der Partei die lebhafteste Anteilnahme und — unter den Parteigenossen — die verschiedenartigste Aufnahme gefunden.

Nur vor zweierlei sollten die Genossen sich peinlich hüten: vor jeder, auch nur von ferne andeutenden Verdächtigung der Beweggründe der Opposition und vor der zu aller Demokratie im schreiendsten Gegensatz stehenden Behauptung, daß die Opposition sich illoyaler, „partei-schädigender“ Mittel bediene, um ihre Auffassung innerhalb der Partei zur Geltung zu bringen.

Die Gesamtpartei hat in den zwei Menschenaltern ihrer bisherigen Tätigkeit allzu oft die törichte Unterstellung „vaterlandslos“ Geminnung mit Hohn und Verachtung zurückweisen müssen, als daß sich nicht alle Vertreter der Fraktionsmehrheit ängstlich davor hüten sollten, Gegnern innerhalb der

Partei irgend etwas nachzusagen, was auch nur von ferne einem Anzeichen ihrer Vaterlandsliebe ähnlich sehen könnte. Hat die Partei früher nicht tausendmal den Gegnern zugerufen: „Unsere Auffassung des Patriotismus ist zwar eine andere als die eure, aber gerade darum eine viel edlere und tiefer! Ihr versteht eben nicht unsere Gedankengänge.“ Das gleiche hat auch heute die Opposition denen zu antworten, die — weil sie über die geeigneten Mittel zur Wahrung der deutschen Volksinteressen anders denken, als andere Parteigenossen — sich hier und da nicht vor der Anwendung von polemischen Praktiken hüten, die bei Sozialdemokraten natürlich ungleich schärfer beurteilt werden müßten als bei bürgerlichen Gegnern, denen man immer noch zugute halten kann, daß sie es eben nicht besser zu verstehen brauchen.

Wir müssen uns bei diesem Punkt mit Andeutungen begnügen, weil zur näheren Entwicklung der beiderseitigen Gesichtspunkte leider nicht die Möglichkeit gegeben ist.

Nicht minder scharf zurückzuweisen ist die andere Methode, der Opposition Sonderbündelei, Quertreiberei, kurz parteischädigendes Treiben vorzuwerfen.

Wie begründet man diese besprechenden Vorwürfe? Man wirft z. B. Haase vor, daß er, anstatt sich auf die Vertretung seiner Ansichten innerhalb der Fraktion und des Parteivorstandes, also innerhalb der Körperschaften, denen er angehört, zu beschränken, in einem „Aufruf“ oder „Bronungiammento“ einfach an die Parteiöffentlichkeit gewendet habe, soweit wenigstens bei der zurzeit gegebenen Möglichkeit, den betreffenden Aufruf auch nur durch die Parteipresse zu verbreiten, von einer Parteiöffentlichkeit gesprochen werden kann.

Haase hat darauf bereits selbst geantwortet, daß er ja seit Kriegsbeginn innerhalb der genannten Korporationen unaußergesetzt für seinen Standpunkt gewirkt habe. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß er damit kein Wort zuviel gesagt hat. Aber selbst wenn es anders wäre: seit wann kann innerhalb der Partei, die sich doch sozialdemokratisch nennt, irgendeinem Genossen verwehrt werden, seine Ansichten innerhalb der Parteiöffentlichkeit nach Möglichkeit zu vertreten und zu propagieren? Es wäre ja noch schöner, wenn ein Genosse, der einer Fraktion angehört (vor Jahr und Tag hat noch das „Hamburger Echo“ gar föhlich über die Wichtigkeit der Parteipresse gesprochen, die man der Zugehörigkeit zu einer „Fraktion“ beilegt), seine Ansichten nur dort vertreten sollte, und nicht auch sonst überall innerhalb der Partei. Und was von der Fraktion gilt, gilt von jedem Organisations-förder der Partei, soweit es sich um den Austrag theoretischer und taktischer Meinungsverschiedenheiten handelt, und nicht um die Durchkreuzung rein organisatorischer Beschlüsse.

Etwas anderes zu verlangen, nämlich die Abgeordneten oder auch die nicht mit Parteiwürden behafteten Genossen darauf verpflichten zu wollen, nur innerhalb ihrer Wahl-abende, Bezirke, Wahlkreise, ihrer Fraktion oder sonstwie gearteten Körperschaften für ihre theoretischen und taktischen Ansichten zu wirken, entspricht nicht den Grundgedanken der Demokratie, sondern etwa den Fundamentalgedanken des preußischen Dreiklassenwahlrechts, das die Rechte der Staatsbürger peinlichst nach Urwahlbezirken abmisst, entspräche der ebendem bei der Sozialdemokratie viel verspotteten Praxis gewisser bürgerlicher Kreise, in politischen Versammlungen nur Angehörigen des betreffenden Ortes oder höchstensfalls des betreffenden Wahlkreises das Wort zu gestatten!

Die sozialdemokratische Organisation in allen Ehren. Ihre Notwendigkeit und ihre Verdienste bedürfen wirklich nicht noch der Hervorhebung. Aber die Organisation ist doch nur die Form, der der Geist des Sozialismus erst den Inhalt zu geben hat. Und mit dem Geist des Sozialismus nicht nur, sondern auch mit dem jeder wirklichen Demokratie verträglich sich nimmermehr der bürokratische Anspruch, daß nur die Instanzen die geistige Richtung einer Partei und ihre Taktik zu bestimmen hätten. Welchen Gang hätte die Weltgeschichte genommen, wenn stets nur Mehrheitsbeschlüsse der jeweilig vorhandenen Instanzen den Ausschlag gegeben hätten! Wer auch nur einen blässen Schimmer von den weltgeschichtlichen Begebenheiten hat, weiß, daß der Fortschritt — innerhalb der politischen Parteien nicht minder als innerhalb des Staates — sich stets erst als Minderheit und Opposition durchzusetzen hatte.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß die Organisation der sozialdemokratischen Partei an sich ein Schmirleib für die Demokratie sein müßte. Gewiß nicht, denn die deutsche Sozialdemokratie hat sich alle Mühe gegeben, diese Organisation so elastisch und allen demokratischen Anforderungen entsprechend zu gestalten, wie nur irgend möglich. Befänden wir uns in normalen Zeiten mit den Verhältnissen für Versammlungs- und Pressefreiheit, die zu der Zeit bestanden, in der das sozialdemokratische Organisationsstatut beschlossen wurde, so bedürfte es natürlich keines „Protestes“ und keiner „Aufrufe“, denn dann ließe sich vorbeugend durch die Kritik innerhalb der Presse und der Organisation jede bedenkliche Strömung innerhalb der Partei verhüten.

Seit dem Kriege herrschen aber bekanntlich Ausnahmezustände. Die Anhänger der Fraktionsmehrheit berufen sich auf die Mehrheit der Parteifunktionäre, die ihre Haltung gebilligt hätten. Die Parteifunktionäre innerhalb einer demokratischen Partei sollen aber nur das Exekutivorgan der Massen sein. Die Massen haben ihre Ansicht aber nur zum kleinsten Teil nach objektiver Darlegung der verschiedenen Auffassungen kundgeben können. Immerhin beweisen die zahlreichen Stichproben, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht das mindeste Recht hat, die Auffassung der Masse der Partei ohne weiteres für sich in Anspruch nehmen zu können.

Es existiert zurzeit also keine offizielle Richtschnur für die Partei. Erst nach Wiederkehr der alten Zustände, erst nach längerer Presh- und Versammlungsfreiheit wird die Partei in regulärer Weise zu den strittigen Fragen Stellung zu nehmen vermögen.

Aber gerade darum, weil der Opposition heute die Vertretung ihrer Ansichten in Versammlungen und der Presse so außerordentlich erschwert ist, wäre es eine unbegreifliche Erscheinung, wenn die vermeintliche Mehrheit sich auch ferner noch über die höchst bescheidene, völlig im Rahmen der Partei bleibenden Versuche entrüsten wollte, ihre Auffassung wenigstens einem kleinen Teile der Parteigenossen durch gelegentliche Darlegung zum Verständnis zu bringen, während den Verfechtern der „Mehrheit“ nirgends der Weg zur mündlichen oder schriftlichen Propagierung ihrer Auffassungen versperrt ist!

Die Partei als solche sollte sich also peinlichst davor hüten, eine Taktik für den Austrag innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten zu beschreiten, die früher die Gesamtpartei so unzählige Male als un-demokratisch und verwerflich mit äußerster Schärfe gebrandmarkt hat.

Die gefährdete Parteieinheit.

Den nachstehenden Artikel sandte Gen. Haase an das „Hamburger Echo“ als Antwort auf die Angriffe, die das Blatt gegen ihn, Bernstein und Kautsky veröffentlichte. Die Redaktion des „H. E.“ lehnte den Abdruck des Artikels ab und begnügte sich mit einigen kurzen Feststellungen daraus. Wir können zunächst nur den Teil des Artikels veröffentlichen, der sich mit der Abwehr der polemischen Methoden des „H. E.“ beschäftigt.

Genosse Haase schreibt:

„Im „Hamburger Echo“ hat der von den Genossen Kautsky, Bernstein und mir in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte Artikel: „Das Gebot der Stunde“ keinen Platz gefunden. Aber unter den niedrigsten Verdächtigungen und Schmähungen werden die Leser über den Inhalt und Zweck des Artikels inregeführt.“

Geheimnisvoll wird angedeutet, daß wir einer Art „Wohlfahrtsausschuß“ angehört, der als „schwarzes Kabinett“ die offiziellen Beschlüsse zunächst äußerlich mitvertritt, um sie nachher dafür heftiger anzugreifen. Und mit tiefer sittlicher Ent-rüstung wird den Lesern das Bild vor Augen geführt, wie ich als Vorsitzender der Partei Arm in Arm mit der „Berner Tagwacht“ und ihren dunklen Hintermännern gegen meine eigenen Kollegen im Vorstand und in der Fraktion aufmarschiere. Um den Abscheu auf das höchste zu steigern, wird vorher noch erzählt, daß der Redakteur der „Berner Tagwacht“ erklärt habe, mit amerikanischem Gold die Opposition in der deutschen Partei stärken zu wollen.

Wenn ein verbissener politischer Gegner eine solche Methode des Kampfes gegen uns anwendet, so gehen wir mit fähigem Lächeln oder einer Handbewegung der Verachtung darüber hinweg. Aber ein Gefühl tiefer Scham ergreift uns, daß ein Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ auf ein so niedriges Niveau herunterkommen können.

Nur damit aus meinem Schweigen nicht falsche Schlüsse gezogen werden können, stelle ich ausdrücklich fest, daß ich niemals weder direkt noch indirekt irgendeine Verbindung mit der „Berner Tagwacht“ gehabt, insbesondere nie eine Zeile für sie geschrieben oder veranlaßt habe. Ebenso habe ich keinerlei Beziehung zu irgendeiner Organisation außerhalb der im Parteistatut festgelegten Organisationen. Von Zirkularen, Broschüren, Aufrufen habe ich, sofern sie nicht von offiziellen Körperschaften stammten, vor ihrem Erscheinen nie Kenntnis gehabt. Der von Bernstein, Kautsky und mir veröffentlichte Artikel lehnt sich in keiner Weise an eine andere Substantiation an, sondern stellt eine selbständige, unabhängige Arbeit dar.

Alle von diesen Feststellungen abweichenden Andeutungen und Behauptungen beruhen auf Unwahrheit.

Der Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ verzichtet mit der Miene eines anständigen Menschen, er könne die Absichten der „Parteierstörer“ nicht mit dem richtigen Namen nennen und nicht aus den richtigen Ursachen erklären, ohne in den Verdacht einer Denunziation zu geraten. Es ist wohl auf eine durch den Krieg bewirkte Geistesverwirrung zurückzuführen, daß er nicht merkt, daß er gerade dadurch eine verdeckte Denunziation ausgesprochen hat, die allen Vermutungen Raum gibt. Ich lehne für meine Person seine freundliche Gesinnung entschieden ab, da ich gewöhnt bin, für meine Handlungen die volle Verantwortung zu tragen. Also heraus mit der Sprache, wenn nicht für immer der Vorwurf der elendesten Verleumdung und des schändlichsten Denunziantentums auf dem Verfasser ruhen soll!

Auch in der Sache selbst wird das „Hamburger Echo“ deutscher werden müssen.

Und dann wagt man es, gegen uns, Bernstein, Kautsky und mich, die wir ohne persönliche Polemik die Parteigenossen von den tatsächlichen Vorgängen im politischen Leben objektiv unterrichten und gegen die von uns gekennzeichneten Bestrebungen zum geschlossenen Vorgehen gemäß der Ankündigung der Fraktion auf-fordern, die Anklage zu erheben, daß wir die Parteieinheit gefährdeten.

Es hieße die Parteigenossen niedrig einschätzen, wenn ich glauben würde, daß solche Mittel bei ihnen verfangen könnten. Eine Partei, die sachliche Ausführungen nicht verträge, hätte nur den Schein der Einheit. Auch ist für die Gruppe der Parteigenossen, die sich in dem Glauben wagt, die Wahrheit hinter sich zu haben, die Unschärfe nicht sanktioniert worden. Ist es wirklich nötig daran zu erinnern, daß wir eine demokratische Partei sind, in der das freie Wort eine Selbstverständlichkeit, ein Gebot der Selbsterhaltung ist?

Der Versuch, in einer Zeit, in der sich die wichtigsten politischen Ereignisse vollziehen und neue vorbereiten, die Erdörterung über die für die Partei notwendige Taktik zu unterbinden, ist ungeheuerlich.

Die Parteigenossen denken nicht daran, an Stelle der freien Meinungsäußerung Parteifolusismus setzen zu lassen.“

Aus der Partei.

„Die Sozialdemokratie am Scheidewege.“

Landtagsabgeordneter Genosse Wilhelm Kollb hat eine Broschüre herausgegeben, die einen Beitrag liefern will zu dem Thema „Reorientierung der deutschen Politik“ (Verlag von Ged. u. Co., Karlsruhe, Preis 1 M.). Eine ausführliche Besprechung der Broschüre behalten wir uns vor. Für heute geben wir ein Referat der „Freisinnigen Zeitung“ wieder, in der es heißt: „Der bekannte Führer der bairischen Revisionisten betrachtet hier von seinem Standpunkte aus, der die Katastrophentheorie energisch verweist und von der allmählichen Entwicklung ein Dineinwachsen des kapitalistischen Staates in den sozialistischen Staat erwartet, die Faltung der Sozialdemokratie während des Krieges und zieht daraus die Folgerungen, die sich für die Zukunft ergeben. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Krieg die sozialdemokratische Reichstagsfraktion genötigt habe, alle graue Theorie und alle prinzipielle Negation beiseite zu lassen und sich einmal mit beiden Füßen auf den Boden des gegenwärtigen Staates zu stellen; es frage sich nun, ob die Partei diesem einen Schritte vorwärts weitere Schritte folgen lassen oder ob sie wieder in die grundsätzliche Verneinung zurück-fallen wolle. Was Kollb fordert, das spricht er u. a. in folgenden Sätzen aus:

„Die Situation ist für die Sozialdemokratie und für die von ihr künftig zu betreibende Politik völlig klar. Sie darf vor dem letzten Schritt ihrer Entwicklung von der sozial-revolutionären Seite zur politischen Partei nicht zurückweichen, sie muß wagen, das zu scheitern, was sie ist: Eine sozialistische-demokratische Reformpartei, deren politische Mission es ist, die Geburtswehen der werdenden

sozialistischen Gesellschaft nach Möglichkeit zu mildern und abzufügen.

Durch dieses Bekenntnis wird weder der Charakter der Sozialdemokratie und ihr Programm, noch werden dadurch die Grundsätze irgendwie alteriert. Dagegen würde endlich mit dem großen Umfang, der mit dem Worte „revolutionär“ getrieben wurde, aufgeräumt. Bei den Differenzen zwischen den „Radikalen“ und den Reformisten handelt es sich nicht um das Ziel, sondern um das Wie seiner Verwirklichung. Es stehen sich zwei Auffassungen über den Gang und das Tempo der sozialen Bewegung scharf gegenüber. Jede dieser Auffassungen bedingt ihre besondere Taktik. Diese beiden Taktiken lassen sich nicht miteinander vereinbaren. Jeder dahingehende Versuch muß scheitern. Hier gibt es nur ein Entweder — oder. Die Sozialdemokratie muß die zugehörigen Wirkungen, die der heillose Widerspruch zwischen der Zusammenbruchstheorie und ihrer Taktik hervorgerufen hat, überwinden und System in ihre politische Praxis bringen, die methodisch auf ihr Aktionsprogramm eingestellt werden muß. Die revolutionäre Phrase, die doch nur die Rolle der politischen Vogelstunde spielt, muß durch die revolutionäre Evolution ersetzt werden. Nur so kann die Sozialdemokratie ihren Einfluß steigern und dadurch die Neuorientierung der deutschen Politik herbeiführen helfen.

Nichts wäre für die künftige Politik der Sozialdemokratie verhängnisvoller, als der rein formellen Einheit wegen, den Konsequenzen der seit 4. August 1914 inaugurierten Politik wieder aus dem Wege zu gehen und einen unhaltbaren Kompromiß zu schließen. Mit den Elementen, welche diese Politik als einen Verrat an den politischen Grundsätzen der Sozialdemokratie bezeichnen, können diejenigen, welche auf dem Boden dieser Politik stehen, nicht mehr zusammenarbeiten. Die Kluft zwischen den sich gegenüberstehenden Auffassungen ist zu groß, als daß sie überbrückt werden könnte. Das innere Problem der Sozialdemokratie muß endlich gelöst werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Neuorientierung der deutschen Politik möglich und durchführbar.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt noch folgendes Zitat aus der Kolbischen Broschüre:

„Es gibt jetzt für die Sozialdemokratie nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder ordnet sie ihre Politik den gegebenen Verhältnissen ein, oder sie lehnt das prinzipiell ab. Im ersten Falle muß ihre Politik konsequent auf den Parlamentarismus, auf die demokratische und sozialistische Reform, im letzteren Falle konsequent auf die antiparlamentarische revolutionäre Massenaktion eingestellt werden. Die bisherige Politik bewegte sich in der Mitte dieser beiden Auffassungen. Daraus entstand der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Diesen Widerspruch hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelöst. Die Frage ist jetzt nur, ob der sozialdemokratische Parteitag diese Lösung akzeptiert. Gelingt dies, dann kann der politische Entwicklungsgang und innere Gesetzmäßigkeit der Sozialdemokratie in normaler Weise fortgesetzt werden. Gleichzeitig wäre damit aber auch eines der größten Hindernisse für die Neuorientierung der deutschen Politik beseitigt.“

Diese Neuorientierung kann nichts anderes bedeuten als eine grundlegende Verschiebung der politischen Machtverhältnisse von rechts nach links. Voraussetzung dafür ist eine Mehrheit der Linien, die politisch aktionsfähig ist, welche die Regierungen von der bisherigen Mehrheit politisch unabhängig macht.

Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, daß ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen nach dem Kriege die nachdrücklichste Förderung erfahren. Wie anders aber soll dies möglich gemacht werden, als durch eine politische und parlamentarische einflussreiche Sozialdemokratie, über deren Wünsche und Forderungen man nicht mehr zur Tagesordnung übergehen kann? Eine auf dem Standpunkt der prinzipiellen Reorganisation stehende Sozialdemokratie wird diesen Einfluß nie gewinnen.“

Pressesubstanz.

Die „Magdeburger Volksstimme“ blickte am gestrigen Tage auf eine 25jährige Werbetätigkeit zurück. Am 1. Juni 1890 wurde sie aus den Uberschriften des damaligen Reichstagswahlkampfes mit einem Betriebskapital von 8500 M. gegründet. In den ersten Jahren ging die Abonnentenzahl nicht über 2000 hinaus, erst nach einem Jahrzehnt konnte man 10 000 Abonnenten mustern. Durch Zusammenlegung mit der in Halberstadt erscheinenden „Volkszeitung“ vergrößerte sich der Abonnentenstand immer mehr, so daß bei Beginn des Krieges 84 000 Abonnenten gezählt und auch während des Krieges gehalten wurden. Diese Entwicklung führte dazu, daß das Blatt seit 1905 in eigener Druckerei hergestellt wird. Eine eingehende Schilderung der schweren Verfolgungen kann das Blatt jetzt unter dem Zeichen des Burgfriedens nicht geben. In der Friedenszeit will die „Volksstimme“ wieder mit heiligem Eifer ihre jetzt unterbrochene Pionierarbeit aufnehmen.

Aus den Organisationen.

Am 27. Juni fand in Cannstatt die Generalversammlung des zweiten württembergischen Wahlkreises statt. Sie war von 98 Delegierten aus 85 Ortsvereinen besucht. 17 kleine Ortsvereine waren nicht vertreten. In diesen Orten sind die Mitglieder teils vollständig, teils bis auf wenige zum Militär eingezogen. Genaue Angaben über den gegenwärtigen Mitgliederstand konnten noch nicht gemacht werden, doch steht fest, daß ein größerer Rückgang zu verzeichnen ist, als der Abgang durch Einberufung. Die Stuttgarter Parteidifferenzen haben auf einige wenige Orte des 2. Wahlkreises übergreifen. In drei Ortsvereinen schieben Minderheiten aus der Organisation aus; in allen übrigen Ortsvereinen blieb die Geschlossenheit gewahrt. Der Kassendirektor ergab bei einer Einnahme von 19 565,07 M. einen Bestand von 8867,90 M.

In der Diskussion wurde scharf gegen die Lebensmittelteuerung Stellung genommen und eine Protestresolution einstimmig angenommen. Eine ebenso einstimmig angenommene Resolution spricht das volle Einverständnis der Kreisversammlung mit der Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes während des Krieges aus. Die Verlammlung stimmt insbesondere der Auffassung zu, daß alle Volksgenossen zur gemeinsamen Abwehr der Gefahr verpflichtet sind, solange die Sicherheit Deutschlands bedroht ist.

Die Kreisversammlung verurteilte auch aufs schärfste die Kreisvereine der Parteiopposition, die durch eine geschlossene Sonderorganisation an der Zerrüttung der Parteioffensive arbeiten, und bebauert das Vorgehen des Parteivorstandes, soweit er die Politik der berufenen Körperschaften öffentlich aufs schärfste belämpft.

Der Vorstand und der Ausschuss des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lubeck beschäftigten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung mit dem an den Vorstand der Partei und die Reichstagsfraktion gerichteten Zirkular von Lore Agnes und Genossen. Nach einer ausgiebigen Debatte, in der fast alle Redner das Vorgehen der Unterzeichner des Zirkulars scharf mißbilligten, gelangte gegen eine Stimme folgende Resolution zur Annahme: „Vorstand und Ausschuss des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck erklären sich einverstanden mit der Haltung der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. . . . Vorstand und Ausschuss müssen sich deshalb mit Entschiedenheit gegen die Bestrebungen einer Anzahl von Mitgliedern der Partei wenden, die geeignet sind, die Aktionsfähigkeit der Partei und ihre Einheit zu zören.“

Kandidatenaufstellung.

In einer Kreisversammlung für den Wahlkreis Schwiebus-Jüllschau-Krosen wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Oswald Grauer der Genosse Adolf Cohen, Berlin, erster Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, Filiale Berlin, einstimmig zum Reichstagskandidaten aufgestellt.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Fabrikarbeiter-Verband.

In festlichem Gewande, trotz der trüben Zeit, in der wir leben, und in vierfacher Umfange, tritt die Nr. 26 des „Proletariats“, des Organs des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands vor uns: ist sie doch der Erinnerung an die Tatsache gewidmet, daß am 29. Juni sich zum 25. Male der Tag jährt, an dem im „Ballhof“ zu Hannover ein Kongreß der nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands zusammentrat, der zur Gründung einer aller Fabrik-, Land- und nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands umspannenden Organisation führte.

Die Gründung des Verbandes fiel in eine Zeit, in der ein besonders starkes Leben in der deutschen Arbeiterschaft pulsierte, nämlich in die Zeit kurz vor Ablauf des Sozialistengesetzes. Nach 12jähriger Dauer wurde dieses Gesetz bekanntlich am 1. Oktober 1890 aufgehoben. Trotz der Schwierigkeiten, die es der politischen und auch gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiterschaft entgegensetzte, hatten die Arbeiter in den letzten Jahren seines Bestehens doch gelernt, ihre Organisationen gewissermaßen in die Lücken des Gesetzes hineinzubauen. So bestanden im Jahre 1890 in Deutschland etwa 20 Lokalvereine, in denen Fabrik- und nichtgewerbliche Arbeiter organisiert waren. Außerdem gehörten den Vereinen der Bauhilfsarbeiter, der Hausdiener und der Handelshilfsarbeiter eine Anzahl Fabrikarbeiter als Mitglieder an. Die Bauhilfsarbeiter wünschten damals, alle nichtgelernten Arbeiter, unbeschadet ihrer besonderen Berufstätigkeit, in ihrem Verbande zu vereinigen. Demgegenüber hielten die bestehenden Fabrikarbeiterverbände eine gesonderte Organisation für zweckmäßiger und der Ortsverein Hannover war es, der die Initiative zur Schaffung eines solchen ergriff. Sein Vorsitzender Kohler berief zum 29. Juni 1890 nach Hannover einen Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands ein, der von 28 Delegierten, die 29 Orte vertraten, besucht war. Nachdem man sich über die Frage: „Zentralisation oder Lokalorganisation?“ mit 24 gegen 5 Stimmen zugunsten der ersteren geeinigt hatte, wurde die Gründung eines „Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands“ beschlossen. Als Vorsitzender des Verbandes wurde August Frey gewählt, der diesen Posten bis heute in unermüdlicher hingebender Tätigkeit ausgefüllt hat.

Auf dem ersten Verbandstag 1892 in Hannover, bis zu dem es der Verband auf eine Mitgliederzahl von 2500 und ein Vermögen von etwa eben soviel Mark gebracht hatte, wurde die Herausgabe eines eigenen Organs, des „Proletariats“ beschlossen. Mit Hilfe dieses wackeren Mitstreiters ging es nun weiter an die Gewinnung von Einfluß und Mitgliedern. Am Ende des Jahres 1893 mußerte der Verband schon 5000 Mitglieder; 1896 wurde zum ersten Male eine Streikunterstützung in Höhe von 25 605 M. gewährt. Dieses Jahr brachte noch eine Reihe weiterer Streiks, aber auch einen Mitgliederzuwachs von 6000 und damit ging es nun vorwärts.

Unmöglich ist es natürlich, im einzelnen die Vorteile auf dem Gebiete der Arbeitsgestaltung aufzuzählen, die der Verband seinen Mitgliedern hat erringen helfen. Zusammenfassend sei daher nur wiedergegeben, daß am Schlusse des Jahres 1913 über eine Einnahme von 4 1/2 Millionen Mark, der eine Ausgabe von 3,8 Millionen Mark gegenüberstand, und einen Kassenbestand von 3,9 Millionen Mark. Der Wochenbeitrag betrug für männliche Mitglieder 45, für weibliche 25 Pf. Von den Ausgaben entfielen 2 1/2 Millionen Mark auf Unterhaltungszwecke. Das Kriegsjahr hat neben einer Verminderung der Einnahmen auf 3,9 Millionen Mark eine Erhöhung der Ausgaben auf 4,4 Millionen Mark und damit ein Zurückgehen des Kassenbestandes auf 3,4 Millionen Mark gebracht. Auch die Mitgliederzahl ist natürlich wesentlich gesunken. Ende Mai d. J. zählte der Verband infolge der zahlreichen Einberufungen nur noch 108 000 Mitglieder.

Wie in so vieles andere, so hat der Krieg auch in ein blühendes Gewerkschaftsleben störend und erschütternd eingegriffen. Aber auch er kann nicht vernichten, woran eine ganze Arbeitergeneration mit solchen Opfern, solcher Energie und solcher Hingabe gearbeitet hat. Der Verband der Fabrikarbeiter wird wie alle unsere anderen gewerkschaftlichen Organisationen das furchtbare Völkerringen überdauern, um dann mit ungezügelter Kraft seine segensreiche, auf die Besserstellung von Hunderttausenden hingehende Friedensarbeit wieder aufzunehmen.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen in der Lederwaren-Industrie.

Die Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie Deutschlands hatte unter dem Ausbruch des Weltkrieges außerordentlich zu leiden. In den ersten Wochen waren fast sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, rund 6000, völlig arbeitslos. Erst nach und nach wandte sich ein Teil der Militäreffektenbranche zu. Als das Weihnachtsgeschäft ausblühte und der Bedarf an Lederwaren in Deutschland und den neutralen Ländern sich steigerte, kehrten eine Anzahl wieder zu ihrem alten Beruf zurück. Die tariflich geregelten Löhne sind in der Zeit der Lebensmittelteuerung völlig unzureichend. Aus diesem Grunde richtete der Vorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuilles an den Unternehmerverband ein Schreiben um Gewährung einer prozentualen Kriegszulage. Es kam zu mündlichen und schriftlichen Verhandlungen, deren Ergebnis schließlich war, daß eine zentrale Regelung aus Mithingemöglichkeiten in der Unternehmervereinbarung nicht zustande gekommen ist. Die Offenbacher Vereinigung hat den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht. Danach sollen alle männlichen Arbeiter, die im Stundenlohn beschäftigt sind, einen Kriegszulag von 4 Pf. pro Stunde erhalten, ausgenommen davon sollen nur diejenigen sein, die seit 1. April einen den jetzigen Verhältnissen entsprechenden höheren Stundenlohn erhalten. Arbeiterinnen erhalten unter der gleichen Einschränkung 2 Pf. Arbeiter, welchen nicht seit 1. April ungenügend den Verhältnissen entsprechende höhere Löhne bewilligt worden sind, erhalten 5 Proz. Der Kriegszulag ist rückwirkend ab 1. Juni 1916. — Diese Beschlüsse wurden von der Offenbacher Ver-

einigung einstimmig gefaßt, haben jedoch keinen Bezug auf die Berliner, Stuttgarter, und Nürnberger Vereinigungen. — Im Gegensatz hierzu hat die Berliner Vereinigung wohl die Berechtigung des Verlangens nach einer Kriegszulage anerkannt, aber ihre Gewährung so verknüpft, daß von einer Bewilligung nicht die Rede sein kann. Sie empfiehlt den Fabrikanten nur, daß, soweit Arbeiter noch Löhne erhalten, die nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu gering erschienen, von Fall zu Fall eine den Zeitumständen angemessene Lohnerhöhung gewährt werden soll, und zwar nur für die Dauer des Krieges. Diese Vereinbarung soll denn auch völlig außerhalb des Tarifverhältnisses stehen und keine Grundlage für die neuen Tarifverhandlungen des nächsten Jahres bilden. — Bei einigermaßen gutem Willen hätten die Berliner Lederwarenfabrikanten ihren Arbeitern ebenfalls einige Zugeständnisse machen können. Es wird von der organisierten Arbeiterschaft nochmals versucht werden müssen, die Fabrikanten von ihrem ablehnenden Standpunkt abzubringen und sie auf ihre Verpflichtung den Arbeitern gegenüber hinzuweisen. — Von Nürnberg und Stuttgart stehen die Antworten noch aus.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Gewaltige Profite hat der Krieg der Rheinischen Automobil- und Motorenfabrik Benz u. Co., A.-G., Mannheim, in den Schoß geworfen. Der Reingewinn im Jahre 1914/15 beläuft sich auf fast 9 Millionen Mark (8 808 549 M.), dabei sind Abschreibungen in Höhe von 2 560 000 M. gemacht worden, denen allerdings ein Kassenbestand am Beginn des Geschäftsjahres von 2 491 000 M. gegenübersteht, den man im vorigen Jahre bei der Unfähigkeit der allgemeinen Lage nicht zur Auszahlung brachte. Von dem Reingewinn werden noch besondere Abschreibungen in Höhe von 1 480 000 M. und Rückstellungen in Höhe von 1 831 000 M. gemacht; über 6 Millionen Mark kommen zur Verteilung als Dividende und Lantime.

Amerika als Kriegslieferant.

Der „Temps“ veröffentlicht eine Aufstellung über die vom Dreiverband mit amerikanischen Firmen abgeschlossenen Verträge über Kriegslieferungen. Die Westinghouse-Gesellschaft stellt 2 Millionen Gewehre her und wird demnächst eine Bestellung auf ebensovielen erhalten. Im letzten Viertel des Jahres 1914 hat Amerika so viele Bestellungen auf Stiefel erhalten, daß ganz Pennsylvania damit hätte besetzt werden können. Decken und Tuch, die Amerika geliefert hat, hätten genügt, die Manhattan-Insel zu bedecken. Während der ersten neun Monate haben die Kriegsführenden bestellt: 200 000 Pferde im Werte von 50 Millionen Dollar, 85 000 Raufesel (5 Millionen), 7000 Automobile (20 Millionen), Jaumzeug für 15 Millionen, Explosivstoffe für 15 Millionen, Feuerwaffen für 6 Millionen, Werkzeuge zur Herstellung von Waffen für 15 Millionen und Stacheldraht für 8 Millionen. Die United Cartridge Company erhielt eine Bestellung auf 600 Millionen Patronen im Werte von 18 Millionen. Mitte Mai erreichte der Wert der Munitionsbestellungen 400 Millionen Dollar, die Bestellungen auf Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände, Pferde und Automobile 500 Millionen Dollar. Die erste Bestellung auf Schrapnell betrug fünf Millionen Geschosse im Werte von 88 Millionen. — Schließlich stellt Amerika augenblicklich etwa 80 000 Automobile für Rußland her.

Soziales.

Frühschluß statt Sommerurlaub.

Von dem sonst regelmäßig erteilten Urlaub werden in diesem Jahre viele Geschäfte wegen der Knappheit an männlichem Personal absehen. Um aber den in diesem Jahre nicht minder angestrengten Angestellten einen gewissen Ersatz für den Sommerurlaub zu geben, will man in bestimmten Geschäftszweigen, die eine derartige Regelung zulassen, in den Sommermonaten den Frühschluß einführen. So hat z. B. die Seiden-Großbranche beschlossen, die Betriebe täglich um 2 Uhr nachmittags zu schließen, und dieser Beschluß ist zurzeit bereits zur Durchführung gelangt. Auf diese Weise haben die Angestellten reichlich Gelegenheit, den halben freien Tag in der waldreichen Umgebung Berlins auszunutzen. Es wäre zu wünschen, daß andere Betriebe, die von einer Urlauberteilung glauben absehen zu müssen, gleichfalls den Frühschluß als keinen Ersatz einführen.

Gerichtszeitung.

Unbefugtes Verfügen über Gaben, die für die ostpreussischen Flüchtlinge bestimmt waren, hat der Frau Auguste Seiserl eine vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III verhandelte Anklage wegen Betruges zugezogen. Mit ihr hatte sich die Wäscherin Frau Jolisa Luziani, bei der die Angeklagte gewohnt hat, wegen Diebstehls zu verantworten. Frau S. ist erst vor wenigen Wochen von derselben Strafkammer wegen Urkundenfälschung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie in einem anderen gegen sie schwebenden Strafverfahren mehrere ärztliche Atteste gefälscht und auf diese Weise Vermindebtungen erreicht hatte. Sie behauptet, in Hannover Mitglied des Vaterländischen Frauenvereins gewesen zu sein und nach ihrer Ueberlieferung nach Berlin nach Ausbruch des Krieges auch hier sich der Frauen-Hilfsarbeit gewidmet zu haben. Sie will in dem Krankenhause Westend einen Krankenpflege-Doppelkursus durchgemacht haben, nach dessen Beendigung sie auf Anstellung als Pflegerin hoffte. Sie stellte sich auch in Lazaretten und in der „Nationalen Frauenhilfe“ vor, ohne jedoch zum Ziele zu gelangen. Sie hatte sich inzwischen eine Schwefeltracht, die der des Roten Kreuzes ähnlich sah, angefertigt, trug auch eine Phantasihaube und am Halse eine kleine Brosche mit dem Zeichen des Roten Kreuzes. Als sie mit ihren Ver suchen um Anstellung kein Glück hatte, ging sie nach dem Charlottenburger Rathaus, eruchte dort das Frä. v. Sch., der sie sich als „Frau Dr. Pafedoch“ vorstellte, um ihre Vermittlung; letztere empfahl sie dem Vorsitzenden des „Ausschusses für ostpreussische Flüchtlinge“, der damals in den alten Räumen der königlichen Bibliothek seine Geschäftsstelle hatte und gerade einer weiblichen Hilfskraft dringend bedurfte. Die Angeklagte ist dort nur wenige Tage tätig gewesen. Sie hat gleich zwei große Pakete mit Sachen, die von mildtätigen Leuten für die ostpreussischen Flüchtlinge bestimmt waren und an der näher bezeichneten Stelle abgeholt werden mußten, ohne Ermächtigung in Empfang genommen und eigenmächtig darüber verfügt. Einen großen Teil der Sachen hat sie der Mitangeklagten überlassen, teils zur Verteilung an deren Verwandte, teils als Entgelt für die Miete. Frau S. bestritt, genügt zu haben, daß Frau S. nicht über die Sachen verfügen dürfe, da diese ihr erzählt habe, daß sie die Sachen von ihr bekannten Personen gesammelt habe und sie nach ihrem Belieben verteilen könne. Der Gerichtshof folgte ihr darin nicht, sondern verurteilte Frau Luziani zu einem Monat Gefängnis, während über Frau Seiserl, gegen die noch eine kleine Unregelmäßigkeit bei dem Sammeln mit einer Sammelbüchse vorlag, unter Einbeziehung der vorigen Strafe eine Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis verhängt wurde.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Ein wenig kühler, im Osten anfangs noch meist bewölkt und stellenweise leichte Regenfälle; im Westen, später auch im Osten vorwiegend heiter und trocken.

Spittelmarkt
Belle-Alliancestr.
Grosse Frankfurterstr.

A. Jandorf & Co

Brunnenstr.
Kottbuser Damm
Wilmersdorferstrasse

Saison-Ausverkauf

In fast allen Lägern Artikel von enormer Preiswürdigkeit

Während unseres Saison-Ausverkaufs verabfolgen wir auf Wunsch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel u. einige andere Artikel ausgeschlossen

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Brick. Bekanntmachung.

Die Satzung für die hausgewerbliche Krankenversicherung im Gemeindebezirk Berlin-Brick ist, mit rückwirkender Kraft ab 16. Mai d. J., von Seiten der Behörden genehmigt. Nach den Bestimmungen dieser Satzung sind sämtliche hausgewerblich betriebene (Heimarbeiter), welche im Gemeindebezirk Berlin-Brick ihren Wohnsitz haben, versicherungspflichtig. Nach Abschnitt IV der genehmigten Satzung sind die Arbeitgeber (resp. Auftraggeber) zur Anmeldung verpflichtet, und fordern wir daher die Arbeitgeber zur Anmeldung der von ihnen beschäftigten Hausgewerbetreibenden auf.

Der Kassenvorstand.
Haas Haack, I. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Auf Antrag des Vorstandes und Beschluss des Versicherungsamtes der Stadt Berlin vom 14. Juni 1915 sind vom 22. Juni 1915 ab folgende Mehrleistungen zugelassen worden:

a. Krankengeld für jeden Krankheitstag einschließlich der Sonn- und Feiertage.

b. Als Sterbegeld beim Tode eines Mitglieds das Doppelte des Grundlohnes, mindestens aber ein Betrag von 50 M.

c. Die im § 24 der Satzung bezeichnete Familienhilfe (Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes).

Der Anspruch auf die unter a. genannte Mehrleistung entfällt erst nach einer Wartezeit von 3 Monaten nach dem Beitritt und ebensolanger Beitragsleistung (§ 25 Absatz II der Satzung).

Berlin, den 24. Juni 1915.

Zunungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegler-Innung zu Berlin.

Der Vorstand.

Otto Völkner, Stellv. Vorsitzender.

Spezialarzt

f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich'sche Kuren in u. Co. Ions Laborat. Blutuntersuchung, Naben i. Darm usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Homeyer

untere Untersuchung, Naben i. Darm usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.

Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Stempelfabrik

Robert Hecht, Inh.: Altr. Schneller
Berlin S. 42, Ritterstr. 116.
Besetzt schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Ihrem Kundenkreise geben nachstehende Bekleidungs-Firmen bekannt, dass deren Geschäftsräume

vom 4. Juli bis 31. August an den Sonntagen gänzlich geschlossen sind!

An den Wochentagen sind die Geschäfte geöffnet nur bis 7 Uhr Sonabends bis 8 Uhr

H. Esders & Dyckhoff
Berlin C, Gertraudenstrasse 8-9

Stefan Esders „Zur gross. Fabrik“
Berlin C, Kaiser-Wilhelmstr. 55

Bernward Leineweber
Berlin C, Kölln. Fischmarkt 4, 5, 6

Peek & Cloppenburg
Berlin C, Gertraudenstr. 25, 26, 27

M. Riethmüller
Berlin C, 15 Molkenmarkt 15

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren - Zigaretten - Rauchtobake.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen, Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

F. J. Burrus St. Kreuz

Größte deutsche Rauchtobakfabrikation.

Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtobake

Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Haben Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützvorlagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützvorlagen usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Gegründet 1876



Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 13, Rigaer Str. 71-73 a

empfehle gute preiswerte Möbel

Wohnzimmer	185.-	232.50	266.-	330.-	406.-	485.-
Schlafzimmer	220.-	292.-	325.-	390.-	450.-	775.-
Speisezimmer	293.-	407.-	650.-	680.-	850.-	1269.-
Herrenzimmer	186.50	306.50	430.-	457.-	524.-	748.-
Küchen	60.50	79.-	93.50	114.50	121.-	148.50

Einrichtungen bis 10000 M.

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

□ □ Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet! □ □ Illustrierte Kataloge gratis und franko! □ □

Wertpapiere und Krieganleihen nehme zum vollen Wert anstatt bar in Zahlung.

Verkäufe.

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Valetots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind teilweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Nag. West, Große Frankfurterstr. 88.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Divandecken, sehr billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Gadeicher Markt 4 (Bahnhof Börse). 24/4

Verkaufplatz 6. Wandteppichhaus. Extrabilliger Bettdeckenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck. Spottbillige Juwelanzüge, Gebirgsanzüge, Herrenhosen.

Brennholz zum Heizen, osenfertig, Kiefer, Buche, Eiche, gemischt, liefert 10 Sacke 16 Mark, 5 Sacke 8.50, frei Keller, Anzünbehälter Satz 1.40. Sägewerk Feinr. Holz, Lohmühlenstr. 1-4. Amt Marktplatz 781.

Steppdecken! Spottbillige Ausnahmepreise! Brautvolle Simillidene Steppdecken 4.25, 5.75, mundervolle, doppelte 7.50, 8.75 bis 13.50. Elegante Tischdecken 1.85, 2.85. Wolf's Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuserstr.). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Simillidene Steppdecken 4.15 (Seidenerei), zweifellige Steppdecken 8.35. Teppichhaus Emil Lesford, Drantenstr. 158. 238*

Leibhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavallieren wenig getragene sowie im Verlag gewesene Jacketts, Rodanzüge, Ulster, Valetots, Serie I: 10-18, Serie II: 20-30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitsläufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Kleiderposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gemelter Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 88*

Ein Polster Teppiche mit kleinem Fehler kommt enorm billig zum Verkauf. Teppich-Lesford, nur Drantenstr. 158. 238*

Vorjährige Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 14-38 Mark Valetots 12-36, Beinkleider 4-10, Durcheinanzüge. Deutsches Garberodenhäuser, Große Frankfurterstr. 116 I. 728*

Teppich-Thomas, Drantenstr. 44 spottbillig farbfehlende Teppiche, Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 810*

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements, wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen! Probehefte gratis.

Möbel.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Jeder vorzuziehende, Arbeitslosigkeit aberkannt Rückhalt. Möbelgeschäft Goldschmuck, Joffenerstr. 38, Ecke Gneisenaustr. 29019*

Möbel-Vorbel, Moritzplatz 58. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-einrichtungen. Billigste Preise! Stube und Küche 218.-, 346.-, 468.- bis 1000.-. 2 Zimmer und Küche 463.-, 582.-, 656.-, 740.- bis 2000.-. Schlafzimmer 188.-, eiche 345.-, eichne Speisezimmer 329.-, 439.-, Englische Beistelle mit Porzellan 40.-. Behältigung ohne Kaufzwang. Fünf Jahre Garantie. Günstigste Zahlungs-einrichtung. Geöffnet von 8 bis 8, Sonntags 8 bis 10. Verkauf nur im Abteilgebäude. Musterbuch gratis! Umbauplättchen 50.-, 65.-, 80.-. Chaiselongues 20.-, 24.-. Englische Beistellen 30.-, Tapezierer Waller, Stargarderstr. 18. 398*

Kaufgesuche.

Zahngelbte! Brautgold! Silber-sachen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmucke Christianat, Köpenickerstr. 10a (gegenüber Kanteuffelstr.). 27/3*

Kupfer! Messing! Aluminium! Ridel! Zinn, Zink, Blei, Knochensilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Zahngelbte, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 35 und Reußstr. 76. 27/3*

Fahrradverkauf Weberstr. 42.

Platinabfälle, Zahngelbte bis 50.00, Goldsachen, Silber-sachen, Treffer, Quecksilber, Stanniolpapier 3.00, Kupfer bis 185, Messing bis 100, Zinn, Ridel, Aluminium, Zink, Blei, Höchstpreise! Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31 (Telephon, Ußhoing.) 72*

Unterricht.

Zeichnerinnen. Ausbildung von Damen für technische Bureaus als Zeichnerinnen, guter lohnender Beruf. Kurus 3 Monate. Anfang 5. Juli. Auskunft: Volkstechnisches Gewerbe-Institut, Anhalter 2. Barth, Ingenieur, Chausseestrasse 1. Spree-sunde 9-12, 7-9. Telephon: Amt Norden 6288. 261/51*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gütchinerstr. 16.

Kunststofferei Große Frankfurterstr. 67. 23998*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dienstmädchen, 14-16jährige, für kleinen Privathaushalt, nachmittags 4-7 im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstr. 1 (Ede Kölschamerstr.), Belle-Allianceplatz 5, Gormannstr. 13, Alt-Rohrstr. 38, Kopenstr. 1 (am Stralauerplatz). 249/19*

Lagerverwalter

mit jahrelanger Praxis in der Automobilbranche, absolut selbständig und militärfrei, in Dauerstellung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter K. 3. Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Wir stellen noch mehrere kräftige Leute

als Einholer ein. Konsumverein C. P. Goerr, Berlin-Friedenau, Rheinstr. 44/46.

Mehrere Klempner, Maschinenschlosser, Schlosser u. Monteure werden sofort gesucht. Ostdeutsche Albatroswerke G. m. b. H.

Schneidemühl.

Stempelsetzer gesucht. Krebs, Blumenstr. 93.

Stadtverordnetenversammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Juli 1915, nachmittags 5 Uhr. Vorsitzender Richter eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung des an Stelle von Sassenbach im zweiten Wahlbezirk der dritten Abteilung neuergewählten Mitgliedes, Kaufmanns Jonas Stahl, Oberberger Str. 9, der sodann auf die Städteordnung verpflichtet wird.

Aufnahme einer neuen Anleihe

von 288 601 000 M. in Schuldverschreibungen auf den Inhaber. Es werden angefordert: rund 68 Millionen Mark für den Ausbau der älteren städtischen Werke (Gas-, Wasser-, Kanalisationswerke, Markthallen); 150 Millionen für neue Werke, und zwar für den Anlauf und die Erweiterung der K. E. W. 137 Millionen, für die Herrschaft Ranke 18 Millionen; ferner 21 1/2 Millionen für Verkehrsunternehmungen (Häfen, Nord-Süd-Bahn, Tunnel unter dem Kaiser-Franz-Josef-Platz); endlich 34 1/2 Millionen für Kämmererzwecke (Strohbuchbindungen und Verbreiterungen 9 1/2, Kranenbauwerk und Treppenhäuser ca. 12 1/2, Bau von höheren und Realschulen ca. 8 1/2, andere Bauten 2 Millionen, Erwerb des Ermelerschen Hauses eine Million, Hypothek an die „Neue Freie Volksbühne“ 921 000 M.).

Eintritt ein Restbedarf von circa 15 Millionen aus der Anleihe von 1912. — Die neue Anleihe soll das Bedürfnis für die fünf Jahre vom 1. April 1914 bis 1. April 1919 decken, mit 4 bis 5 Proz. verzinst werden und ihre Begebung in Teilbeträgen nach dem Bedürfnis der einzelnen Jahre erfolgen; die Tilgung ist mit 1 Proz. für die ersten fünf Jahre, später mit 2 Proz. vorgesehen. Während der ersten fünf Jahre soll eine Herabsetzung des Zinsfußes ausgeschlossen sein. Es sollen Interimscheine ausgegeben werden können, die endgültigen Schuldverschreibungen sollen lauten auf 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100 M.).

Stadtv. Cassel (Vize): Das gewaltige Anleihebedürfnis ist erfreulicherweise nicht durch Kriegsnotwendigkeiten, sondern durch die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Stadt hervorgerufen. Wir hätten freilich lieber gesehen, daß eine so bedeutende Vorlage nicht jetzt an uns gebracht wurde, wo wir doch eigentlich Ferien haben und lediglich in Rücksicht auf etwaige dringliche Kriegsvorfälle formell davon absehen. Ueber die Art der Begebung und über die Natur der sich nicht auf Gemeindeforderungen stützenden Positionen bedürfen wir näherer Information, die im Plenum kaum gegeben werden kann. Darum beantragen wir Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, der sofort vom Vorstande ernannt werden soll.

Es wird nach diesem Vorschlag verfahren. Dem Ausschuß gehören auch Bruns, Heimann, Hing, Meyke, Sedelsohn (Sog.) an.

Dem Ausschuß für die hilflosbedürftigen Deutschen Galizien und der Bukowina in Leipzig soll ein Beitrag von 6000 M. zugewendet werden.

Stadtv. Biffung (Fr. Fr.) hält es für geboten, zum Ausdruck zu bringen, daß die Verwendung ohne jede Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis der hilflosbedürftigen erfolgen soll, und stellt einen entsprechenden Zusatzantrag.

Oberbürgermeister Vermuth: Der Antrag entspricht durchaus den Ansichten des Magistrats.

Nachdem auch Stadtv. Raempff namens der Linken sich dem Antrage angeschlossen hat, wird die Vorlage mit diesem Zusatz einstimmig angenommen.

Für die Verstärkung der Beleuchtung des Victoria-parks in dem neu angelegten Teile bewilligt die Versammlung 2400 M.

Der Entwurf eines Spezialetat für die neuen städtischen Elektrizitätswerke Berlin, zunächst auf das Halbjahr vom 1. Oktober 1915 bis 31. März 1916, liegt vor; er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 152 380 500 M. ab.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.): Nachdem in der Zwischenzeit die Direktion voll besetzt ist, hegt die Bürgerchaft das Vertrauen, daß die Verwaltung der nunmehr städtischen Werke in einem Geiste geführt wird, daß sie der Stadt und der Gesamtheit zu erheblichem Nutzen gereicht; die Bürgerchaft erwartet aber auch, daß die Erfüllung der magistratischen Zusage wegen Verbilligung des Stromes für die Industrie bald in die Hand genommen werde. Es handelt sich dabei nicht allein um Verbilligung, sondern auch um die Erleichterung der Bezugsbedingungen überhaupt. Es droht da sonst unter Umständen eine Gefahr; es muß alles geschehen, um nicht nur die Groß- und die mittlere Industrie, sondern möglichst auch die kleine Industrie in der Stadt Berlin festzuhalten.

Der Etat wird genehmigt.

Um 6 Uhr wird die Verhandlung unterbrochen und die Einführung des jetzt aus dem Felde zurückgekehrten Direktors Prof. Dr. Reimann in sein Amt als Stadtschulrat vollzogen. Das neue Magistratsmitglied wird von den Stadtv. Bruns (Sog.) und Sedelsohn (Vize) in den Saal geleitet. Der Oberbürgermeister Vermuth richtet an den in Uniform Erschienenen eine längere Ansprache, bewirkt ihn auf den schon früher geleisteten Amtseid und überreicht ihm seine Bestallung. Auch der Stadtv. Bruns begrüßt den neuen Stadtschulrat namens der Versammlung.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 1/7 Uhr.

Ferienspiele der Gemeindegelübter.

Vom 5. Juli bis einschließlich 7. August d. J. werden auch in diesem Jahre werktäglich vormittags von 7 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr auf folgenden Spielplätzen und Schulhöfen Bewegungsspiele für Gemeindegelübter veranstaltet: 1. Am Urban (Spielplatz), 2. Wasserstr. 31 (112/129, Gemeindegelübter), 3. Reichenberger Str. 181/182 (145/151, Gemeindegelübter), 4. Schmidstr. 88 (62, Gemeindegelübter), 5. Blumenstr. 77 (V. Hilfschule), 6. Remeler Str. 24/25 (256/287, Gemeindegelübter), 7. Rigauer Str. 81/82 (247/252, Gemeindegelübter), 8. Kopenstr. 84 (18/125, Gemeindegelübter), 9. Zehdenider Str. 17/18 (153/154, Gemeindegelübter), 10. Danziger Str. 23a (162/197, Gemeindegelübter), 11. An der einsamen Pappel (Spielplatz), 12. Straßburger Str. 54 und Bernauer Str. 89/90 (61/148/35, Gemeindegelübter), 13. Wiesenstraße 52/54 (Spielplatz), 14. Bremer Str. 22/32 (Spielplatz), 15. An der Weußelstraße, zwischen Nordring und dem Verbindungs-kanal (Spielplatz).

Auf den Außenspielflächen.

Außerdem werden in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August auf den Spielplätzen außerhalb Berlins, und zwar in Blankensee I und II, Busch, Hohenschönhausen-Wartenberg, im Plänterwald (Trepoto) und auf dem Spielgelände des Ausschusses der vier Berliner Turn-gemeinschaften im Grunewald bei Fischpark, werktäglich Ferienspiele für die Gemeindegelübter abgehalten.

Sammelplätze für die Kinder sind folgende Schulhöfe: I. Für Blankensee I: 1. Reibelftr. 31/32, 2. Prenzlaue-

Allee 227/228, 3. Ehrstürburger Str. 14, 4. Senefelderstr. 5/7,

5. Greifenhagener Str. 20, 6. Sonnenburger Str. 21;

II. für Blankensee II: 1. Gipsstr. 23a, 2. Straßburger Straße 54, 3. Christianiastr. 36/39, 4. Prinzenallee 8, 5. Driesener Straße 22, 6. Oberberger Str. 57/59;

III. für Busch: 1. Reiffelstr. 3/4, 2. Gartenstr. 107a, 3. Aderstraße 67, 4. Müllerstr. 158/159, 5. Schulstr. 99/100, 6. Putzuser Straße 23, 7. Pantstr. 20/22;

IV. für Hohenschönhausen-Wartenberg: 1. Markusstraße 49, 2. Remeler Str. 24/25, 3. Große Franzfurter Str. 23, 4. Straßmannstr. 6, 5. Petersburger Str. 4, 6. Höchste Str. 34/35;

V. für Plänterwald: 1. Alte Jatostr. 127, 2. Schmidstraße 88; 3. Brieger Straße 17/18; 4. Reichenberger Str. 181/182; 5. Wrangelstr. 128; 6. Schleifische Str. 4; 7. Raglerstr. 6;

VI. für Grunewald: 1. Bremer Str. 18/17; 2. Waldenferstraße 20/21; 3. Turmstr. 86; 4. Lebegowstr. 28; 5. Derflingerstraße 18a; 6. Culinstr. 15; 7. Greifenaustr. 7.

Eine weitere Spielgelegenheit wird für dieses Jahr noch auf dem Spielplatz der „Gesellschaft der Freunde der Jugend“ in Hohenschönhausen an der Sommerstraße eingerichtet. Die Sammelhöfe für diesen Spielplatz befinden sich in der Gausburgstraße 20 und in der Olivaer Str. 19.

Aus Groß-Berlin. Opferwillig.

Der Krieg hat in allen Teilen des Volkes große Opferwilligkeit ausgelöst. Allgemein ist das Bestreben, unseren im Felde stehenden Kämpfern das Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Wenn es ermöglicht ist, gibt von dem, was er hat. Davon legen die gewaltigen Summen von Liebesgaben in jeder Form bereites Zeugnis ab. Eine kleine Vorstellung von dieser Opferwilligkeit bekommt man, wenn man tagtäglich sieht, wie Angehörige für ihren im Felde stehenden Gatten, Sohn, Bruder oder Bräutigam Liebesgaben der Post zur Beförderung übergeben. Selbst diejenigen, die stark mit der Sorge zu kämpfen haben, lassen es sich nicht nehmen, ihren Feldgrauen des öfteren eine Kleinigkeit zukommen zu lassen. Viele knapsen es sich direkt ab und bezeugen damit eine Opferwilligkeit, die alle Anerkennung verdient.

Opferwilligkeit und Solidarität waren von jeher die Eigenschaften, die in der modernen Arbeiterbewegung gefördert worden sind und jetzt vor allem der Allgemeinheit zugute kommen. Wie die Gewerkschaftsbewegung glänzende Beispiele an Opferwilligkeit für die um bessere Arbeitsbedingungen ringenden Arbeitsbrüder aufweist, so kann nicht minder auch die politische Bewegung auf gleiche beispielgebende Tatsachen hinweisen.

Der Krieg fordert für die Daheimgebliebenen manche Opfer, für die Anhänger der modernen Arbeiterbewegung im besonderen Maße. Da gilt es, der Gewerkschaft die Treue zu bewahren, denn sie ist es, die dem Arbeiter über manche Notlage hinweghilft und ihm seine Arbeitsbedingungen sichern hilft. Das gleiche gilt für die Partei mit ihren Institutionen. Die Opfer, die hier für ideale Zwecke gefordert werden, sind keine großen, alle aber gelten auch dem eigenen Interesse. Es ist eine Ehrenpflicht aller gewerkschaftlich und politisch Organisierten, in dieser schweren Zeit ihren Einrichtungen die Treue zu bewahren. Das sind wir nicht nur uns selbst, sondern auch allen den Freunden schuldig, die draußen im Schützengraben schwere Pflichten erfüllen. Von uns Daheimgebliebenen können sie das fordern. Gerade in schwerer Zeit zeigt sich wahre Solidarität, echte Opferwilligkeit. Bleibe jeder seiner Gewerkschaft treu, und wirke jeder für die politische Organisation, soweit das unter den heutigen Umständen möglich ist!

Wirke aber jeder Genosse für sein Blatt, für das Blatt der Berliner Arbeiterschaft, für den „Vorwärts“.

Setze jeder Genosse seine Ehre darein, sein Blatt hochzuhalten und nicht kleinlich zu rechnen, ob er einige Pfennige vom Abonnementsbetrage abziehen soll, wenn das Blatt einige Tage ausbleiben mußte.

Das Opfer, das von unseren Genossen verlangt wird, ist nicht groß, es rechtfertigt die Sache. Erfreulich waren daher auch die Anerbietungen von Lesern unseres Blattes, man solle von ihnen wöchentlich Beiträge bis zu einer Mark für den „Vorwärts“ einziehen. Das bedarf es nicht, aber wir freuen uns, solchen Opfermut registrieren zu können.

Noch immer hat die deutsche Sozialdemokratie gezeigt, daß ihre Anhänger für ihre Sache Großes leisten können. Wir zweifeln nicht daran, daß auch während des Krieges Opferwilligkeit und Solidarität sich mehr wie je betätigen werden, wenn es gilt.

Der Spielleiter.

Eine unscheinbare Ratiz geht durch die Presse: „Die Bewerberlisten für die Spielleiter auf den Ferienspielflächen der Stadt Berlin sind geschlossen.“ Spielleiter! Das klingt so einfach, aber schon manche Lehrkräfte, die auf die Sommerreise verzichteten und dafür lieber die ja nicht allzu bedeutende Entschädigung für ihre Mithewaltung auf den Ferienspielflächen als willkommene, irgendein Loch im Wirtschaftshaushalt zustoßende Nebeneinnahme betrachteten, haben im nächsten Jahre sich nicht wieder gemeldet. Ja es ist etwas anderes, in der Schulzeit mal ein paar Stunden Spielleiter auf dem Schulhofe und in der Turnhalle zu sein oder fünf lange Wochen jeden Wochentag viele Stunden auf dem Ferienspielfeld. Zu der letzteren Aufgabe gehört neben dem hohen erzieherischen Verantwortlichkeitsgefühl ein frubiges Aufgehen in die von aller Schullast losgelöste Kindesseele, ein Sommerleben nicht neben, sondern mit dem Kinde, ein tiefes Erkennen und Verstehen der tausenderlei Wünsche, mit denen unsere Volkjugend in der Großstadt die Hundstagsferien herbeisehnt und die von der Stadt bereitgestellten schönen Tummelplätze aufsucht.

Eine Erholung ist es für die sich in den Dienst der guten und großen Sache stellenden Lehrkräfte, aber auch eine Arbeit, eine hohe Pflicht soll es sein. Wer da glaubt, daß er nur mitzugehen und zu beaufsichtigen hat, der taugt von vornherein nicht für solchen Posten, der ganze Männer und ganze Frauen erfordert. Der Lehrer soll ja hier draußen nicht Lehrer und Aufpasser mit Scheltworten, sondern Freund der Jugend sein, soll sich in seine eigene Jugendzeit zurückräumen

und von den Kindern neben der notwendigen, doch kaum fühlbaren Disziplin als großer Spieltamerad betrachtet werden. Ein seines Gefühls haben unsere Volksschulkinder hierfür. Sie finden wunderbar schnell heraus, wer es mit ihnen gut meint, gehorchen frubig dem, der mit einem guten Wort alles von ihnen erreichen kann, schließen sich um so leichter und fester an ihn an. Die Erfahrung lehrt, daß ein einziger Spielleiter, der nicht die Fähigkeit besitzt, Schule und Spielplatz streng auseinander zu halten, schnell ungünstig auf den Besuch des betreffenden Spielplatzes einwirkt. Es spricht sich herum, daß da einer ist, zu dem die Kinder kein Vertrauen haben, den sie wenigstens in den Ferien meiden wollen. Erfreulicherweise sind solche Dinge nur selten vorgekommen.

Die Seele des Ganzen ist ja der Oberleiter jedes Spielplatzes, der Zauberkönig in seinem Märchenreich, der das Szepter mit Geduld und Liebe führt und es unmerzlich auch über seinen Kinderstaatsminister schwingt. Wir haben im Laufe der Jahre so manchen Oberleiter kennen gelernt, der seine oft mehr als zweitausend Köpfe zählende Kinderfahrgänge geradezu wunderbarer Gewalt hatte. Die Kinder schwärmten für ihn mit leuchtenden Augen, weil sie wußten: das ist unser Freund! Mit unermüdlichem Eifer, den weniger aufopferungsfähige Menschen als Strapaze empfinden, widmeten sie sich dem Wohle der spielenden Jugend, fanden ihren höchsten Genuß darin, sahen Tag um Tag die Saat der Güte und Milde schöner spritzen und nahmen sich noch Zeit, in stillen Abendstunden an den weiteren Ausbau der gemeinnützigen, volksträftigenden Einrichtung zu arbeiten. Zum Verkehr mit den Eltern der Ferienkinder gehört ebenfalls ein gewisses Talent. Aber auch andere jüngere Kräfte zeigten vielfach durch natürliche Anlagen den Geist, der sie für den Ferienplatz wie geschaffen macht. So etwas kann man ja kaum erlernen. Es muß im Menschen drinstecken.

Der Krieg hat den schönen „Stamm“, den die Jahre bildeten, zerrissen. Mancher Spielleiter hat den ihm ans Herz gewachsenen Spielplatz mit dem Kriegsschauplatz vertauschen müssen. Andere traten ein und haben sich eingearbeitet. Man wird in diesem Sommer neue Gesichter sehen, hoffentlich nicht unter den Oberleitern, die ihr segensreiches Amt liebgewonnen haben.

Die Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 25. Juni beschlossen, daß die diesjährigen Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung stattfinden a) in III. Abteilung: Sonntag, den 7. November d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr, b) in II. Abteilung: Montag, den 8. November d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr, c) in I. Abteilung: Dienstag, den 9. November d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr.

Es ist durch das Los bestimmt worden, daß Hausbesitzer zu wählen sind III. Abteilung: in den Wahlbezirken: 4, 6, 17, 19 und 43; II. Abteilung: in den Wahlbezirken: 6, 9, 15 und 16; I. Abteilung: in den Wahlbezirken: 1, 4, 5, 12, 15 und 16.

In die Schuldeputation gewählt und bestätigt.

Die Wahl des Genossen Bruns in die Berliner Schuldeputation ist vom Provinzial-Schulkollegium bestätigt worden. Genosse Bruns tritt nunmehr in diese Deputation ein, eine der wenigen, in der unsere Fraktion noch unvertreten ist. Unvertreten sind unsere Genossen noch in der Stiftungsdeputation.

Nach Lindenstraße 27!

Das war die Parole für viele Hunderte von Arbeiterinnen, die sich gestern früh auf den Weg machten. Im „Lokal-Anzeiger“, „Morgenpost“, „Volks-Zeitung“ im Arbeitsmarkt war folgendes Inserat erschienen:

„Weibliche Arbeitskräfte gesucht nicht unter 17 Jahren, zum Zusammenbau kleiner Maschinenartikel bei hohem Lohn. Meldung: Lindenstraße 27, 2 Tr., Donnerstag, 1. Juli, Form. 10—1 u. Nachm. 3—6 Uhr.“

Auf Grund dieses Inserats, das auf eine Masseneinstellung von Arbeitskräften schließen ließ, machten sich zahlreiche weibliche Personen gestern vormittag auf, um rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. Lange vor 10 Uhr sammelten sich Frauen und Mädchen aus allen Stadtteilen an; die Zahl der Versammelten wuchs von Minute zu Minute und kurz nach 10 Uhr mögen wohl 800 bis 900 weibliche Personen anwesend gewesen sein.

Aber immer neue kamen hinzu. Als nun gar bekannt wurde, daß nur eine geringe Zahl von Arbeiterinnen angenommen worden sei und alle anderen vergeblich gekommen waren, war die Erregung unter den Frauen und Mädchen groß, die alle jammerten, ihr Fahrgeul umsonst verfahren zu haben. Bald erschien auch die Polizei auf dem Plane und ein Plakat verklündete, daß die Stellen besetzt seien. Noch lange schütteten die Gelommenen auf der Straße sich ihr Herz aus über die große Enttäuschung, die ihnen bereitet worden sei. Die einzelnen Gruppen wurden von der Polizei zum Auseinandergehen aufgefordert.

Das Inserat ließ allerdings die Annahme zu, daß Masseneinstellungen erfolgen würden. In dieser Meinung mußte man auch deshalb kommen, weil das Inserat in mehreren Zeitungen aufgegeben war.

Weitere Milchpreissteigerung in Sicht!

Die infolge des Krieges eingetretene Verteuerung so vieler Lebensbedürfnisse und besonders der Nahrungsmittel hat, wie jede Hausfrau weiß, auch vor der Milch nicht halt gemacht. Jetzt kommt die Nachricht, daß märkische Milchproduzenten für den bevorstehenden Reueabschluß ihrer Pachtverträge eine weitere Preissteigerung vorsehen, so daß in Berlin und den Vororten auch der Milchhandel den Konsumenten einen noch höheren Preis machen dürfte. Nachdem diese unerfreuliche Mitteilung uns bereits aus Milchhändlerkreisen zugegangen war, wird sie nunmehr bestätigt durch einen Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ über eine Versammlung der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten.

Im vorigen Jahr hatte diese Produzentenvereinigung mit ihren damaligen Milchversteuermäßigkeiten heftigen Widerstand bei dem Milchhandel gefunden und einen neuen Milchkrieg heraufbeschworen, dem dann aber der Ausbruch des Weltkrieges ein plötzliches Ende bereitere. Heute meinen die Leiter der Interessengemeinschaft, mehr als je für die ihr ange-schlossenen Milchproduzenten in Anbetracht der Erhöhung der

Produktionskosten eine beträchtliche Erhöhung der Pachtpreise fordern zu müssen, und sie hoffen, daß sie diesmal durchdringen werden. In der Versammlung wurde erörtert, wie in nächster Zeit die Lage des Berliner Milchmarktes sein werde und welche Pachtpreise für das am 1. Oktober beginnende neue Vertragsjahr gefordert werden sollen. Graf v. d. Schulenburg-Grünthal führte aus, daß im Hinblick auf die Ungewißheit der Dauer des Krieges und der Futternot kein Produzent irgend eine Gewähr für Lieferung einer bestimmten Milchmenge übernehmen könne und daß vorfristig halber auch keiner für das ganze Vertragsjahr einen festen Pachtpreis vereinbaren dürfe. Die Interessengemeinschaft soll, so empfiehlt der Aufsichtsrat, einen Mindestpreis für das Vertragsjahr festsetzen und dann an jeder in Berlin etwa stattfindenden Erhöhung der Milchverkaufspreise die Produzenten im Verhältnis teilnehmen lassen. Der Aufsichtsrat glaubt, vorläufig sich für einen Mindestpreis von 18—20 Pf. pro Liter frei Berlin aussprechen zu sollen, doch wird für die nächste Zeit eine weitere Verschärfung der Lage für möglich gehalten, so daß man heute schwer einen bestimmten Mindestpreis nennen könne. Die Besprechung des Vortrages ergab allgemeine Billigung, nur daß noch angeregt wurde, nicht unter 20 Pf. pro Liter frei Berlin zu verpachten.

Den zur Interessengemeinschaft gehörenden Produzenten hatte in der Versammlung des vorigen Jahres Delegrierter Grabenstein empfohlen, bei Abschluß der neuen Pachtverträge auf einen Preis von 15 bis 15½ Pf. pro Liter frei Berlin zu halten, und es gelang dann auch, durchschnittlich zum Preise von 15½ Pf. abzuschließen. Wenn man jetzt schon den Milchpächtern die Milch nicht unter 20 Pf. pro Liter geben will, so können die Konsumenten sich leicht ausrechnen, was ihnen blühen wird. Und die 20 Pf. sollen nur Mindestpreis sein, von dem für das ganze Vertragsjahr nichts abgesehen werden soll, den man aber noch steigern will, wenn sich's machen läßt. Angesichts des Vorschlages, daß die Produzenten sich gegenüber den pachtenden Milchhändlern durch einen Mindestpreis sichern, fordern wir schleunigste Sicherung der Konsumenten durch einen für dieses wichtige Nahrungsmittel festzusetzenden Höchstpreis. Selbstverständlich denken wir da an einen Höchstpreis nicht etwa nur gegenüber den Milchhändlern, sondern vor allem gegenüber den Produzenten.

Zur Hundesperre.

Der aus dem Berliner Straßleben verschwundene Hundefänger zeigt sich wieder. Mancher Hund, der ohne den vorgeschriebenen Maulkorb und ohne Leine sich auf der Straße zeigte, ist eingekappt und in den an einer Straßenecke haltenden Hundekäfig eingelockt worden. Von jetzt ab soll der Hundefänger abends und nachts ausgeht werden, da beobachtet worden ist, daß vielfach Hunde abends und nachts ohne Maulkorb und ohne Leine frei umherlaufen. Das Polizeipräsidium hat ferner bestimmt, daß diejenigen Hunde, die zwar an der Leine, aber mit herunterhängendem Maulkorb oder ohne Maulkorb betreten werden, ebenfalls einzufangen und sofort zu töten sind.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am 7., 10., 14., 17., 21., 24., 28. und 31. Juli, sowie am 4. und 7. August statt. Die Mittwochskonzerte finden immer in der Philharmonie, Fernburger Str. 22a/23, die Sonnabendkonzerte in der Concordia, Andreasstr. 64, statt. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Billets sind bei der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 I, Zimmer 13, in der Zeit von 8—12 und 4—6 Uhr, außer Sonnabends nachmittags, zu haben, ebenso in der Zigarrenhandlung von Gorsch, Engelauer 15.

Zum Magistratskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin ist Stadtrat Dr. Preuß bestellt worden.

Ein größerer Brand im Mittwochfrüh in der städtischen Irren- und Idioten-, Heil- und Erziehungsanstalt Dalldorf zum Ausbruch. Dort stand auf dem ausgedehnten von Garten und Feldern umgebenen Anstaltsgrundstück der mächtige Dachstuhl des östlichen Flügels des Anstaltsgebäudes in Flammen. Dem vereinten Bemühen der Wehren von Berlin, Wittenau, Reinickendorf-West und Tegel gelang es, ein Ueberfliegen auf die übrigen Gebäude zu verhindern.

Leider sind bei dem Brande mehrere Personen verunglückt, darunter auch die Oberfeuerwehrmänner Klose und Krüger, sowie der Feuerwehrrmann Schädel von der 6. Kompanie. Ferner der Pfleger Stadel und der Heizer Brenneisen. Die Oberfeuerwehrmänner erlitten schwere Brandwunden durch Stichflammen an den Händen und im Gesicht. Leicht verletzt ist der Feuerwehrrmann, der Brandwunden zweiten Grades erlitten hat. Der Pfleger St. und der Heizer Br. haben schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen davongetragen. Sie wurden alle nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht.

Der Mord an der Kleinen Else Ley

harrt immer noch der Klärung. Dieser Tage ist an die Säulen eine amtliche Bekanntmachung angebracht worden, die sich namentlich mit dem Karton, in dem die Leiche des Kindes am 14. Juni in der Spree aufgefunden wurde, befaßt. Das auf der Bekanntmachung befindliche Bild gibt auch die Zahl 1828 wieder, die mit Blaustrich auf den Deckel geschrieben ist und das einzige Kennzeichen des Kartons bildet. In der Zahlreihe steht an fünfter Stelle ein Zeichen, das bisher nicht entziffert werden konnte. Möglicherweise ist es, daß sich derjenige, der diesen Vermerk auf den Karton geschrieben hat, sich dessen wieder erinnert, sobald er das Bild sieht. Der Karton ist aus brauner Pappe, 75 Zentimeter lang, 48 Zentimeter breit und 11 Zentimeter hoch. Wahrscheinlich ist er mit einem größeren Kleidungsstück in die Wohnung gekommen, in der der Mörder ihn an sich genommen hat.

Der Schrecken von Moabit

waren zwei Eindrehler, die jetzt endlich unschädlich gemacht wurden. Die beiden verübten seit längerer Zeit Wohnungs- und Geschäftseinbrüche in der Verlichinger-, Jagow-, Obendurger Straße usw. Sie hatten es um so leichter, als ihnen eine Trödelerin alles, was sie brachten, sofort abnahm. Die Trödelerin wieder machte mit der Gehilferin gute Geschäfte. Als diese nun in der letzten Zeit nur geringe Beute machten, kamen sie auf den Gedanken, sich an dem Ueberstich, den die Gehilferin aus dem Erlös der von ihnen gelieferten Waren hatte, schablos zu halten. Sie brachen auch bei ihr ein, begnügten sich aber nicht mit ihrer Kasse, sondern nahmen auch noch die Waren mit, von denen sie glaubten, daß sie sie leicht anderwärts wieder unterbringen könnten. Bei der Gehilferin stieg bald der Verdacht auf, daß die Eindrehler niemand anders sein werden, als ihre besten „Klestanten“. Sie äußerte diese Vermutung auch zu Bekannten und diese machten einen Beamten auf die beiden aufmerksam. Die Eindrehler wurden verhaftet. Im Laufe des Verfahrens bei der Kriminalpolizei erfuhr man die Verhältnisse den Zusammenhang der Dinge, und als sie sahen, daß gerade ihre Gehilferin den Verdacht auf sie gelenkt hatte, offenbarten sie ihre ganzen Geschäftsverbindungen mit der Frau. Die beiden Eindrehler wurden dem Untersuchungsrichter

vorgeführt, gegen die Gehilferin wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Panik in einem Straßenbahnwagen. Als vorgestern abend gegen 8½ Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 87 die Markthalstraße passierte, schlug plötzlich — anteiend infolge Kurzschlusses — an der hinteren Plattform unter starker Rauchentwicklung eine Feuerfäule empor. Unter den erregten Fahrgästen entstand eine Panik, und eine Frau schlug in ihrer Verwirrung die Glashebe der Wagentür ein. Durch Glasplitter wurden zwei Personen verletzt. Beide erhielten in der Charité Verwundungen.

Die Beratungsstelle für die erblindeten Krieger befindet sich nicht im Hause Königin-Augustia-Str. 67, sondern Rathhäufchen-Str. 21.

Aus den Gemeinden.

Zusatzbrotarten im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises macht bekannt, daß in den Orten, die der Berliner Brotkartengemeinschaft angeschlossen sind, Zusatzarten nach den Bestimmungen dieser Gemeinschaft ausgegeben werden, für die übrigen der Gemeinschaft nicht angehörenden Orte wird eine Einheitszusatzbrotart herausgegeben, die zum Empfang von 500 Gramm Gebäck berechtigt. Die Entscheidung über Erteilung von Zusatzarten erfolgt von Fall zu Fall durch die Ortsbehörde oder den Ausschuss. Wer eine Zusatzart beansprucht, muß einen schriftlichen Antrag mit der Bescheinigung des Arbeitgebers der Ortsbehörde vorlegen.

Durch Beschluß des Kreis-Ausschusses ist das für den Kreis bisher bestehende Einheitsgewicht für Backware von 75 auf 50 Gramm herabgesetzt worden.

Städtischer Fleischverkauf in Charlottenburg.

Um die Abgabe von Dauerwaren längere Zeit ohne Unterbrechung zu ermöglichen, ist in Charlottenburg die Einrichtung getroffen worden, daß den Verkaufsstellen die Ware regelmäßig am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche nachmittags von 4 bis 6 Uhr zugestellt wird. Diese Anordnung liegt durchaus im Interesse der Bevölkerung, da eine tägliche unbegrenzte Abgabe der Dauerwaren auch die reichlichsten Vorräte bald erschöpfen würde. Das Bestreben des Publikums, sich auf einmal möglichst große Mengen der städtischen Dauerware zu sichern, ist zwar ein Zeichen für die vorzügliche Beschaffenheit des Fleisches, aber der eigentliche Zweck des städtischen Verkaufes von Fleischwaren, den augenblicklichen Bedarf weiter Schichten der Bevölkerung an Fleischwaren zu decken, wird bei allzu reichlichen Anläufen Einzelner verfehlt. Nicht nur die warme Sommer-temperatur, sondern auch die Rücksicht auf die Mitmenschen gebietet es, zunächst nur für den täglichen Gebrauch einzukaufen. Die Verkaufsstellen sind inzwischen von 32 auf 57 vermehrt worden, die Abgabe an Wiederverkäufer, Zwischenhändler, Fleischer, Fleischwarenhändler usw. ist untersagt. Auch dürfen nur städtische Fleischdauerwaren zu den auf der im Laden aushängenden Preisliste angegebenen Preisen verkauft werden. Die Abgabe eigener Waren der gleichen Art, sowie die Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Käufer ist streng untersagt.

Schulzahnklinik und Gaslieferung in Lichtenberg.

Unter geschäftlichen Mitteilungen teilte der Magistrat in der letzten Stadterordnetenversammlung mit, daß nunmehr im Hause Rathausstraße 7 eine Schulzahnklinik unter Leitung des Herrn Zahnarztes Klein eröffnet worden ist. Diese Klinik ist von unseren Genossen bereits seit Jahren, genau wie andere unumgänglich notwendige städtische Einrichtungen wie Badeanstalt usw., gefordert worden. Hoffentlich wird nun als nächste Einrichtung die Badeanstalt an die Reihe kommen. Genosse B. ist rüchete an den Magistrat die dringliche Anfrage, ob nicht endlich die unhaltbaren Zustände bei der Gaslieferung eine Abänderung erfahren. Zeitweise brennt das Gas so schlecht, daß man kaum dabei lesen könne; auch beim Kochen und bei anderer Verwendung machen sich andere Mängel bemerkbar. Ferner werden bereits um 12 Uhr nachts sämtliche Straßenlaternen ausgelöscht, so daß manche Stadtteile völlig im Dunkeln liegen. Da Herr Direktor Tremus bei Beginn der Sitzung nicht anwesend war, konnte er erst später bei einer anderen Gelegenheit in geheimer Sitzung antworten. Und die Antwort war allerdings wohl kaum für die Öffentlichkeit bestimmt. Herr Tremus erklärte, Lichtenberg besitze immer noch das beste Gas von ganz Groß-Berlin. Einige Mängel wurden zwar anerkannt, jedoch auf den Kriegszustand zurückgeführt. Unsere Genossen ließen keinen Zweifel darüber, daß, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen würde, die Stadterordnetenversammlung sich in nächster Zeit recht eingehend mit den Mängeln beschäftigen würde. — In die Finanzdeputation wurden die Genossen Eisenstadt, Jahn, Ritter und Wigle gewählt. In die Deputation für die Kriegsbeschädigtenfürsorge traten die Genossen Brühl, Nitus und Betschansel ein. — Die unterm 10. Dezember 1914 eingereichte Petition der Friedrichsberger Bank um Uebernahme der Garantie durch die Stadt für ein von dritter Seite bis zu 4 Millionen Mark zu gewährendes Darlehen wurde von der Bank plötzlich zurückgezogen; so daß sich eine endgültige Beschlußfassung der städtischen Körperschaften über die Petition erübrigte.

Teuerungszulagen in Spandau.

In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde eine Vorlage angenommen, wonach die Waldverholungsstätte zur Aufnahme von tuberkulösen Kindern Verwendung finden soll. Die Errichtung einer Kindererholungsstätte auf dem städtischen Gute Wandorf wurde einer gemischten Kommission überwiesen. Die Ueberbrücke der städtischen Sparkasse aus dem Jahre 1914 in Höhe von 205 773,15 Mark sollen zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden.

Für eine städtische Teuerungszulage während der Dauer des Krieges wurden circa 3000 M. monatlich aus der Kriegsanleihe nach folgenden Grundzügen bewilligt: Denjenigen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die im Hauptamt gegen Gehalt oder gegen Monats-, Wochen- oder Tagelohn und nicht nur vorübergehend tätig sind, erhalten mit Geltung vom 1. April 1915 ab für die Dauer des Krieges eine Familienzulage. Diese Zulage erhalten nur die Verheirateten und Verwitweten, deren Dienstverdienst den Betrag von 2000 M. jährlich nicht übersteigt. Wenn das Dienstverdienst und die Zulage zusammen den Betrag von 2100 M. übersteigen, so wird die Zulage um denjenigen Betrag gekürzt, um den diese die Summe von 2100 M. übersteigt. Die Zulage beträgt monatlich für das erste Kind 5 M., für das zweite Kind 3 M., für jedes weitere Kind 2 M. und wird gezahlt bis die Kinder das 15. Lebensjahr vollendet haben. Die Zahlung der Zulage, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, erfolgt monatlich nachträglich an alle, die während des für die Zahlung in Betracht kommenden vollen Kalendermonats im städtischen Dienste tätig waren. Veränderungen im Familienstande, welche die Zulage begründen oder erhöhen, werden vom Beginn des Kalendermonats berücksichtigt, in denen die Veränderung erfolgt, andere Änderungen im Familienstande finden erst vom Beginn des auf die Veränderung folgenden Monats Berücksichtigung. Bei Auflösung des Dienstverhältnisses kommt die Zulage nur bis zum Tage des Dienstaustritts anteilmäßig zur Zahlung. Die Zulage ist nicht ein Teil des Gehalts und nicht ruhegehaltfähig. Die Stadterordnete Berlin als Berichterstatter mittelste, erhalten unverheiratete und kinderlose Arbeiter keine Teuerungszulage, da die unverheirateten Arbeiter mit dem Lohn auskommen müßten und bei kinderlosen Familien die Frau zum Lebensunterhalt beitragen könnte. Auffallenderweise nahm kein Stadterordneter zu dieser Vorlage das Wort. Wie der Referent noch mittelste, hatten die Fraktionen beschlossen, von einer Debatte

Abstand zu nehmen, da durch eine solche nur Verwirrung eintreten könnte, ohne ein greifbares Resultat zu erzielen.

Die Bewilligung von 195 000 M. für das Belagern der Heerstraße mit Kleinpflaster wurde mit der Begründung abgelehnt, daß diese noch ausbesserungsfähig sei; außerdem wären noch eine Reihe anderer Straßen in viel schlechterem Zustande. Krüsiert wurde das rasende Tempo der Automobilien auf der Heerstraße, wodurch schon manches Unglück herbeigeführt wurden sei.

Fleischwareverkauf in Pantow.

Auch die Gemeinde Pantow beginnt jetzt mit dem Verkauf ihrer Lebensmittel. Die Preise sind wie folgt festgesetzt: Eine Dose Schweinefleisch in Bräse 1,65 M., 1 Dose Leberwurst 1,40 M., 1 Dose Rottwurst 1,80 M., 1 Dose Sülze 1,80 M., Rindenspeck pro Pfd. 1,80 M., Wachspeck 1,70 M., Schmalzwurst, aufgeschnitten 2,40 M., im ganzen 2,80 M., geräucherter Schinken 2,40 M., geräucherter Vorderbraten 1,90 M., Schmalz 1,60 M. und 2 Heringe 25 Pf. Der Verkauf findet vorläufig an folgenden Stellen statt: Wunde, Florastr. 33, Bräher, Florastr. 78, Donath, Florastr. 4, Bunzel, Berliner Str. 92, Schmidt, Magimilianstr. 44a, Hempel, Poststr. 17a, Helm, Wollanstr. 26, Proste, Mühlentz. 46, Schreyer, Poststr. 17, Blau, Gailardstr. 6, Koeppen, Schmidtstr. 20.

Aus aller Welt.

Die Tragikomödie der Lebensmittelversorgung.

Wenn die Sache nicht einen so bitteren Geschmack hätte, dann könnten einem vor Lachen über das Gesicht rollen, wenn man sieht, wie jetzt so mancher Lebensmittelwucherer, der gewartet und immer weiter gewartet hat, um recht hohe Preise zu erzielen, jetzt Not hat, seine verkaufte Ware auf den Acker zu schaffen. Andere, deren Ware noch genießbar ist, suchen zu retten, was zu retten ist. Da versendet ein Kartoffelagent in Eiberfeld an seine privaten Abnehmer eine Offerte, die wie ein Pfeilschrei klingt. Es heißt darin u. a.:

„Ich habe von verschiedenen Städten größere Kosten Kartoffeln gekauft, die ich nachstehend offeriere, solange der Vorrat reicht. Es handelt sich ausschließlich um Ware, welche in den Monaten März bis Mai bezogen worden ist und erst von Ende Mai ab, von welchem Zeitpunkt an die Kartoffeln bekanntlich knapp werden sollten, an die Bevölkerung abgegeben werden sollte.“

Es folgt nun das Preisangebot, das sich für die besten Sorten, die nicht mehr als 2 Proz. naheliegender Knollen aufweisen und ein wenig gelblich sind, auf 2,70 M. beläuft. Der Preis geht für andere Sorten herunter bis zu einer Mark für den Zentner.

Im Dresdener „Anzeiger“ befand sich folgendes Angebot: „Eine Wagenladung Kartoffeln, 14 500 Kilo, wird Mittwoch, den 23. Juni 1915, vormittags 11 Uhr, auf dem Bahnhof Klingenberg-Cöllnig gegen Barzahlung versteigert.“

Auch in diesem Falle wird man wohl für einen niedrigen Preis die Ware haben ersehen können, die man vor wenigen Monaten entweder gar nicht zu sehen bekam oder mit Bucherpreisen bezahlen mußte. Wie lange wird es noch dauern, dann bekommt man Kartoffeln gratis, wenn man sie sich nur abholt. Der Verkäufer spart dann wenigstens die Transportkosten.

In Gera hat vor einigen Tagen ein Kartoffelhändler mehrere Fuhren Kartoffeln in eine Ausschachtung fahren lassen. Dabei waren es noch ganz gesunde Früchte von der besten Sorte. Es fanden sich auch Leute, die die Gelegenheit wahrnahmen und sich aus dem Schutz der Kartoffeln wieder herausliefen. Derselbe Händler war, wie unter Geraer Parteilicht festgelegt, einmal vom Marktplatz wieder abgefahren, als ihm die horrenden Preise nicht gezahlt wurden.

Doch nicht nur auf dem Kartoffelmarkt begegnet man diesen haarsträubenden Vorgängen, sondern auch bei den Fleischwaren.

Aus Bochum wurde vor einigen Tagen gemeldet: Das hiesige städtische Nahrungsmittel-Unternehmensamt hat, wie man dem „W. R. Sprecher“ schreibt, bei einer hiesigen Firma 40 000 Pfund Fleisch im Werte von 60 000 M. beschlagnahmt. Die aus Holland bezogene Wurst war größtenteils völlig verderben.

In der „Essener Volkszeitung“ las man in voriger Woche nachstehendes Inserat:

Eine größere Partie Fleischkonzerben.

welche sich nicht mehr zum menschlichen Genuß eignen, jedoch noch vorzüglich als

Fühner-, Hunde- und Schweinefutter verwendet werden kann, in kleinen und größeren Partien gegen sofortige Kasse abzugeben.

Jac. Lewy, Dampfalgemeine a. d. städt. Schlachthofe, Essen-Ruhr.

Also eine verfehlte geschäftliche Spekulation mit Lebensmitteln. Wichtige menschliche Nahrungsmittel sind dadurch ihrer Bestimmung entzogen worden und enden nun als Hundefutter.

Und in der „Warmer Zeitung“ war ein Inserat folgenden Inhalts zu lesen:

Anfrage an die Stadt Barmen!

Auf dem Schlacht- und Viehhof sind vor einiger Zeit 10 000 Pfund Fleisch-Dauerware verbrannt worden.

Warum??? Um Antwort in der nächsten Stadterordnetenversammlung bitten

Rehrere Bürger. Wie die Eiberfelder „Freie Presse“ erzählt, verhält sich die Sache folgendermaßen: Ein Vormer Händler hatte die Annahme der Fleischwaren von seinem Lieferanten verweigert, weil die Ware nicht einwandfrei war. Der Polizeiarzt ordnete die Beschlagnahme und Untersuchung der Ware an, worauf etwa 5000 Pfund vernichtet und 5000 Pfund bei der Freibank verkauft wurden. Um städtische Dauerware handeln es sich hier nicht. Unsere Genossen hatten bereits in einer Sitzung der Schlachthofkommission eine diesbezügliche Anfrage an die Verwaltung gerichtet.

Die Sache selbst bleibt also bestehen: 10 000 Pfund Fleischwaren müssen zur Hälfte vernichtet, zur Hälfte als minderwertig verkauft werden, weil sich zwei Händler nicht einigen konnten. Wie man die Lebensmittel zu billigen Preisen an die Konsumenten verkaufen, ließ man sie lieber erst verderben.

Ein Reichstagsabgeordneter vermisst.

Nach einer Blättermeldung wird der Zentrumsabgeordnete Imbusch, der als Unteroffizier der Landwehr gegen die Russen gekämpft hat, seit längerer Zeit vermisst. Man weiß nur, daß er in einem Gefecht am 7. Dezember v. J. verwundet worden ist. Seitdem ist nichts mehr von ihm bekannt geworden.

Schweres Grubenunglück in England.

Ueber ein schweres Grubenunglück meldet das Reutersche Bureau aus London: In der Bentidgrube bei Kirtles in Nottinghamshire stieg ein niedergehender Aufzug, in dem sich 14 Mann befanden, mit einem in die Höhe fahrenden zusammen, der von fünf Mann besetzt war. Zehn Mann wurden aus einer Höhe von 200 Yards in die Tiefe geschleudert und kamen ums Leben. Zwei andere wurden in den Augen getötet, alle übrigen sind verletzt.

Zugzusammenstoß in Luxemburg.

Auf der luxemburgischen Bahnstation Noabdi stieg ein von Trier kommender Zug mit einem Aachenerzug zusammen. Der Aachenerzug wurde durch den Zusammenstoß in die Höhe geschleudert und

prall war sehr heftig; fünf deutsche Passagiere wurden schwer verletzt, 15 leicht. Der Sachschaden ist nicht groß.

Durch einen Blitzschlag wurden auf einem Felde bei Sireh-itz in der Nähe von Oels ein Arbeiter und dessen 17jähriger Sohn getötet. Einem anderen Arbeiter wurden durch den Blitzschlag die Beine gelähmt. Ein vierter wurde betäubt, konnte aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Sommergeschäftsschluss!

Eine Reihe von Firmen der Bekleidungsbranche haben sich dahin geeinigt, in den Sommermonaten einen früheren Schluss ihrer Geschäfte räume herbeizuführen. Am Anzeigentell unserer heutigen Ausgabe bringen fünf der bekanntesten Firmen zur Kenntnis ihrer Kundschafft, daß sie in der Zeit vom 4. Juli bis 31. August an den Sonntagen gänzlich geschlossen halten; für die Wochenlage ist die Einrichtung getroffen worden, daß von Montag bis Freitag bis abends 7 Uhr, Sonnabends dagegen bis abends 8 Uhr geöffnet bleibt. Den zahlreichen Angestellten in der Bekleidungsbranche wird diese den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Maßnahme sehr zu Fall kommen, und das Publikum dürfte derselben ohne Zweifel ein wohlwollendes Verständnis entgegenbringen. Rüge dieser erfreulichen Entschluß zahlreiche Nachahmung finden!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Colrecht, paterae, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gesandtschaften und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Gerredheim. Kommen Sie zu uns auf die Redaktion, vormittags 10-12 Uhr, nachmittags 3-5 Uhr.

M. N. 56. Der Stüt kann die Sachen pänden. — S. 5. Ja. An das Bataillonskommando des Regiments, von dem der Kriegsgefangene eingezogen war. — P. 2. Landsturmlieute, die während der Kriegszeit eingezogen wurden und jetzt das 45. Lebensjahr überschritten haben, sind

weiter dienstpflichtig. — S. 42. Sie haben trotzdem Anspruch auf Unterstützung; Sie brauchen die wenigen Spargroschen nicht erst aufzubrauchen. — M. N. 37. 1. und 2. Ja. 3. Bedenken Sie sich an die Oberpostdirektion. — M. 100. Ja. — M. 23. 100. Nicht bestimmt.

P. 9. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sie noch eingezogen werden. 2. Herzleiden, Schwerhörigkeit und Krampfadern. 3. Da die Krankheiten schon vorher bestanden haben, wird der Anspruch nicht abgelehnt werden. — R. 1915. 1. Ja. 2. 24 M. monatlich. 2. Gemeindevorsteher. 3. Heilbar-urkunde und Unterstützungsschein. 4. Rein. 5. Ja. 6. Rein. — J. 2. 30. Lungenerleiden; zurückgestellt. — Altersrente M. 23. Ihre Mutter hat Anspruch auf die höhere Rente. Die Altersrente wird aber wahrscheinlich nicht höher sein, sie müßte erst nach den gelebten Jahren berechnet werden.

G. 42. Wenn auf Ihre Anforderung der Wirt den Wangel nicht abstellen läßt, können Sie nur auf Lösung des Vertrages klagen. — Elsa 1914. 1. Ja. 2. 24 M. monatlich. 2. 8, 8, u. 4. Ja. — R. 2. 10. 1. Wenn die Schwestern vermögend sind, können auch sie zum Unterhalt der Mutter verpflichtet werden. Sie müßten aber, wenn die Schwestern sich weigern zu zahlen, gegen sie klagen vorgehen. 2. Ja. Wenn die Mutter übrigens so hohe Einkünfte hat, könnten Sie das ja der zukünftigen Stelle mitteilen. — J. 2. 1887. 1. Reichen Sie zunächst Beschwerde beim Bürgermeister ein. 2. Rein. — A. 2. 57. Sie können nicht zur Operation gezwungen werden. — P. 2. 15. Der Staat kommt selbstverständlich für die unehelichen Kinder nicht auf, selbst dann nicht, wenn's Anaden sind. — Reklamation 1879. Das können Sie nur bei der Firma erfahren. — P. 2. 21. Sie brauchen sich nicht zu melden. — P. 2. 98. 1. Kündigung kann erfolgen. 2. Sie müssen in Ihrem Falle doch Rücksicht bekommen. — M. 12. Ob Ihr Sohn eine gute Existenz dadurch erhält und wieviel Gehalt er beziehen kann, können wir nicht wissen.

C. 6. 100. 1. Rein. 2. Ja. — Tegel 100. Leider befolgen einige Vorortgemeinden die Praxis, die Unterstützung zu kürzen, damit der Hauswirt die Miete erhält. — Lu. 29. 1. Sie konnten in erster Reihe eingezogen werden. 2. Lungenerleiden, landsturmpflichtig. 3. Rein. — P. 2. 24. Sie können noch eingezogen werden, da Sie nur als zeitlich dienstuntauglich gelten. Sie werden aber vorher nochmals gemustert. — Alter Abonnent 1900. Fordern Sie die Veranlagungskommission auf, Ihnen zunächst die Einschätzung einzuliefern. — Hans 1881. Nach dem Tode der Mutter wird jetzt eine gerichtliche Regelung des Nachlasses erfolgen. Dabei wird das Erbteil der Kinder festgelegt. — Steglitz 20. Wenn Sie Ihre Unterschrift geleistet haben, müssen Sie das Bock auch in Empfang nehmen. Die Firma wird eventuell gegen Sie klagen und Ihre Verantwortung ist mit Sicherheit zu befrachten.

P. 2. 24. Wegen Herzkrankheit zurückgestellt. — A. 2. 100. Injanterie, Kriegsdienstuntauglich. — P. 2. 185. 1. Platzung und Herzleiden; landsturmpflichtig. Landsturm ohne Waffe; Armierungssoldat. — G. 4. 40. Sie und Ihr Kind sind allen erberechtigten, auch wenn kein Testament vorliegt. Es besteht also für Sie keinerlei Verpflichtung. — P. 2. 45. Das Zeichen bedeutet: atmosphärische Beschwerden geringeren Grades; landsturm-

pflichtig. Sie können eingezogen werden. — Urlaub 25. Eine Erziehung ist nicht möglich. Es liegt reinlich bei dem Truppenteil, ob der Urlaub gewährt werden kann. — M. 23. 49. 1. Stellen Sie doch Antrag auf Rückunterstützung. 2. Ja. — S. 2. 36. Ja. — P. 2. 35. Wenn Sie den Beweis erbringen, daß Sie schon so lange Zeit beschäftigungslos sind, muß Ihnen zum mindesten die Steuer gestundet werden. Für die Zeit der Arbeitslosigkeit haben Sie keine Steuern zu zahlen. — H. 3. 49. Wegen Herzkrankheit zurückgestellt. — G. 45. Eine nochmalige Einziehung ist nicht wahrscheinlich. — Peter 2. 200. Sie sind wegen Lungenerleiden zurückgestellt. — G. 6. 228. Landsturm ohne Waffe, Armierungssoldat. Herzkrank; landsturmpflichtig. — Spandan 1. Eine gesetzliche Bestimmung gibt es darüber nicht, das könnte nur beim Kauf vereinbart sein. — P. 2. 41. Da Sie ausgemustert sind, brauchen Sie sich nicht zu melden. — G. 321. 1. Lungenerleiden und Herzkrankheit; landsturmpflichtig. 2. Ja. 3. Rein. — R. 6. Das würde als Scheidung angesehen werden. — St. 6517. 1. und 2. Ja. 3. An den Zivilvorständen der Ersatzkommission. — A. 2. 24.

Ämtlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 1. Juli 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 103-120, do. IIa 90-102, do. IIIa 82-90; Kalbfleisch Ia 98-110, do. IIa 85-97; Rinde, fett 85-100, do. mager 78-85, do. dänische 85-92; Fresser 85-90; Fresser, dänische, 80-85; Bullen, dänische, 85-92; Kalbfleisch, Doppelfender 140-165; Rindfleisch Ia 115-125, do. IIa 105-113; Rinder, ger. 70-80, do. dän. 76-128, do. holl. 85-90; Hammelfleisch: Hammel 125-128; Hammel Ia 115-124, do. IIa 105-114; Schafe 105-115; Schweinefleisch, Schweine, fette 00-00, fette 130-154, dän. Sauen 00-00, dän. Schweine 120-130, do. holländische 00-00. Getreide: inländisches: Kartoffeln, Riesen 50 kg 8-9, weiche Kaiserkrone 7-8, Magnum bonum 0,00; Weizen 0,00; Borze, Schaf 0,70-1,00; Spina 50 kg 10,00-15,00; Weizen, Schaf 4,00-10,00; Petersilienwurzel, Schaf 4,00-6,00; Radieschen, Schaf 1,50-1,75; Gurken, Gorgatter, 100 Stück 0,00; Rhabarber, Hamburger, Bund 4,00, do. hiesiger 100 Bund 2,00-4,00; Tomaten, Gorgatter, 50 kg 65,00 bis 80,00; Zwiebeln, neue 50 kg 30,00; Salat, Schaf 1,50-4,50; Rettiche, bauerische, 100 Stück 8,00-12; Kohlrabi, Schaf 1,20-1,75; Schoten, biesige, 50 kg 15,00-18,00; Roggen, Schaf 3,00-4,50; Weizen, Schaf 10,00-12,00; grüne Bohnen, 50 kg 22,00 bis 30,00; Buschbohnen 50 kg 8,00-10,00. Obst und Gemüse: Äpfel, Biedersee 50 kg 14,00-22,00, do. holländische 50 kg 8,00-16,00; Äpfel, Amerikaner, Riste 25-30; Stachelbeeren, unreife, 50 kg 15-18, reife 50 kg 15-25; Johannisbeeren 50 kg 20-25; Blaubeeren 50 kg 20-35; Erdbeeren 50 kg 25-80, do. Reeller 40-45, do. holl. 50 kg 25 bis 40; Zitronen: Messina 300 Stück 25-32, do. 300 Stück 26-34, do. 150 Stück 12-14, do. 50 kg 12-15, do. 100-200 Riste 15-19.

Theater für Freitag, den 2. Juli.

- Deutsches Künstler-Theater 8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand
- Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Hans Heiling
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater 8 1/2 U.: Eine unmögliche Frau.
- Kleines Theater Wegen Generalprobe: Geschlossen.
- Lessing-Theater 8 1/2 U.: Seine einzige Frau
- Lustspielhaus 8 1/2 U.: Herrschafft. Diener gesucht
- Schiller-Theater O. 8 Uhr: Wohltäter der Menschheit
- Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Alt-Heidelberg.
- Thalia-Theater 8 Uhr: Klein Eva Gastspiel der Königl. Hofschau-spielerin Lotte Klein.
- Theater am Nollendorfspl. 8 1/2 U.: Immer feste druff!
- Trianon-Theater 8 1/2 Uhr: Die Heiratschule
- Volksbühne-Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr: Pension Schöllner

Arbeiter-Wanderverein Berlin.

Verein zur Förderung des Wandersports unter den organisierten Parteigenossen Groß-Berlins.
Sonntag, den 11. Juli 1915:
Oberspreewaldfahrt
Lübbenau-Verbe (Spreewald) — Leipe — Der prächtige Erlen-wald — Rano-Mühle — Wotschafsa — Lübbenau.
Die Teilnehmer an dieser Tour haben hiermit Gelegenheit, die schönsten Punkte des Spreewaldes ohne jede Fußwanderung kennen zu lernen.
Teilnehmerkarten a 5,75 M. für Bahnfahrt 3. Klasse und Kahn-fahrt sind in unseren Zahlstellen (Preis 2 1/2 M.) erhältlich, Eschallee Str. 22 — Amt Moritzplatz 125 42, Georg B e i n h a r t, Gränstr. 21 — Amt Zentrum 1787, zu haben.
Verlangen Sie unseren ausführlichen Prospekt!



Denkt an uns
sendet
Galem-Aleikum
Galem Gold
Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe!

WINTERGARTEN
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“
Operette in 1 Akt v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eise Borna Lotta Werkmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann Julius Spielmann
sowie der
glänzende Juli-Spielplan.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
„Tausend und eine Nacht.“
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Erstklassiges Varieté
Solleneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Unsere Prachtmädels.
Gartenbühne: 8 U.: Lieb Vaterland.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Von Stufe zu Stufe
Spezialitäten.
Gartenbühne: 8 U.: Apollo-Sänger.

Palast
Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2, u. 8 Uhr
! Das neue Juli-Varieté-Programm!
! Wieder eine Steigerung
gegen den vorig. Monat!
Das lenkbare Luftschiff
im Zuschauerraum!
Der Menschenaffe „Urian“
als Universal-Künstler.
Robert Steidl mit seinen neuen
Tänzen Juli-Schlagern.
?Paini? — „Charlotte“ — Negro
Arras-Trio — 2 Rogges usw.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum 150. Male:
Im Schützengraben
Wunderlich. Zeit-
bild von Hofkapell-
meisterpersonnen
u. deren Angehör-
igen vollständig
reiner Zutritt zu
b. Stett. Sängern.

Die Beratungsstelle des Komitees zur
„Sammlung eines Kapitals zur
Unterstützung erblindeter Krieger“
hält Dienstag und Donnerstag von 10-11 Uhr
vormittags ihre Sprechstunde im Landeshause der
Provinz Brandenburg, Rathhäufstraße 21, ab.

Helft unseren Verwundeten!
Rote + Lotterie
Ziehung am 14. und 15. Juli
Gesamtw. d. Gewinne Mark
100000
Lose zum Originalpreise von 3 M., Porto und Liste
Eine elegante Brieftasche mit 10 Losen
für 30 M. inkl. Porto und Liste.
Gustav Haase Nachf., Berlin NO. 200, Neue Königstr. 86.

20 Stk. feldpostmässig verpackt portofrei!
50 Stk. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient. Tabak u. Cigaretten-Fabr. Yenidze Dresden
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M. d. Königs v. Sachsen
Trustfrei!

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“
Am Sonntag, den 4. und Sonntag, Spreewaldfahrt.
den 18. Juli, veranstalten wir je eine
Tour 1: Bahnfahrt bis Lübbenau, dann nur Kahnfahrt (keine Fuß-wanderung) über Leibe, dem „Spreewald“, Leipe, Wotschafsa, Forst-haus Gise, durch den schönen Erlenwald, Rannomühle, Wotschafsa, Leibe nach Lübbenau zurück. — Treffpunkt: 6,30 früh Gdlicher Bahnhof, Warteplatz 4. M.
Teilnehmerkarten (für Bahn- und Kahnfahrt), Tour 1 5,75 M., und jedesmal bis Freitag vor Startfaden der Fahrt zu haben in der Geschäftsstelle bei Fritz Kruse, Mariannenstraße 11; Deyse, Bodenstraße 19; Horich, Engelstraße 15; Strands, Schwelbeldner Straße 40; Tinius, Ritterstr. 123; Reußellin, Wagner, Edmundstraße 10; Kramer, Heisterstr. 31; Blume, Jannistr. 1, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße; Stieglitz, Bismarck, Hörsingstraße 26.
Ankunft durch Fernruf erteilt die Geschäftsstelle Moritzplatz 1575.
Weitere Touren folgen.
Die am 14. Juni veröffentlichte Tour II kann ausnahmsweise nicht ge-macht werden. Dieselbe wird jedoch in abgeänderter Form später ver-ankündigt. Näheres siehe Inserat an dieser Stelle.
1/15*
Der Bundesvorstand.

MANOLI
Die führende Zigarette

Sie laufen wie eine Biene!
Wenn Sie un. gestrickten Hand u. Strahenschuhe tragen. Rein
Wollen u. Bälle, l. Schweißfüße, l. geschwoll. Gelenke, l.
Krampfad., l. Venenentz., l. Hüftverengung,
l. Gelenk, l. Druck u. empf. hochlieg. Leben,
l. Gicht, l. Rheumatismus mit; an-
schließend, wech., elastisch, ausdünstungs-
fähig. Garantie für sichere, dauernde
Hilfe, auch in den verzweifeltesten Fällen,
u. absolute Brauchbarkeit un. gestrickten
Schuhwerks. — Telefon Königstadt 1152.
Weichsteiges Lager in sehr warmen, mittel-
warmen und kühlen Strassen, jeder
Witterung laut jeder Eigenart der Füße
entsprechend. Hlustr. Preisliste frei.
Strickschuh-Fabrik
Winzer & Co., O., Krautstr. 52, W., Potsdamer Str. 100, Rosen-
Frankfurter Str. 54, Nähe Markth., 80, Kottbuser Str. 21, l. Charlotten-
burg, Raststr. 125, Nähe Leinhardt, Wilmersdorf, Hauptstr. 33, Nähe Zetschewitz-
Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 17-19, Breslau, Neulichtstr. 42, Dresden,
Grüner Str. 22, München, Maximilianstr. 411, Köln, Seckelstr. 10, Chemnitz, Köhlerstr.

Kriegspostkarten für die Front.
Wir liefern unseren Soldaten die neuesten Kriegspostkarten von der
West- und Ostfront — 100 Stück 2 M., 1000 Stück 15 M. — sowie jede
andere Art Ansichtspostkarten. Prospekte gratis. 217/6*
Karl Voegels Verlag, Berlin O., Blumenstraße 75.

Königlicher Holländischer Lloyd
Nächste Abfahrten
von
Amsterdam nach Süd-Amerika
(La Coruna, Vigo, Lissabon, Pernambuco, Bahia,
Rio de Janeiro, Santos, Montevideo u. Buenos Aires)
Schnelldampfer: Gelria, 7. Juli
und weiter alle 14 Tage.
Frachtdampfer-Expeditionen nach Bedarf.
Auskunft durch den
Königlichen Holländischen Lloyd, Amsterdam
oder in
Berlin: Passage-Agentur D. A. Vonk, 70 Unt. d. Lind., NW7
Telegramm-Adresse: Realloyd Telefon: Zentrum 11881

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zeilen
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Friedrichstraße 3, II. (Städt. Börse.)
Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
Auf: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Md. 345
J. Baer
Badstr. 26 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegante Paletots,
Elegante Anzüge in
jeder Preislage.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
Billigste, feste Preise.
MÜNZEN kauft Rob. Ball Nachf.
Wilhelmstraße 46/47.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Fritz Glesche**, Modellstecher, 27 Jahre alt
- Max Köppe**, Tischler, 23 Jahre alt
- Willi Marquardt**, Bergolber, 26 Jahre alt
- Hermann Pohl**, Stellmacher, 35 Jahre alt
- Paul Scheuch**, Tischler, 43 Jahre alt
- Max Schulze**, Polierer, 23 Jahre alt
- Wilhelm Tschou**, Drechsler, 29 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

54/20

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Landsberger Viertel. Bez. 397.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Arno Planert

Bardelebenstr. 4, gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Georgenkirchhof, Landsberger Viertel, statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Petersburger Viertel. Bez. 370.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dreher

Franz Köppe

Nigauer Str. 87, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 18. Juni unser Mitglied, der Genosse

Eugen Albu

Kniprodstraße 13, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

2. Abt. Bez. 500.

Nachruf.

Am Freitag, den 25. Juni, verstarb unser Genosse, der Gärtner

Wilhelm Läßle

Schönholzer Str. 5, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung hat am Dienstag, den 29. Juni, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, bereits stattgefunden.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg, Bezirk 6.

Nachruf.

Am 24. Juni verstarb nach langen Leiden unser langjähriger Genosse, der Maurer

Paul Brederick

Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung fand am Montag, den 28. Juni, statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kleinrentner

Gustav Jarmuske

Friedbergerstr. 13, am 27. Juni an Schlaganfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sänger-Chor Wedding.

Hiermit bringen wir die traurige Nachricht, daß unsere Mitglieder

Rudolf Ziehl

geb. 21. Februar 1888, und

Hermann Ringel

geb. 29. Mai 1887, als Opfer des Weltkrieges gefallen sind.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen ist unser Kollege, der Sandsteinmetz

Jakob Renz

im Alter von 37 Jahren.
Ferner starb der Kollege, Hilfsarbeiter

Richard Bittner

im 44. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe

Berlin.

(Deutscher Senefelder-Bund).

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Formstecher

Friedrich Heuer

am 23. Mai 1915 an den Folgen einer Blinddarmentzündung in einem Feldlazarett verstorben ist.

Ferner sei der Steindrucker

Ernst Klein

bei den Kämpfen am 29. Mai 1915.
Seiden Kollegen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Verwaltungen Berlin I u. VII.

M.-G. „Sangeslust 1910“.

Als Opfer des Weltkrieges fiel im Kampfe unser lieber Sangesbruder

Erich Zoch.

Bir verlieren nicht nur ein fleißiges Mitglied, sondern auch einen guten Menschen im lautersten Sinne des Wortes.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Spandau.

Nachruf.

Die uns erst jetzt gemeldet wird, ist unser Kollege

Paul Krüger

im Oktober vorigen Jahres als Opfer des Weltkrieges gefallen.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Sport-Vereinigung „Süd-Ost“.

Mitgl. d. Arbeiter-Athleten-Bundes.

Wir bringen den Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Schmeling

am 13. Juni als Opfer des Weltkrieges gefallen ist.
Sein christlicher Charakter und sein reges Vereinsinteresse wird uns in steter Erinnerung bleiben.
Ruhe sanft in fremder Erde!
J. A.: Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufe Deutschlands

Filiale Berlin.

Nachruf.

Am 26. Mai fiel als Opfer des Krieges unser treuer Kollege

Georg Wegener

Ehre seinem Andenken!
Der Filialvorstand.

Sparverein „Emsig“ Schöneberg.

Bei Groß, Sedanstraße 17.

An seinen Verbundungen bei den Kämpfen in dem Weltkrieg verstarb unser Mitglied

Willi Tschirch.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
J. A.: Der Vorstand.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 6. Juni unser lieber Freund und Kollege

Cäsar Wiedemann

Friedrichshagen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Packer und Schaffner der Firma Josetti.

Er ruhe sanft in fremder Erde!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau

Ida Peter

bei der Firma „Vormärts“, Expedition Reutlin, am 17. d. Mts. im Alter von 31 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.

Am 3. Juni verstarb in einem Feldlazarett unser Mitglied, der Kollege

Wilhelm Winter

im Alter von 23 Jahren an den im selben Tage erlittenen Verletzungen.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Den Helden des Vaterland

starb am 14. Juni durch Brustschuß mein lieber Mann und treuherziger Vater

Paul Merzenich

Beckmann im Ref. Regt. Nr. 35. In tiefem Schmerz
Frau Gertrud Merzenich geb. Raete und Tochter.
Mutter, Bruder, Schwester, Schwiegereltern, Schwäger und Schwägerinnen.

Verband der Sattler und Portefeuille.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeuille

Fritz Sänger

im Lazarett seinen im Felde erhaltenen Verletzungen erlegen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeit. Deutschl.

Filiale Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 13. Juni durch Kopfverletzung unser langjähriges, braves Mitglied

Paul Remus

im blühenden Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Filiale Berlin.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Nachruf.

Am 24. Juni ist unser Kollege

Hermann Müller

(Besitz Gesundheitsbrunnen) im Alter von 65 Jahren an chronischer Brustfellentzündung verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Adolf Herrfurth

lagen wir dem Vorstand und den Kollegen der Ortsverwaltung der Buchbinder, dem Verband der Bureauangestellten, sowie dem Deutschen Buchbinderverband unseren aufrichtigsten Dank.
Frau Anna Herrfurth u. Kinder.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegeraters, Bruders, Schwagers und Onkels

Karl Jaensch

lagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders Herrn Carl sowie dem Metallarbeiter-Verband, dem Bahnbereich des 6. Kreises, den Kollegen der Firma Schwarzlapp, dem Gefangenenverein „Neu erweckt“ und den Bewohnern im Hause unseren innigsten Dank.

Wwe. Henriette Jaensch

geb. Vogler und Kinder.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pf.

Deutsch-Französisch 15 Pf.

Dankfagung Karte.

Rheumatische und Nervenschmerzen.*

Alles war vergeblich, nur Logal-Tabletten halfen.

Herr L. in München berichtet: „Ich litt seit mehreren Jahren an furchtbaren Schmerzen in meinem Knie, so daß ich kaum gehen konnte. Alle ärztliche Hilfe war vergebens. Nach dreitägigem Gebrauch von Logal-Tabletten waren die Schmerzen vollständig weg und seit 4 Wochen empfinde ich nicht den geringsten Schmerz mehr und kann wieder gehen wie ein Junger.“ Dieselben Erfahrungen machten viele andere, welche Logal bei jeder Art von rheumatischen, gichtischen und Nervenschmerzen anwandten. Verzüglich glänzend begutachtet. Alle Apotheken führen Logal-Tabletten.

Keine Fleischteuerung!

Gutes Mittagessen à Person 15 bis 20 Pf.

Man nehme etwas Suppengrün und neues Gemüse, wie es die Jahreszeit bietet, zerschneide alles so fein wie möglich und koche es in ungesalzenem Wasser mit einem Zusatz von 4 Person einen gehäuteten Teelöffel (20 bis 25 Gramm) Ochsen-Extrakt, Kartoffeln und nach Geschmack auch etwas Speisefett zusammen zugegeben in einem Topf eine halbe bis eine Stunde. Die Kartoffel- und Gemüsebrühe erhält dann durch den Ochsen-Extrakt den Geschmack und Nährwert einer wirklichen, kräftigen Fleischsuppe, und die nicht zerkochten Teile der Kartoffeln haben Geschmack und Aussehen von Fleischstücken angenommen. Ochsen ist zu beziehen durch die meisten Detail-Geschäfte

in Dosen à 1 Pfd. netto M. 2,-

1/2 „ „ „ 1,10

280/15*

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona a. E.

Billige Wohnungen in Weißensee

in großer Auswahl für alle Stände in einfacher und in vornehmer Ausstattung, auch mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung.

15 Minuten von Alexanderplatz.

Verkehrsvorbindungen nach all. Richtungen durch Straßenbahnlinie 10

„ „ „ 17

„ „ „ 33

„ „ „ 59

„ „ „ 60

„ „ „ 61

„ „ „ 62

„ „ „ 63

„ „ „ 72

„ „ „ 73

„ „ „ 162

„ „ „ Z

Autobuslinie 12

Elektrizitätswerk (Licht 30-15 Pf., Kraft 10-5 Pf. Kwst.), Gasanstalt, Wasserleitung, Kanalisation.

Steuerszuschlag 115 Proz. einschl. Kreissteuer.

Sehenswürdigkeiten: Uferpromenade um den Weißen See. — Anlagen am Schwanenteich und Goldfischteich — Volkspark Giersstraße — Seebadeanstalt — Munitzpalvierteil — Ledigenheim — Säuglingskrankenhaus — Milchkanal.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Seit dem Ausbruch des Krieges ist es das erstmal, daß eine Gewerkschaft ihren Verbandstag abhält. Während andere Gewerkschaften mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ihre Verbandstage hinausgeschoben haben, hat der Deutsche Metallarbeiterverband seine 12. ordentliche Generalversammlung nach Berlin einberufen. Der Vorstand hat die Abhaltung derselben für notwendig gehalten, um seine „Kriegsmassnahmen“ — das heißt die Außerkräftsetzung der Unterstützungen mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, die in voller Höhe weitergezahlt wird — dem Urteil der berufenen Vertretung der Mitglieder zu unterbreiten. Die Verhandlungen des Verbandstages sollten sich in der Hauptsache auf diesen Punkt beschränken. Einschneidende Statutenänderungen hielt der Vorstand in dieser Zeit nicht für angebracht. Dagegen beschloß die Generalversammlung bei Festsetzung der Tagesordnung, auch die Frage der Staffelleistungen, wozu eine vom vorigen Verbandstag eingesetzte Kommission eine Vorlage ausgearbeitet hat, mit auf die Tagesordnung zu setzen. Die Verhandlungen nehmen deshalb längere Zeit in Anspruch als ursprünglich beabsichtigt war.

Erster Verhandlungstag.

Am Montag wurde die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im feierlich geschmückten großen Saal des Gewerkschaftshauses eröffnet.

In der Begrüßung begrüßte die Delegierten und schilderte die Entwicklung der Berliner Metallarbeiterbewegung seit der Generalversammlung im Jahre 1903, die auch in Berlin stattfand.

Der Verbandsvorsitzende Schlieke-Stuttgart hielt die Eröffnungsrede. Er gedachte der Verhältnisse, die der Krieg für die Gewerkschaften gebracht hat. Die Arbeiter, welche im Felde stehen, führen die Waffen in der Ueberzeugung, daß sie für die Verteidigung der deutschen Kultur kämpfen. Auch die Arbeiter der anderen kriegführenden Länder glauben dasselbe für ihre Nationen zu tun. Wer mit seiner Ueberzeugung recht hat, das werde die Geschichte entscheiden. Wenn der Krieg zu Ende ist, werden die Gewerkschaften neue Aufgaben zu erfüllen haben. Manches werden sie neu aufbauen, manches Stück Arbeit wieder von vorn anfangen müssen. Die Gewerkschaften werden auch, soweit es ihnen möglich ist, dafür sorgen müssen, daß das schwere Los der Hinterbliebenen der Gefallenen erleichtert und den Kriegsbeschädigten der Lohn für ihre Aufopferung zuteil wird. Die Berücksichtigung, daß der Krieg die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften erschüttern oder abbrechen werde, hat sich als unbegründet herausgestellt. Wir stehen noch mit unseren internationalen Freunden, auch mit denen in den kriegführenden Ländern, in Verbindung. Daß der internationale Gedanke kein leerer Wahn ist, geht daraus hervor, daß sich der internationalen Verbindung während des Krieges drei Verbände in Oesterreich, Norwegen und Amerika angeschlossen haben, wodurch die internationale Armee der Metallarbeiter um 80 000 Mitglieder vermehrt worden ist. Der Redner begrüßte die anwesenden Vertreter der Bruderorganisationen in Oesterreich, Ungarn, der Schweiz, Dänemark und Schweden und versicherte ihnen, daß die deutschen Metallarbeiter von ihren Zielen auch nicht eins abgeben werden. — Aufgabe der Generalversammlung ist es, zu prüfen, ob sich die Maßnahmen, die der Vorstand aus Anlaß des Krieges getroffen hat, bewährt haben. Wenn auch für die Zeit nach dem Kriege heute noch keine Maßnahmen getroffen werden können, so kann doch dafür gesorgt werden, daß der Verband allen Anforderungen, die in Zukunft an ihn gestellt werden, ruhig entgegensehen kann.

Darauf folgten Begrüßungsreden der Vertreter ausländischer Organisationen. Es sprachen Domes-Wien, Kalafitis-Budapest, Hansen-Kopenhagen, Johannsen-Stockholm und Dürr-Bern.

Nachdem die einleitenden geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, erstattete der zweite Vorsitzende, Reichel-Stuttgart, den

Bericht des Vorstandes.

Er führte unter anderem aus: Unser Ziel, die Organisation während des Krieges unversehrt zu erhalten, haben wir erreicht. Die Gewerkschaften stehen geschlossen da. Wenn die Fesseln, die ihnen der Krieg angelegt hat, gefallen sind, dann wird sich zeigen, daß die Gewerkschaften stärker geworden sind als sie vorher waren. Die Gewerkschaften haben sich in der Kriegszeit als unentbehrlich erwiesen. Ihre Arbeitslosenunterstützung hat glatt funktioniert. Darüber hinaus haben sie im Verein mit Vertretern der Partei mit Vorschlägen über die Lebensmittelversorgung die Initiative ergriffen. In sozialer Hinsicht haben sich also die Gewerkschaften durchaus bewährt. Wir legen von dieser Stelle entschieden Protest dagegen ein, daß Kirckoff und Genossen die Einschränkung der Sozialpolitik fordern. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Sozialpolitik fordern wir. — Der Redner besprach die wichtigsten Ereignisse der verflochtenen Geschäftperiode. Aus Anlaß der Vorgänge beim Werftarbeiterstreik ist verlangt worden, wir sollten unsere Einrichtungen demokratischer gestalten, dann würden sich solche unliebsamen Vorkommnisse, wie sie der Werftarbeiterstreik mit sich brachte, nicht wiederholen. Die Einrichtungen des Verbandes bedürfen keiner Aenderung. Eine bessere Demokratie, wie die Einrichtungen der Gewerkschaften, gibt es nicht. Notwendig ist aber eine bessere Würdigung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten und der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Parteipresse. Das brauchen wir, damit unsere Kollegen nicht in gefährlichen Situationen in ausschließliche Kämpfe verwickelt werden. — Vor dem Kriege hatten sich die Gewerkschaften gegen Angriffe auf das ohnehin unzureichende Koalitionsrecht zu wehren. Die auf diesem Gebiet drohende Gefahr ist infolge des Krieges einseitig, aber nicht dauernd beseitigt. Die deutschen Arbeiter müssen wachsam sein, um sich gegen erneute Angriffe auf ihr Koalitionsrecht zu wehren. Die polizeilichen Verfügungen, welche unsere und andere Gewerkschaften als politische Vereine erklärten, sind beim Ausbruch des Krieges zurückgenommen, jedoch nur aus taktischen Erwägungen aber nicht, weil man die Verfügungen für unechtigmäßig hielt. Diese Art der Zurücknahme bietet uns keine Garantie für die Zukunft. Die Regierung muß doch wissen, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine sind und keine sein wollen. — Den Burgfrieden fassen wir nicht so auf, daß wir uns alles, was die Unternehmer tun, ruhig gefallen lassen müssen. Wir haben uns auch während des Krieges überall, wo es notwendig war, gegen behördliche Maßnahmen gewandt, die unsere Bewegungsfreiheit beeinträchtigen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Regierung die Unternehmer zur Erledigung von Differenzen auf den Weg der Schiedsgerichte verwiesen hätten, da doch die Arbeiter jetzt nicht in der Lage sind, ihre Interessen so zu vertreten wie in normalen Zeiten. Die Regierung hätte auch dem Lebensmittelmacher entgegenzutreten sollen. In dieser Hinsicht hat die Organisation des Wirtschaftslebens versagt. Wir können nicht zulassen, daß während des Krieges die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird. Eine Verschlechterung ist es schon, wenn durch die Teuerung notwendig gemordene Lohnhöchungen verhindert werden. — Die militärischen Stellen haben in der ersten Zeit des Krieges soziales Entgegenkommen gezeigt. Aber später ist eine Schwächung eingetreten. . . . Vor der Herausgabe so entscheidender Erlasse wie der bekannte Erlaß der Feldzeugmeister hätten die Arbeiter gehört werden müssen. Das Besondereverfahren bei den militärischen Behörden ist für die Ar-

beiter zu umständlich und hätte keinen Erfolg gehabt, wenn sich die Klagen gegen führende Unternehmungen mit Monopolstellung richteten. — Nach dem Kriege werden die sozialen Kämpfe wieder aufleben. Deshalb ist es unbedingt notwendig, die Schlagkraft der Organisation zu erhalten. Zur Erhaltung der finanziellen Schlagkraft mußte das Unterstützungsweesen eingeschränkt werden, wie es der Vorstand getan hat. Ich bitte, die Maßnahmen des Vorstandes anzuerkennen. Die von einem Teil der Mitglieder gewünschte Wiedereinführung der Krankenunterstützung würden wir jetzt wohl tragen können. Wenn aber nach dem Kriege unsere kranken Kollegen aus dem Felde zurückkehren und erhöhte Ansprüche an diesen Unterstützungsweizen stellen, dann müßten wir vielleicht nach kurzer Zeit die Krankenunterstützung wieder aufheben, was sehr bedenklich wäre. Es ist verlangt worden, daß wir die Unterstützung der Familien unserer Kriegsteilnehmer einführen, weil es auch andere Gewerkschaften getan haben. Dem ist entgegenzuhalten, daß diese Gewerkschaften ihre Arbeitslosenunterstützung herabsetzen, wir aber nicht. Wollen wir die Familien regelmäßig unterstützen, dann müßten wir die Arbeitslosenunterstützung herabsetzen. Dazu konnten wir uns nicht entschließen. Wir haben ja aus freiwilligen Beiträgen einen Kriegsdienstfonds geschaffen und damit die Familien der eingezogenen Kollegen unterstützt, die keine Gemeindeunterstützung erhalten. Dadurch haben wir fast das gleiche geleistet wie andere Organisationen. Aus dem Hilfsfonds sind bis Ende März 1 300 500 M. an Familienunterstützung gezahlt worden.

Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, würden wir auch einen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen gehabt haben infolge der wirtschaftlichen Krise. Wir verloren schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres 12 943 Mitglieder. Im zweiten Halbjahre wurden 185 061 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen und 23 908 Mitglieder gingen aus anderen Gründen ab. Das ist ein Gesamtanrückgang der Mitgliederzahl von 229 017. Die Zahl der eingezogenen Mitglieder dürfte noch einige Tausend höher sein als angegeben, da sich nicht alle abgemeldet haben. Ende 1914 betrug die Mitgliederzahl des Verbandes 229 017. Die Zahl der eingezogenen Mitglieder hat sich bis jetzt auf rund 270 000 erhöht. Ein großer Teil davon wird nach dem Kriege zu uns zurückkehren, wir werden also die schwere Zeit ohne allzu großen Schaden überleben. Finanziell steht der Verband günstig da. Die Verbandskasse hat im Jahre 1914 für Unterstützungen 12 762 027 M. ausgegeben. Die Arbeitslosenunterstützung ist um 4 165 110 M. oder 129 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen. Diese enorme Mehrausgabe ist lediglich auf den Krieg zurückzuführen. Die anderen Unterstützungsweizen, die ja während des Krieges eingestellt wurden, brachten Minderausgaben. Für alle Unterstützungsweizen zusammen ergibt sich eine Mehrausgabe von 488 814 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 16 601 220 M. Es hat sich gegen das Vorjahr um 1 949 510 M. vermindert. Mit dem Vermögen kann der Verband den kommenden Anforderungen genügen. Aber die Einnahmen gehen infolge des Mitgliederanrückganges von Woche zu Woche zurück. Das darf bei unseren Beratungen nicht außer acht gelassen werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag erstattete Weichig-Frankfurt a. M. den Bericht des Ausschusses. Dieser und der Bericht des Vorstandes wurden dann gemeinsam diskutiert. In der Hauptsache drehte sich die Diskussion um die auf das Unterstützungsweesen bezüglichen Maßnahmen des Vorstandes. Hierbei stand die Frage der vollen oder teilweisen Wiedereinführung der Krankenunterstützung im Vordergrund der Erörterungen. Verschiedene Redner traten dafür ein, daß die Krankenunterstützung wieder eingeführt werde. Zum Teil verteilte sie darauf, daß der Vorstandsberechtigter die finanzielle Lage des Verbandes als sehr günstig geschildert hat. Bei so günstigen Verhältnissen müßte es doch möglich sein, auch die kranken Kollegen wieder zu unterstützen. Das liege durchaus im Interesse des Verbandes, denn der bedeutende Mitgliederanrückgang sei zum großen Teil auf die Aufhebung der Krankenunterstützung zurückzuführen. Ferner wurde gefordert, daß die Arbeitslosenunterstützung für die Zeit des Ausliegens wieder eingeführt werde. — Andere Redner erklärten sich aus dem vom Vorstand angeführten Gründen gegen die Wiedereinführung der Krankenunterstützung. Wenn gelagt werde, wenn andere Gewerkschaften neben der Arbeitslosenunterstützung noch Krankenunterstützung zahlen können, dann müßte es der Metallarbeiterverband auch können, so sei zu bedenken, daß andere Gewerkschaften die Sätze der Arbeitslosenunterstützung gekürzt haben, was der Metallarbeiterverband nicht tat. — Mehrere Redner betonten, daß sie mit den Maßnahmen, welche der Vorstand beim Ausbruch des Krieges getroffen hat, vollkommen einverstanden seien. — Neben den sehr eingehenden Erörterungen über die Unterstützungsmaßnahmen wurden vereinzelt örtliche Beschwerden über den Vorstand vorgebracht. Einige Delegierte aus den Westorten kamen auf die Äußerungen des Vorstandsberechtigten über den Werftarbeiterstreik zurück. Diese Redner kritisierten, zum Teil ziemlich scharf, das Verhalten des Vorstandes vor und nach dem Streik. In Uebereinstimmung mit dem Vorstandsberechtigten führten mehrere Redner aus, der gewerkschaftliche Burgfrieden werde zum Nachteil der Arbeiter und im Interesse der Unternehmer von diesen ausgenutzt. Verschiedene Beispiele wurden hierfür angeführt. Unter anderem teilte ein Redner mit, daß in einem großen Betriebe durch Aufhebung der Fabrikordnung der Aufschlag für Ueberstunden und Nachtarbeit abgesehen und auch nicht wieder eingeführt wurde, obgleich die Militärbehörde die Zahlung eines bestimmten Aufschlages angeordnet habe. Ein Redner befürwortete die Aufhebung des Burgfriedens, der dadurch entstanden sei, daß der Vorstand die Gemahregeltenunterstützung aufgehoben und den Abbruch der Lohnbewegungen angeordnet habe. Diesen Zustand hätten sich die Unternehmer zum Nachteil der Arbeiter zunutze gemacht. — Demgegenüber wurde von anderer Seite ausgeführt, daß neben dem freiwilligen Burgfrieden noch der den Arbeitern von den Militärbehörden aufgezwungene Burgfrieden bestehe, den ja die Arbeiter nicht aufheben könnten. — Der Verbandsvorsitzende Schlieke wies die dem Vorstand wegen des Werftarbeiterstreiks gemachten Vorwürfe zurück und meinte, es sei Zeit, endlich Schluss mit den Erörterungen über den Werftarbeiterstreik zu machen.

Reichel-Stuttgart verteidigte sich im Schlußwort dagegen, daß aus seiner Darstellung der Klassenlage gefolgert werde, die Krankenunterstützung könne wieder eingeführt werden. Der Vorstand würde ohne weiteres die Wiedereinführung befürworten, wenn sie möglich wäre. Aber es sei nicht möglich. Man müsse mit einer großen Arbeitslosigkeit nach dem Kriege und infolgedessen mit hohen Ansprüchen an die Kasse rechnen. Darauf müsse der Verband vorbereitet sein. Der Redner ging auch auf die sonstigen Äußerungen der Diskussionsredner ein und rechtfertigte demgegenüber seinen eigenen Standpunkt.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erfolgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zunächst wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Dann wurde beschlossen, alle Anträge, welche sich auf das Unterstützungsweesen beziehen, einer Kommission zu überweisen. — Anträge, welche die Abhaltung von Konferenzen der Werkzeugmacher, der chirurgischen Branche sowie der Getrugsmonteur und Helfer fordern, wurden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Dritter Verhandlungstag.

Am Mittwoch wurde die Spezialberatung der zum Vorstandsberechtigten vorliegenden Anträge fortgesetzt. Ein von Leipzig gestellter Antrag will den Vertretungsstellen des Verbandes das Recht geben, auf ihre Kosten Kollegen in die Parteischule zu schicken, wobei der Vorstand die Vermittlung übernehmen soll. — Der Antrag wurde begründet mit dem Hinweis auf andere Gewerkschaften, welche die Parteischule beschieden,

Auch der Metallarbeiterverband solle geeigneten Mitgliedern diese Bildungsmöglichkeit zugänglich machen. Gegen den Antrag machte Cohen-Berlin geltend, die Annahme und Ausführung desselben würde von der Polizei als Beweis dafür ausgegeben werden, daß der Verband ein politischer Verein sei. Es müsse alles vermieden werden, was Material für die Politischerklärung einer Gewerkschaft liefern könne. Reichel-Stuttgart schloß sich diesen Gründen an und fügte noch hinzu, daß auch praktische Gesichtspunkte gegen den Antrag sprechen, denn es sei im Verband der Bedarf an Kräften, die in der Gewerkschaftsschule ausgebildet wurden, gedeckt. Zur Befriedigung dieser Schule liege kein Bedürfnis mehr vor. Dasselbe gelte von der Parteischule. — Nachdem noch einige Redner gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit großer Mehrheit abgelehnt.

Angenommen wurde folgender Antrag:

„Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.“

Der Vorstand hat zu Ehren der im Kriege gefallenen Mitglieder ein Gedenkblatt herausgegeben.

In einem besonderen Punkt der Tagesordnung wurde

das Verbandsorgan

behandelt. Hierzu lagen Anträge vor aus Duisburg, Düsseldorf, Göttingen, Leipzig und Pries, die, nach ihrem Inhalt zu schließen, hervorgegangen sind aus Unzufriedenheit mit der Haltung der „Metallarbeiterzeitung“ zu den durch den Krieg aufgeworfenen politischen Fragen, besonders zu den Gegenständen innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Die Anträge nehmen Bezug auf bestimmte Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ und verlangen, daß Streitfragen, zu denen sich die Gegenseite jetzt nicht ungehindert äußern kann, nicht berührt werden, daß bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine mehr reservierte Haltung eingenommen werde und nicht durch persönliche Anrempelungen Konflikte zum Schaden der Arbeiterschaft herausbeschworen werden. Die Anträge aus Leipzig und Pries verlangen, daß über innere Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei zu schreiben überhaupt unterlassen wird.

Redakteur Scherm unterzog die Anträge und sonstige auf denselben Gegenstand bezüglichen Äußerungen aus Mitgliederkreisen einer kritischen Besprechung. Er führte aus, die Redaktion verdiene die ihr in dieser Hinsicht gemachten Vorwürfe nicht. Das Blatt werde nach demokratischen Grundsätzen geleitet, die Mitarbeit der Kollegen sei erwünscht, die freie Meinungsäußerung dürfe in keiner Weise beschränkt, es dürfe von keiner Seite Zensur geübt werden. Ebenso unbegründet sei die Behauptung, die Redaktion nehme hinsichtlich der inneren Parteifreiheit eine einseitige Haltung ein und sei bestrebt, eine bestimmte Richtung zu fördern. Für uns — sagte der Redner — hat es nie eine Linke und eine Rechte gegeben, von denen die eine gefördert, die andere bekämpft werden müßte. Wir haben bei der Leitung des Blattes nur an die gewerkschaftlichen Interessen gedacht und sie zu fördern gesucht. Darüber sind wir keinen Schritt hinausgegangen. Im Interesse der Arbeiterschaft haben wir die Haltung der Fraktionsmehrheit vertreten und die der Minderheit zurückgewiesen. Zur Mehrheit gehört jetzt mancher von der linken und zur Minderheit mancher von der rechten Seite der Partei. Unsere Pflicht ist es und eine praktische Notwendigkeit, auf dem Boden der gewerkschaftlichen Interessen die Politik der Fraktionsmehrheit zu unterstützen. Wenn wir die Politik der anderen Seite als für die Gewerkschaftsinteressen fördernd halten könnten, dann würden wir deren Standpunkt ebenso entschieden vertreten. Der Redner ersucht um Ablehnung aller zum Verbandsorgan gestellten Anträge.

Korhöfger-Stuttgart, der für die Haltung der Redaktion eintrat, sagte, die Anträge kommen alle von einer Seite, welche die Freiheit immer im Munde führt, aber jede Meinung, welche nicht die ihre ist, unterdrücken will. So verstehen wir die Freiheit nicht. Ein Maulkorbgesch für die Presse würde einer demokratischen Organisation schlecht anstehen.

Eine größere Zahl von Rednern sprachen nachherdem im Sinne der Anträge. Ihre Ausführungen gingen im allgemeinen dahin, daß die Kritik an der Haltung der Redaktion schon die vorige Generalversammlung beschäftigt habe. Es sei aber nicht besser geworden. Die Haltung der Redaktion zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen verdiene die schärfste Kritik, denn sie diene nicht den Interessen der Kollegen. Die Haltung der Redaktion stehe im Widerspruch zu den Ausführungen, welche Schlieke in seiner Eröffnungsrede über die Pflege der internationalen Beziehungen gesagt habe.

Von Rednern, welche für die Anträge eintraten, wurde weiter ausgeführt, in der Beurteilung des Krieges und der damit zusammenhängenden Meinungsverschiedenheiten in der Partei stimme die Redaktion mit einem großen Teil der Mitglieder nicht überein. Durch die einseitige Stellungnahme der Redaktion zu diesen Meinungsverschiedenheiten würde der Parteistreik in die Gewerkschaft getragen. Das müsse im Interesse der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung vermieden werden. Es sei in erster Linie notwendig, die Organisation möglichst unberührt hindurchzubringen durch die Gegenfälle, welche jetzt auf politischem Gebiet bestehen. In diesem Sinne würde aber die Redaktion nicht. Auch von Kollegen, die im Felde stehen, seien Briefe eingegangen, welche der Unzufriedenheit mit der Haltung der „Metallarbeiterzeitung“ Ausdruck geben. Wenn die Redaktion nicht endlich den Wünschen der Kollegen Rechnung trage, dann diene sie nicht den Interessen der Arbeiter. Mit den Parteifreiheiten brauche sich die Metallarbeiterzeitung überhaupt nicht zu beschäftigen. Wer ein Interesse daran hat, könne sich aus der Parteipresse informieren. Einige Redner verurteilten entschieden eine sehr abfällige Äußerung der „Metallarbeiterzeitung“ über Liebnechts Auftreten im Reichstage.

Außer dem zweiten Redakteur Quitt sprachen noch vereinzelt Redner gegen die Anträge. Alle übrigen Redner, die sich an der sehr ausgedehnten Debatte beteiligt hatten, verurteilten, zum Teil mit ziemlich scharfen Worten, die Haltung der Redaktion. Als einer der letzten Diskussionsredner nahm Schlieke das Wort. Er führte aus, die internationale Bewegung werde nicht geschädigt, sondern gefördert, wenn man ihre Schwächen aufzeige und bespreche. Das sei schon oft geschehen. Nicht nur von deutscher, sondern auch von anderer Seite. Dadurch lerne einer vom anderen. Man solle nicht immer nur die Lichtseiten des Auslandes hervorheben und die Schattenseiten verdecken. Das gebe ein falsches Bild. Verschiedene Einrichtungen in Deutschland seien uns recht lieb geworden, nachdem wir die Einrichtungen des Auslandes kennen gelernt haben.

Im Laufe der Diskussion war ein Antrag eingegangen, durch den die gegen die Redaktion gerichteten Anträge als erledigt betrachtet und eine Zurückhaltung der Redaktion gewünscht wird. Scherm ging im Schlußwort auf die Einzelheiten der Diskussion ein. Er bezeichnete den eben erwähnten Antrag als eine Maulkorbbestimmung, die man nicht annehmen solle. Man möge über die anderen Anträge abstimmen. Würden sie nun angenommen oder abgelehnt, so wisse die Redaktion, woran sie sei.

Der erwähnte Antrag wurde hierauf angenommen. Er lautet:

Die Generalversammlung erklärt, daß sie die Anträge Duisburg, Düsseldorf, Göttingen, Leipzig und Pries durch die sehr rege Aussprache für erledigt hält, erwartet aber von der Schriftleitung des Verbandsorgans, daß sie in der Zukunft dieser Aussprache möglichst Rechnung trägt und sich ganz besonders während des Krieges einer angemessenen Zurückhaltung befleißigt. Diese Zurückhaltung und Sachlichkeit erwartet die Generalversammlung auch auf das Bestimmteste in der Behandlung von inneren Parteifreiheiten.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen:
„Sollte die Gewerkschaftskommission den Antrag auf
Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzettelung ablehnen, wird
das Hauptvorstand beauftragt, in jedem Verbandsorgan 14tägig
eine Frauenbeilage beizufügen.“

Die Staffelleistungen.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung erhielt als Referent
Bawlowisch-Berlin das Wort. Er begründete die Kommissi-
onsvorlage und empfahl deren Annahme, weil es notwendig sei,
daß die Beiträge dem Arbeitsverdienst der Mitglieder angepaßt und
dementsprechend auch die Unterstützungsfrage geregelt werden. Es
sei nicht ratsam, die Regelung dieser Frage hinauszuschieben. Die
Annahme der Kommissionsvorlage sei im Interesse der Mitglieder
notwendig.

Vierter Verhandlungstag.

Die in der vorigen Sitzung begonnene Diskussion über die
Staffelleistungen wurde am Donnerstag fortgesetzt. Es handelt sich
bei dieser Angelegenheit in der Hauptsache um folgendes: Nach dem
jetzt geltenden Statut gibt es zwei Beitragsklassen: 70 Pf. für er-
wachsene männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder sowie für Lehrlinge
und jugendliche Arbeiter. Diese Abstufung wird als unwech-
selbar und ungerecht empfunden, weil es in manchen Orten
und manchen Industriezweigen erwachsene männliche Arbeiter
gibt, die geringere Löhne haben als manche weiblichen
Arbeitskräfte in anderen Orten und anderen Industriezweigen. Es
ist deshalb schon auf früheren Verbandstagen die Forderung er-
hoben worden, die Beiträge nach dem Arbeitsverdienst abzustufen.
Das hat die auf dem Breslauer Verbandstage eingesetzte Kommission
getan. Sie schlägt drei Beitragsklassen vor mit Wochenbeiträgen
von 70, 50 und 30 Pf. Der Klasse 1 (70 Pf.) sollen die erwachsenen
männlichen Mitglieder angehören, der Klasse 2 (50 Pf.) unter be-
stimmten Voraussetzungen ebenfalls erwachsene männliche und
weibliche Mitglieder. Die Klasse 3 (30 Pf.) ist für weibliche,
jugendlich-männliche Mitglieder und Lehrlinge bestimmt. Ueber
die Zugehörigkeit zur Klasse 2, sowie über den Wechsel von
einer Klasse in die andere entscheiden die Ortsverwaltungen nach
Bestimmungen, von ihnen und der Bezirksleitung festgelegten Normen.
Nach dem Vorschlag der Kommission sollen die Unterstützungsätze,
welche bisher für die 70-Pf.- und die 30-Pf.-Beitragsklasse be-
standen, auch für die Klassen 1 und 3 bestehen bleiben, während für
die neue Klasse 2 mit einem Beitrag von 50 Pf. eine Zwischenstufe
der Unterstützungsätze eingeschoben werden soll.

Die Diskussionsredner traten mit vereinzelt Ausnahmen für
die Einführung des Staffelleistungs ein. Doch gingen die Mei-
nungen darüber auseinander, ob die Einführung desselben von diesem
Verbandstag beschlossen oder die Entscheidung bis zum nächsten
Verbandstag vertagt werden solle.

Schließlich wurde die von der Kommission vorgeschlagene
Beitragsstaffelung in namentlicher Abstimmung mit 107
gegen 48 Stimmen angenommen. Weiter wurde beschlossen,
daß der Staffelleistung spätestens am 1. Juli 1916 in Kraft tritt.
Dann wurde die Vorlage der Staffelleistungskommission nebst den
dazu eingegangenen Änderungsanträgen der Statutenberathungs-
kommission überwiesen.

Hierauf erledigte der Verbandstag einige von der Beschwerde-
kommission untersuchte auf innere Verbandsangelegenheiten bezüg-
liche Beschwerden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 259 der preussischen Armee
enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Regiment s. B.; 1. und
2. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regiment Effebeth und
Augusta. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter
Nr. 2, 4, 6, 7, 9, 10, 12, 15 bis einschl. 19, 21 (f. Erf.-
Inf.-Regt. Keller), 26, 27, 28, 30 bis einschl. 35, 39, 40,
43, 46, 48, 55, 57, 58 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 331), 62,
66, 69, 70, 72, 74, 76, 78, 79, 80, 81, 85, 89, 87, 89,
90, 92, 94, 97, 110, 112 bis einschl. 118, 120, 181, 142,
147, 148, 149, 151, 153, 154, 157, 161, 162, 165, 169, 171,
173, 174, 175, 176, 180, 331, 332, 333. Reserve-Infanterie-
Regimenter Nr. 5, 7, 15, 19 (f. Inf.-Regt. Nr. 332), 20,
21, (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 22, 24, 26, 29, 30, 34, 35,
39, 48, 59, 61, 64, 65, 68, 74, 75, 76, 77, 80, 81, 82,
88, 88, 93, 94, 205, 206, 208, 212 bis einschl. 216, 219,
220, 257, 265. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 29, Königsberg I
(f. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruybaum), v. Gundlach, Keller und
v. Ruybaum. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 9, 11, 13,
19 (f. Inf.-Regt. Nr. 331), 24, 32, 34, 36, 39, 47, 51, 56,
66, 72, 76, 80, 81, 83, 84, 90, 109. Reserve-Ersatz-Infanterie-
Regimenter Nr. 2 und 3. Besatzungs-Regimenter Nr. 3, 5 und
8. Voten siehe Infanterie-Regimenter Nr. 331, 332 und 333. Land-
wehr-Infanterie-Bataillon Altenburg (f. Erf.-Inf.-Regt. v. Gund-
lach). Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 12, 13, 15, 36, 39, 42, 55,
58 (f. Erf.-Inf.-Regt. Nr. 29), 76, 86. Landsturm-Infanterie-
Bataillone 1. und 3. Coblenz (letztere f. Inf.-Regt. Nr. 336),
I und II Deutsch-Cosau, II Montjoie, I und II Posen, Wiesbaden.
Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon II Weimar. Jäger-Ba-
taillon Nr. 11; Reserve-Bataillone Nr. 4 und 5. Maschin-
gewehr-Abteilung Nr. 2; 4. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie
des 1. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 78 (f. Inf.-
Regt. Nr. 56), 93 (f. Füsilier-Regt. Nr. 80), 110 (f. Inf.-Regt.
Nr. 74), 131 (f. Inf.-Regt. Nr. 72).

Kavallerie: Garde-Reserve-Dragoon; Garde-Reserve-Mann-
en-Armee Nr. 7, 5; Edmunde Reserve-Reiter Nr. 2; Dragoon
Nr. 13; Husaren Nr. 3, 8, 9, 14; Mannen Nr. 4, 7 (f. Husart.-
Bataillon Nr. 21), 9, 14; Jäger zu Pferde Nr. 4, 6, 9; Land-
wehr-Regiment Nr. 2 der 4. Landwehr-Division; Reserve-Ab-
teilung Nr. 47.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 2, 7, 10, 11, 15, 24, 27,
34, 35, 38, 39, 43, 50, 59, 74, 75, 83, 84, 283; Reserve-
Regimenter Nr. 5, 16, 25, 50.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 4, 10, 13, 20; Reserve-Regi-
menter Nr. 7, 8, 11; Bataillone Nr. 21, 56. Wärfel-Bataillon
Königsberg.

Pioniere: III. Garde-Bataillon; Regimenter Nr. 18, 19, 20,
24, 26, 31; Bataillone: I. Nr. 2, II. Nr. 3, I. Nr. 8, I. Nr. 9,
II. Nr. 10, I. und II. Nr. 14, I. Nr. 16, I. und II. Nr. 17,
I. Nr. 26, II. Nr. 27; Reserve-Bataillon Nr. 39; Ersatz-
Bataillon Nr. 9; Kompagnien Nr. 104, 225; Reserve-Kompagnien
Nr. 49, 50, 51, 80 (f. Ref.-Pion.-Bataillon Nr. 39); 1. Land-
wehr-Kompagnie des 14. Armeekorps; Abteilung der 5. Kavallerie-
Division. Leichter Scheinwerferzug Nr. 21; Leichter Festungs-
Scheinwerferzug Nr. 19; Festungs-Scheinwerfer-Abteilung der
Feste Wodan (f. I. Pionier-Bataillon Nr. 2). Minenwerfer-Ab-
teilung des 9. Reservekorps; Leichte Minenwerfer-Abteilung
Nr. 241; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 144, 159, 161
und 167.

Verkehrstruppen: Festungs-Eisenbahn-Betriebskompanie
Feste Wodan. Telegraphen-Bataillon Nr. 3. Fernsprech-Abteilung
des 14. Armeekorps, des 8. und 24. Reservekorps sowie des Korps
Wodan; Fernsprech-Ersatz-Abteilung Nr. 1. Feldluftschiffer- und
Feldfliegertruppe. Kaiserliches Freiwilliges Automobil-Korps.

Train: Train-Abteilungen Nr. 2, 11; Divisions-Präsidententrain
Nr. 13; Schwere Proviantkolonne Nr. 4 des 1. Armeekorps;
Proviantkolonne Nr. 1 der 115. Infanterie-Division. Fuhrpark-
kolonne Nr. 1 des 1. und Nr. 6 des 2. Armeekorps; Magazin-
fuhrparkkolonne Nr. 39 des 1. und Nr. 7 des 6. Armeekorps;
Festungs-Fuhrparkkolonne Nr. 13 des 16. Armeekorps;
Festungs-Fuhrpark Köln.

Rundfunkkolonnen: Reserve-Infanterie-Rundfunkkolonne
Nr. 48; Artillerie-Rundfunkkolonne Nr. 9 des 4. und Nr. 5 des
9. Armeekorps, sowie Nr. 2 der 58. Infanterie-Division.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des
4. Armeekorps sowie Nr. 1 der 3. Garde-Infanterie-Division;

Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 43 des 22. Reservekorps. Re-
serve-Lazarett Nr. 6 Altona und Reserve-Lazarett Hensburg;
Lazarett des Gefangenenlagers Nieder-Zwehren. Freiwillige
Krankenpflege.

Armierungs-Bataillone.
Artilleriedepots Coblenz und Straßburg i. E.
Kriegsbeleidigungsämter.

Die bayerische Verlustliste Nr. 197 bringt Verluste des
3., 6., 7., 8., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 19., 20.,
21., 22. und 23. Infanterie-Regiments.

Die württembergische Verlustliste Nr. 209 enthält Ver-
luste der Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 51 und 52; Landwehr-
Infanterie-Regimenter Nr. 119, 120; Füsilier-Regiments Nr. 122;
Grenadier-Regiments Nr. 123; Infanterie-Regiments Nr. 180;
Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 248; 4. Feldpionier-Kompagnie;
Pionier-Kompagnie Nr. 116; Etappen-Kraftwagen-Kolonnen
Nr. 81; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 5; Verichtigungen früherer
Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 260 der preussischen Armee
enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2., 3. und 5. Garde-Regiment s. B.;
1. Garde-Ersatz-Regiment; Grenadier-Regimenter Alexander,
Franz und Effebeth; Garde-Füsilier-Regiment. Grenadier- bzw.
Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 8,
13, 17, 19 (f. Inf.-Regt. Nr. 25), 20, 21, 22, 25, 28 (f. auch
Inf.-Regt. Nr. 25), 32, 35, 36, 42, 43, 46, 48, 50 (f. auch
Erf.-Inf.-Regt. Keller), 51, 53, 54, 55, 59, 65, 67, 68, 69,
70, 72, 73, 74, 76, 78, 79, 80, 81, 85, 86, 90, 93, 94, 95,
97, 98, 112, 115, 118, 128; 131, 132, 136, 137, 138, 140,
141, 142, (f. Feldfliegertruppe), 151, 155 (beide f. Erf.-Inf.-
Regt. Keller), 157, 160, 171 bis einschl. 178. Reserve-Infan-
terie-Regimenter Nr. 3, 5, 7 (letztere beiden f. auch Erf.-
Inf.-Regt. Keller), 10, 11, 13, 19, 20, 21 (f. auch Erf.-Inf.-
Regt. Keller), 26, 27, 28, 34, 38, 39, 46, 56, 59, 61, 64, 65,
66, 69, 70, 74, 78, 81, 82, 83, 84, 88, 87, 91, 92, 93, 98,
130, 209, 210, 211, 214 bis einschl. 220, 223, 224, 228, 234,
235, 237, 251, 252, 258, 260, 262, 265. Ersatz-Infanterie-
Regiment Keller. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 4,
5, 7, 12 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 19, 39, 39, 47, 53, 55,
61, 73, 76, 77, 83, 84, 110, 118. Landwehr-Ersatz-Infanterie-
Regiment Nr. 2. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 14, 15, 16,
32, 34, 79, 81. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 13 (siehe
Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 2). Landsturm-Infanterie-Bataillone
Düren, Wismar. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone Guben,
III Hamburg, Danau. Jäger-Bataillon Nr. 8; Reserve-Jäger-
Bataillone Nr. 3, 5, 21. 1. Radfahrer-Kompagnie der Land-
wehr-Division Königsberg. Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 10
(f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 98), 81 (f. Brig.-Erf.-Bataillon Nr. 81),
145 (f. Ref.-Jag.-Batt. Nr. 8). Festungs-Maschinengewehr-Ab-
teilung Nr. 2a. Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 203.
Kavallerie: Kürassiere Nr. 2; Dragoon Nr. 5, 16 (f.
Ref.-Kav.-Regt. Nr. 50); Husaren Nr. 3, 10; Reserve-Husaren
Nr. 9; Mannen Nr. 12; Reserve-Regiment Nr. 50; Landwehr-
Regiment Nr. 1 des 1. Armeekorps; 2. Landwehr-Esbladon
des 1. Armeekorps; Reserve-Abteilungen Nr. 49, 50 (f. Ref.-
Kav.-Regt. Nr. 50).

Feldartillerie: 5. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 10, 16,
38, 40, 42, 44, 58, 61, 78; Reserve-Regimenter Nr. 17, 19,
29, 49, 50; Landwehr-Regiment der 9. Landwehr-Division.

Fußartillerie: 2. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 6, 7, 9,
10 (f. Feldfliegertruppe), 14, 17, 20; Bataillon Nr. 52; Re-
serve-Regimenter Nr. 2, 18, 15; Landwehr-Bataillon Nr. 2.

Pioniere: Regimenter 24, 25, 29; Bataillone: I. Nr. 9,
II. Nr. 10, I. Nr. 27; Ersatz-Bataillone Nr. 4, 21; Kompagnien
Nr. 226, 287; Reserve-Kompagnien Nr. 52, 84, 87, 233;
1. Landwehr-Kompagnie des 6. und 2. des 18. Armeekorps. Leichte
Minenwerfer-Abteilung Nr. 231; Mittlere Minenwerfer-Ab-
teilung Nr. 155; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 33.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Baukompanie Nr. 18. Fern-
sprech-Abteilung des 4. Armeekorps; Fernsprech-Ersatz-Abteilung
Nr. 2. Feldfliegertruppe. Etappen-Kraftwagenpark Nr. 1.

Train: Proviantkolonne Nr. 5 des 7. Armeekorps. Etappen-
Eisbahndivision Nr. 125 des 23. Reservekorps. Zentral-
Pferdedepot Nr. 8.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 1 des 1. und
Nr. 2 des 4. Armeekorps.
Arbeits-, Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Ar-
beitskommando der 66. Infanterie-Brigade. Armierungsgruppen
der Armeabteilung Garde. Straßenbau-Bataillon der Armee
d. Westph.

Wachkommando der Kommandantur Spandau.
Bezirkskommando Posen.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 197 bringt
Verluste des 28., 25. Infanterie-Regiments; Schneeschuh-Bataillons
Nr. 1; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 12, 16, 17, 20;
Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1; Landwehr-Infanterie-Regimenter
Nr. 4, 12; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 2, 8, 9; Landsturm-
Infanterie-Bataillone Kugsburg II; 3. Chevauleger-Regiments;
Feldartillerie-Regimenter 4, 6, 20; Reserve-Feldartillerie-Regi-
ments Nr. 9; 1. Landsturm-Batterie des 3. Armeekorps; Reserve-
Fußartillerie-Regimenter Nr. 1, 3; 1. Pionier-Bataillon München;
1. Landwehr-Pionier-Kompagnie des 2. Armeekorps; 2. Pionier-
Ersatz-Kompagnie des 1. Pionier-Bataillon; 2. Landsturm-
Pionier-Kompagnie des 1. Armeekorps; Verichtigungen früherer
Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 210 enthält Ver-
luste des Infanterie-Regiments Nr. 120; Reserve-Infanterie-
Regiments Nr. 120; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 121,
123, 124; Infanterie-Regiments Nr. 126; Dragoon-Regimenter
Nr. 25, 26; Verluste durch Krankheiten.

Die Verlustliste Nr. 261 der preussischen Armee
enthält Verluste folgender Truppen:

Feldinfanterie usw.: Garde: 1. und 3. Garde-Regiment s. B.;
1. und 2. Garde-Reserve-Regiment; 1. Garde-Ersatz-Regiment;
Grenadier-Regimenter Alexander und Augusta; Garde-Füsilier-
Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter
Nr. 1, 2, 3, 4, 7, 8 (f. Erf.-Inf.-Regt. Gropp), 12, 14, 16 (f. Feld-
fliegertruppe), 18 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. v. Condruch und Erf.-
Inf.-Regt. v. Reinhard), 20, 22, 27, 28, 30, 32, 33, 34, 37, 41, 42,
43, 44, 49, 50, 53, 54, 55, 56, 58, 59 (f. Erf.-Inf.-Regt. Gropp),
61, 63 bis einschl. 67, 72, 74, 75, 76, 81, 82 (f. Ref.-Inf.-Regt.
Nr. 88), 85, 92 bis einschl. 98, 112, 114 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 83),
116, 117, 120, 181, 182, 187, 140, 141, 142, 147, 148 (f. auch Erf.-
Inf.-Regt. v. Reinhard), 149, 150, 152, 154, 158, 160, 161, 162,
164, 169, 170, 173, 175, 176, 334. Regiment v. Kurnatowski von
der Truppenabteilung Efelde. Reserve-Infanterie-Regimenter
Nr. 1, 5 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Keller), 8, 10, 11, 16, 18, 19, 20,
23, 25 bis einschl. 32, 34, 55, 56, 57, 61, 65, 66, 68, 69, 70, 75,
76, 77, 80, 82, 83, 92, 93, 99, 201, 202 (f. auch Ref.-Inf.-Regt.
Nr. 83), 204, 205, 208, 209, 212, 213, 214, 218, 223, 227, 230,
231, 235, 240, 254, 259, 262 und Regiment v. Condruch. Ersatz-
Infanterie-Regiment der 10. Landwehr-Division sowie Regimenter
Königsberg I (f. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruybaum) und II. Gropp,
Keller, v. Ruybaum und v. Reinhard. Reserve-Ersatz-Infanterie-
Regimenter Nr. 1 und 4. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1
(f. Regt. v. Kurnatowski), 3, 10, 11, 12, 15, 16, 21, 22, 25, 26,
31, 34, 36, 38, 49, 51, 57, 66, 68, 75, 76, 109. Landwehr-Ersatz-

Infanterie-Regiment Nr. 5. Landsturm-Infanterie-Regiment
Nr. 115. Besatzungs-Regiment Nr. 7 Posen (f. Inf.-Regt. Nr. 334).
II. Westfälisches Landwehr-Infanterie-Bataillon Breslau (f. Land-
wehr-Inf.-Regt. Nr. 57). Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-
Bataillon Nr. 1 des 4. Armeekorps. Brigade-Ersatz-Bataillon
Nr. 28. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 10 (f. Landw.-Erf.-
Inf.-Regt. Nr. 5). Landsturm-Infanterie-Bataillon I Bistch,
I Kaffel (f. Landsturm-Inf.-Regt. Nr. 115). Cosel, III Darmstadt,
III Frankfurt a. O., Kattowitz (f. Inf.-Regt. Nr. 334), Lübeck,
I Saarland (f. Regt. v. Kurnatowski), I Schrimm, I Tiffit (f. Erf.-
Inf.-Regt. v. Ruybaum), Wiesbaden, Wodenberg; Zusammen-
gesetztes Landsturm-Infanterie-Bataillon Marienwerder-Kastenburg
(f. Regt. v. Kurnatowski). 26. Landsturm-Infanterie-Ersatz-
Bataillon des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillon Nr. 5; Reserve-
Bataillone Nr. 8 und 6. Ueberplanmäßige Radfahrer-Abteilung
Königsberg (f. Regt. v. Kurnatowski). Maschinengewehr-Abteilungen
Nr. 13 Posen und Gerber (beide f. Regt. v. Kurnatowski);
Maschinengewehr-Kompagnie Reichelt (f. Erf.-Inf.-Regt. v. Ruy-
baum); 1. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 20. Armeekorps
(f. Erf.-Inf.-Regt. Gropp).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2, 7; Grenadiere zu Pferde Nr. 3;
Dragoon Nr. 3, 18, 19; Reserve-Dragoon Nr. 3, 6; Reserve-
Husaren Nr. 6; Mannen Nr. 8; Jäger zu Pferde Nr. 1, 3; Ersatz-
Esbladon Koppermann (f. Mannen-Regt. Nr. 8); 2. Landw.-Es-
bladon des 8. Armeekorps; Reserve-Abteilung Nr. 50.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 5, 14, 24, 25, 26, 37, 112; Re-
serve-Regimenter Nr. 3, 6, 13, 58.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 8, 20; Reserve-Regimenter
Nr. 14, 20; Landwehr-Bataillon Nr. 1.

Pioniere: Regimenter Nr. 10, 23, 30; Bataillone: II. Nr. 9,
I. Nr. 11; Reserve-Kompagnie Nr. 52; 1. Landsturm-Kompagnie
des 7. Armeekorps. Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 8
und 42.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndivision Nr. 3. Zinten-
kommandantur Brüssel. Eisenbahn-Baukompanie Nr. 12. Eisen-
bahn-Betriebskompanie Nr. 29. Armeetelegraphen-Abteilung
Nr. 5. Fernsprech-Abteilungen des 24. und des 39. Reservekorps.
Frunker-Ersatz-Abteilung Nr. 1. Feldfliegertruppe. Kavallerie-
Kraftwagenkolonne Nr. 3.

Train: Train-Abteilung Nr. 21; Train-Kolonnen der Tele-
graphen-Division der Armee-Abteilung v. Bogesch. Proviant-
kolonne Nr. 1 der 1. Infanterie-Division. Magazin-Fuhrpark-
kolonne Nr. 34 der 8. Armee. Etappen-Pferdedepot des 6. Arme-
korps. Pferdelaqarett Wisa i. P.

Infanterie-Rundfunkkolonne Nr. 4 des 2. Armeekorps.
Sanitäts-Formationen: Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 11
des 4. Armeekorps und Nr. 61 des 31. Reservekorps.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-
Bataillone. Straßenbau-Kompagnie Nr. 36.
Bezirkskommandos.
Garnisonverwaltung Danzig.

Die Verlustliste Nr. 36 der Kaiserlichen Marine wird
veröffentlicht.

Die bayerische Verlustliste Nr. 198 bringt Verluste des
Generalkommando des 1. Armeekorps; des 1., 3., 5., 6., 7., 8.,
9., 11., 13., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 24. und 25. Inf.-Regt.;
Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17,
20, 21; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3 und 4.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 163 bringt Verluste der Inf.-
Regimenter Nr. 101, 102, 103, 104, 108, 130, 177, 181; Ref.-Inf.-
Regimenter Nr. 102, 104, 133; Ersatz-Bataillon: Erf.-Regt. Nr. 6,
Landw.-Inf.-Regt. Nr. 104; Garde-Reiter; Karabinier-Regt.; Mannen-
Regt. Nr. 17; Ref.-Mann; Ref.-Husaren; Ref.-Kavallerie-Abt.
Nr. 53; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; Pionier-Komp. Nr. 115;
Ref.-Pionier-Komp. Nr. 54; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 149;
Ref.-Rundfunkkolonnen-Abt. Nr. 23; Sanitäts-Komp. Nr. 58.

Die württembergische Verlustliste Nr. 211 enthält Ver-
luste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 54; Grenadier-Regt. Nr. 119; Ref.-
Inf.-Regt. Nr. 119; Inf.-Regt. Nr. 120; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 120;
Inf.-Regt. Nr. 121; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 121; Landwehr-Inf.-Regi-
menter Nr. 121, 123; Inf.-Regt. Nr. 124; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 126;
Inf.-Regt. Nr. 127; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 246 und 247; Mannen-Regt.
Nr. 19; Ref.-Feldart.-Regt. Nr. 26; Feldart.-Regt. Nr. 65 und
Nr. 116; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 262 der preussischen Armee
enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2., 3. und 4. Garde-Regiment s. B.;
Grenadier-Regimenter Alexander, Franz und Augusta. Lehr-Infan-
terie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-
Regimenter Nr. 1, 5, 13, 14, 16, 18, 20, 21, 27, 41, 43, 45, 53,
55, 58, 60, 70, 71, 75, 77, 88, 94, 97, 109, 111, 112, 114, 117, 125,
129, 130, 143, 144, 145, 147, 160, 165, 167, 169, 174, 176, 335,
Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 5, 7, 10, 22, 25, 40, 61,
67, 76, 80, 81, 82, 86, 91, 130, 223, 226, 228, 229, 232, 232,
233, 250, 267. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 28 und Königs-
berg I. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 6, 7, 8, 11, 22,
24, 28, 35, 39, 51, 84. Besatzungs-Regiment Nr. 4 (f. Inf.-Regt.
Nr. 335). Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 13, 15, 16, 42, 80, 81.
Landsturm-Infanterie-Bataillone Gnesen, Samter (f. Inf.-Regt.
Nr. 335). Reserve-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1.

Kavallerie: Garde-Kürassiere; 1. Garde-Mann; Kürassiere
Nr. 1, 3, 6; Dragoon Nr. 1, 11; Reserve-Dragoon Nr. 8; Husaren
Nr. 5; Reserve-Husaren Nr. 6; Mannen Nr. 1, 4; Jäger zu Pferde
Nr. 2 (f. Komb. Kav.-Regt. des 3. Reservekorps), 3, 5, 10, 18;
Reserve-Jäger zu Pferde Nr. 1; Kombiniertes Regiment des 3. Re-
servekorps; Reserve-Abteilung Nr. 82.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 14, 54, 56, 60, 81; Reserve-
Regimenter Nr. 8, 10, 12, 17, 20.

Fußartillerie: 2. Garde-Landwehr-Bataillon; Regimenter Nr. 1,
10; Reserve-Regiment Nr. 7; Reserve-Batterie Nr. 22.

Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Bataillone: II. Nr. 4, I. Nr. 6,
II. Nr. 7; Ersatz-Bataillone Nr. 2 und 5.

Verkehrstruppen: Fernsprech-Doppelzug der 22. Infanterie-
Division. Feldfliegertruppe.

Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 14 der 11. Armee.
Rundfunkkolonnen: Rundfunkkolonne Nr. 3 des Korps
Jastrow; Feldartillerie-Rundfunkkolonne Nr. 37 des 1. Arme-
korps sowie Nr. 1 (ohne Angabe des Armeekorps); Reserve-Artillerie-
Rundfunkkolonne Nr. 9 des 1. Reservekorps.

Arbeits-Formationen: Arbeiter-Bataillon Nr. 5; Arbeiter-
kolonne Wasserburg.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 198 bringt
Verluste der Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 8, 10, 15;
Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 6, 7; Landst.-Inf.-Bat. München I;
1. Schwere Reiter-Regt.; Kavallerie-Pionier-Abt.; 2., 5., 10.,
21. Feldart.-Regt.; II. Ersatz-Feldart.-Abt.; III. Ersatz-Feldart.-
Abt.; 1. Landst.-Batterie des 3. Armeekorps; 1. und 2. Fuhrart.-
Regt.; Ref.-Fuhrart.-Regimenter Nr. 1, 2, 3; 2. Pion.-Bat. Speyer;
3. Pion.-Bat. Ingolstadt; Pion.-Kompagnien Nr. 20, 21; Flieger-
Abt. 1; Divisions-Brückenbau; 4. Mineur-Abt. Nr. 1